

BSU



Archiv der Zentralstelle

MFS - BdL / Dok.

Nr. 004807

1. Exemplar

BSU 42-009 04.95

BSU

000001

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit
1. Stellvertreter des Ministers

VVS MfS 008-40/76

Ex.-Nr.: 152

Dokumentenstelle

000304

I n s t r u k t i o n

zum Befehl Nr. 1/75

zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung
des ungesetzlichen Verlassens der DDR und
der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschen-
handels

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit
1. Stellvertreter des Ministers

Berlin, den 15. 1. 1976

BStU
000002

Vertrauliche Verschlusssache

MfS 008 N 40/76
152 .Ausf. 90 Blatt

Beauftragt: *Mielke*
Generaloberst

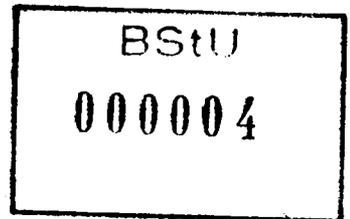
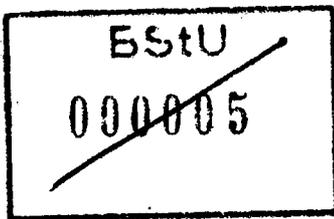
I n s t r u k t i o n
zum Befehl Nr. 1/75

zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung
des ungesetzlichen Verlassens der DDR und
der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschen-
handels

Gliederung

Seite

- | | | |
|------|--|---------|
| 1. | Die Zielstellung des Gegners bei der Organisation des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels.
Die Bedeutung des offensiven Kampfes gegen diese Hauptangriffsrichtung und die Verantwortung des MfS | 6 |
| 1.1. | Die Initiatoren und Organisatoren des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels.
Die vom Gegner angewandten Mittel und Methoden.
Die Zielgruppen des Gegners | 6 - 14 |
| 1.2. | Das Ziel der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels | 14 - 23 |
| 1.3. | Die Verantwortung des MfS bei der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und bei der Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden | 23 - 48 |
| 2. | Die Anforderungen an die gesamtgesellschaftliche und politisch-operative Vorbeugung gegen das ungesetzliche Verlassen der DDR und den staatsfeindlichen Menschenhandel | 49 |
| 2.1. | Die Vorbeugung als gesamtgesellschaftliches Anliegen und die daraus erwachsenden grundlegenden Anforderungen an das MfS | 49 - 51 |
| 2.2. | Der Einsatz der operativen Kräfte, Mittel und Methoden der Dienstseinheiten des MfS zur Vorbeugung | 51 - 57 |
| 2.3. | Das Zusammenwirken mit anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften zur Erhöhung der Wirksamkeit der gesamtgesellschaftlichen Vorbeugung | 58 - 63 |
| 3. | Das rechtzeitige Erkennen und Aufklären von Plänen, Absichten und Maßnahmen des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels durch den zielgerichteten Einsatz der politisch-operativen Kräfte, Mittel und Methoden und das abgestimmte Zusammenwirken mit anderen Schutz- und Sicherungsorganen, anderen staatlichen | 64 |



und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinatn und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften

- | | | |
|------|--|-----------|
| 3.1. | Das rechtzeitige Erkennen und Aufklären von Plänen, Absichten und Maßnahmen des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels auf der Grundlage von Informationsbedarfskomplexen und der richtigen Bewertung der Informationen | 64 - 69 |
| 3.2. | Grundanforderungen an den Einsatz aller IM und GMS zur Gewinnung und Weiterbearbeitung von Ersthinweisen | 69 - 73 |
| 3.3. | Der zielgerichtete Einsatz der IM und GMS und anderer Kräfte, Mittel und Methoden des MfS zur Gewinnung, Überprüfung und Weiterbearbeitung von Ersthinweisen | 73 - 87 |
| 3.4. | Die weitere Erhöhung der Wirksamkeit der DVP und anderer Organe des Mdi | 88 - 92 |
| 3.5. | Die Gewinnung von Ersthinweisen im Zusammenwirken mit weiteren staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinatn und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften | 93 - 97 |
| 3.6. | Anforderungen an die politisch-operative Auswertungs- und Informationstätigkeit | 97 - 99 |
| 3.7. | Die Weiterbearbeitung von Ersthinweisen | 100 - 103 |
| 4. | Wirksame Maßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels | 104 |
| 4.1. | Grundsätze der Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels | 104 - 106 |
| 4.2. | Die Ausrichtung der operativen Kräfte des MfS, insbesondere der IM, auf die Verhinderung | 106 - 109 |

BStU
000005

BStU
~~000004~~

- 4 -

- 4.3. Die Einleitung von Fahndungsmaßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR 109 - 111
- 4.4. Die Durchführung von Vorbeugungsgesprächen mit Personen, zu denen Hinweise auf geplantes ungesetzliches Verlassen der DDR vorliegen 111 - 114
- 4.5. Maßnahmen zur Verhinderung feindlich-negativer demonstrativer Handlungen und Provokationen 114 - 117
- 4.6. Maßnahmen zur Verhinderung der Einbeziehung von Diplomaten sowie Armeeingehörigen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in das ungesetzliche Verlassen der DDR und den staatsfeindlichen Menschenhandel 117 - 119
- 4.7. Die Verhinderung des Mißbrauches der Reisen in sozialistische Länder zum staatsfeindlichen Menschenhandel und zum ungesetzlichen Verlassen der DDR 119 - 122
- 4.8. Politisch-operative Aufgaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit Übersiedlungen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, Eheschließungen mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins sowie Entlassungen aus der Staatsbürgerschaft der DDR 122 - 125
- 4.9. Spezifische Maßnahmen zur Verhinderung terroristischer Handlungen, insbesondere an der Staatsgrenze 125 - 129
5. Grundsätze der Führung und Bearbeitung des Zentralen Feindobjektvorganges Kriminelle Menschenhändlerbanden, der Zentralen Operativen Vorgänge, Teilvorgänge und Operativen Vorgänge 130
- 5.1. Die spezifische Zielstellung der Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden 130 - 132
- 5.2. Grundsätze der Vorgangsführung 132 - 154

- 5.3. Die Gewährleistung der einheitlichen und zentralisierten Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels durch die ZKG und die Verantwortung vorgangsführender und anderer Dienstseinheiten des MfS 154 - 161
- 5.4. Die Durchsetzung von Differenzierungsgrundsätzen bei der operativen Bearbeitung von Personen im Rahmen der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels 161 - 173
- 5.5. Die wirksame Erhöhung des Beitrages aller Dienstseinheiten für die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet 173 - 180

EstU

000007

- 6 -

1. Die Zielstellung des Gegners bei der Organisierung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels.

Die Bedeutung des offensiven Kampfes gegen diese Hauptangriffsrichtung und die Verantwortung des MfS

- 1.1. Die Initiatoren und Organisatoren des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels.

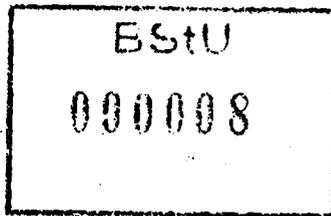
Die vom Gegner angewandten Mittel und Methoden.

Die Zielgruppen des Gegners

Im Rahmen der gegen den Sozialismus gerichteten subversiven Tätigkeit ist die Organisierung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels eine Hauptrichtung des gegnerischen Vorgehens.

Die Auslösung und Organisierung sogenannter Fluchtbewegungen war und ist ein wesentliches Element aggressiver imperialistischer Politik, eine der unmenschlichsten Kampfformen aus dem Arsenal des Antikommunismus, Antisowjetismus, Chauvinismus und Nationalismus.

So versuchten nach der Oktoberrevolution imperialistische und konterrevolutionäre Kräfte durch die Inszenierung von Massenfluchten und Emigrantenbewegungen, die junge Sowjetmacht zu diskreditieren und ihr Schaden zuzufügen. Mit ähnlichen, noch raffinierteren Methoden war der Imperialismus 1956 in Ungarn, 1961 in Kuba und 1968 in der CSSR bemüht, die revolutionäre Entwicklung aufzuhalten und rückgängig zu machen. Die US-Okkupanten und ihre Handlanger in Südvietnam entfesselten Massenvertreibungen und Zwangsdeportationen, um ihre unvermeidliche Niederlage hinauszuschieben.



In modifizierter Fortführung der "Heim-ins-Reich-Bewegung" des deutschen Faschismus organisieren imperialistische Kräfte in der BRD und in Westberlin das ungesetzliche Verlassen der DDR und den staatsfeindlichen Menschenhandel mit besonderer Intensität, Skrupellosigkeit und Brutalität gegen die DDR.

Sowohl in der Zeit des Kalten Krieges als auch unter den gegenwärtigen Bedingungen des zunehmenden Zwanges der Imperialisten zur Anpassung an das neue Kräfteverhältnis in der Welt war und ist die Abwerbung von DDR-Bürgern ein wesentlicher Bestandteil der Feindstrategie.

Das Ziel des Gegners besteht darin

- das sozialistische Lager zu schwächen, es zu diskreditieren, die DDR in Widerspruch zu anderen sozialistischen Ländern zu bringen, sie als "Belastung" für die Politik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, als "Störenfried" in Europa darzustellen;
- den Prozeß der weiteren Integration der sozialistischen Länder zu hemmen und zu stören, insbesondere durch Abwerbung von Fachkadern sowie durch den Mißbrauch des Reise- und Transitverkehrs in bzw. durch andere sozialistische Staaten;
- das ungesetzliche Verlassen der DDR als geeignetes Mittel für die politisch-ideologische Bekämpfung der fortschrittlichen Kräfte, besonders der Arbeiterklasse in der BRD, zu nutzen, den in der DDR und anderen sozialistischen Ländern real existierenden Sozialismus zu verleumden und die "Überlegenheit" und "Anziehungskraft" des Kapitalismus zu "beweisen";

ESU

000009

- 8 -

- durch demagogische Darstellung des ungesetzlichen Verlassens der DDR als "Fluchtbewegung", als Massenprozeß vor der Weltöffentlichkeit den Nachweis zu erbringen, daß diese Bürger der DDR mit ihrem Staat und der sozialistischen Gesellschaft nichts gemein haben wollen und sich in Verwirklichung ihres "Selbstbestimmungsrechts" für die BRD als den für sie einzigen "legitimen" und "demokratischen" deutschen Staat entscheiden;
- unter Bezugnahme auf das "Selbstbestimmungsrecht" und den sogenannten Verfassungsauftrag zur Wahrung der Einheit der Nation diese "Flüchtlinge aus der DDR" als politische Kraft für die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und für ihre Rückkehr in das verlassene Territorium wirken zu lassen;
- durch eine gezielte Abwerbung und (bzw.) Ausschleusung von qualifizierten Fachkräften aus bedeutsamen Bereichen die DDR politisch-ökonomisch, diplomatisch, ideologisch und anderweitig zu schwächen, unsere Entwicklung zu stören und das eigene ökonomische und personelle Potential auf Kosten und zum Schaden der DDR zu stärken;
- auszuschleusende bzw. ausgeschleuste DDR-Bürger für die nachrichtendienstliche und andere subversive Tätigkeit zu mißbrauchen, besonders als Reservoir zur Beschaffung nachrichtendienstlicher Informationen.

Diese weitreichende Zielsetzung des Gegners zeigt sich im Einsatz der kriminellen Menschenhändlerbanden und ihrer Agenturen zur zielgerichteten Sabotage gegen das Gesundheitswesen der DDR durch die permanente, mit hoher Intensität betriebene Abwerbung und Ausschleusung medizinischer Fachkader.

Sie zeigt sich darin, daß durch die imperialistischen Geheimdienste die ausgeschleusten Personen in Ausnutzung ihrer Abhängigkeit, unter vielfältigen materiellen, finanziellen und psychologischen Druck gesetzt und zur Preisgabe ihrer Kenntnisse über Verwandte, Bekannte, ehemalige Arbeitskollegen, Forschungs-, Produktions- u. a. -Geheimnisse gezwungen und damit zur Spionage mißbraucht werden.

Ihre Detailkenntnisse über Personen, Sachverhalte und Objekte werden genutzt, um noch zielgerichteter und umfassender die subversive Tätigkeit gegen die DDR fortzuführen.

In verbrecherischer Weise werden für die Abwerbung, den staatsfeindlichen Menschenhandel und die Einbeziehung in die Spionagetätigkeit alle sich bietenden Ansatzpunkte, besonders verwandtschaftliche Beziehungen zu Bürgern der DDR, in der DDR noch vorhandene schwankende, negative und feindliche Kräfte sowie durch leichtfertiges und verantwortungsloses Verhalten hervorgerufene begünstigende Bedingungen ausgenutzt.

Der Gegner setzt alle Mittel und Möglichkeiten ein, um Bürger der DDR durch verlockende Angebote und Versprechungen irrezuführen und zum Verrat der DDR zu bewegen.

Dazu bedient er sich vor allem der imperialistischen Massenmedien und ihrer raffinierten Praktiken. Dem dienen ferner sein Festhalten an dem interventionistischen Staatsangehörigkeitsrecht der BRD, seine sogenannte "Vertriebenen- bzw. Flüchtlingsgesetzgebung" sowie die von Jahr zu Jahr wachsenden finanziellen Mittel und Vergünstigungen, die den Bürgern der DDR in Aussicht gestellt und mit denen revanchistische Flüchtlingsorganisationen unterstützt werden.

BStU

000011

- 10 -

Mit vielfältigen Maßnahmen zielt er darauf ab, die Menschen zu verunsichern, sie durch Drohungen, anonyme Anrufe und Briefe in Furcht, Angst und Panik zu versetzen, "Kurzschlußreaktionen" hervorzurufen, durch Intrigen in ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Stellung zu beeinträchtigen, ihre Familien zu entzweien, die Menschen zu korrumpieren, in Straftaten zu verstricken und in Verbindung mit der politisch-ideologischen Diversion den Boden für gezielte Aktivitäten der imperialistischen Geheimdienste und der kriminellen Menschenhändlerbanden, insbesondere für Kontakte, Werbungs- und Abwerbungsversuche, vorzubereiten.

Das ungesetzliche Verlassen der DDR und der staatsfeindliche Menschenhandel werden vom gesamten imperialistischen System, dessen Organen und Einrichtungen unterstützt und selbst vorgetragen, von der SPD/FDP-Regierungskoalition bis zu den ultra-reaktionären und offen revanchistischen Kräften.

Entspannungsfeindliche Kräfte in der BRD, in anderen imperialistischen Staaten und in Westberlin nutzen die Organisierung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels zur Behinderung des Entspannungsprozesses und für den Versuch, den Kalten Krieg neu zu entfachen.

Hierzu bedienen sie sich unter Berufung auf die Rechtsgrundlagen der BRD der wesentlichsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion und der Meinungsmanipulierung, vor allem des Springerkonzerns sowie der Regierungs- und anderen Verwaltungsstellen, wie des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, des Gesamtdeutschen Instituts, der Abteilung IV in Westberlin, der Nachfolgeeinrichtung des UfJ, der Revanchistenverbände aller Schattierungen und der kriminellen Menschenhändlerbanden in der BRD, Österreich, der Schweiz u. a. nichtsozialistischen Staaten sowie in Westberlin.

In voller Übereinstimmung mit den langfristigen Zielen des Gegners versuchen diese Kräfte insbesondere durch Aktivierung und Brutalisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels, durch offene und getarnte Verletzung der mit der DDR abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen u. a. Völkerrechtsnormen, Konfliktsituationen zu schaffen, die DDR zu diskreditieren, die politische Lage anzuheizen, weitere Vereinbarungen zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zu torpedieren und realistisch denkende Kreise in den imperialistischen Ländern auf einen entspannungsfeindlichen Kurs zu drängen.

Konzerne, andere Wirtschaftsunternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen u. a. Organe und Institutionen veranlassen und organisieren planmäßig und zielgerichtet Abwerbungen, ungesetzliche Grenzübertritte und staatsfeindlichen Menschenhandel.

Das Ziel besteht hier in der Sicherung des Maximalprofits durch Einsparung an Ausbildungskosten und Erhöhung des wissenschaftlichen Reservoirs bzw. der Deckung der Lücken an wissenschaftlichen u. a. Fachkräften und Spezialisten, der Ausnutzung der ehemaligen DDR-Bürger als billige Ausbeutungsobjekte sowie in der ökonomischen Schädigung der DDR.

Gedeckt durch die politische Zielstellung des Gegners und der diesem Zwecke untergeordneten speziellen Rechtsvorschriften in der BRD und Westberlin hat sich ein neuer Zweig des Berufsverbrechertums, der Handel mit Menschen, herausgebildet, dessen Kern die kriminellen Menschenhändlerbanden bilden und deren Hauptziel die Ausschleusung von Bürgern der DDR und anderer sozialistischer Länder aus deren Staatsgebieten zu "Höchstpreisen" ist.

ESIU

000013

- 12 -

Die kriminellen Menschenhändlerbanden sind das Hauptinstrument des Gegners zur Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels.

Die Methoden des Vorgehens der kriminellen Menschenhändlerbanden sind äußerst vielfältig und einer ständigen Modifizierung unterworfen.

Sie sind gekennzeichnet durch zunehmende Skrupellosigkeit, Menschenfeindlichkeit und Banditentum.

Die wesentlichsten Methoden sind:

- Die verbrecherische und lebensgefährliche Ausschleusung von Personen mit Pkw, Lkw und mit anderen Transportmitteln im grenzüberschreitenden Verkehr, besonders unter Mißbrauch des Transitverkehrs zwischen der BRD und Westberlin, des kontrollbefreiten Verkehrs sowie der TIR-Vereinbarungen.
- Der Mißbrauch von Personaldokumenten der BRD, anderer nichtsozialistischer Länder und Westberlin, einschließlich von Diplomatenpässen sowie die Anwendung ge- und verfälschter sowie fingierter Dokumente, insbesondere unter Verstößen gegen völkerrechtliche Prinzipien und Normen und die Souveränität einer Vielzahl europäischer Staaten.
- Die Schleusung von Personen in Verbindung mit Gewaltakten gegen die Staatsgrenze, besonders terroristische Angriffe auf die Güter sowie der Bau von Schleusungstunneln.
- Die Suche und Nutzung von Lücken im Grenzsicherungssystem (z. Z. besonders in anderen sozialistischen Ländern, wie Ungarn und CSSR).

In wachsendem Maße werden DDR-Bürger durch Einzeltäter geschleust, die im Auftrage von kriminellen Menschenhändlerbanden oder aus persönlichen Motiven heraus als Schleuser tätig werden. In jedem Falle wird versucht, durch das Vortäuschen oder die tatsächliche Existenz persönlicher Beweggründe die Strafgesetzgebung der DDR (§ 105 - staatsfeindlicher Menschenhandel) zu unterlaufen.

In der Tätigkeit der kriminellen Menschenhändlerbanden macht sich eine zunehmende "Internationalisierung" bemerkbar. Sie zeigt sich sowohl durch international organisierte kriminelle Menschenhändlerbanden wie auch durch Ausnutzung und Mißbrauch des Transits über fremde Territorien und Staaten und durch die Verwendung ge- und verfälschter, fiktiver Pässe anderer Staaten.

Bei der Organisation des ungesetzlichen Verlassens und des staatsfeindlichen Menschenhandels konzentriert sich der Gegner auf folgende Zielgruppen:

Schwankende, labile, unzufriedene und negative Personen aus den Bereichen der

- medizinischen Intelligenz und des medizinisch-technischen Personals im gesamten Bereich des Gesundheitswesens
- wissenschaftlich-technischen Intelligenz
- Kunst- und Kulturschaffenden
- Angehörigen des Hoch- und Fachschulwesens
- Fachkader des Binnen- und Außenhandels
- Geheimnisträger, darunter ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe.

ESTU

000015

- 14 -

Die Angriffe des Gegners zielen auch auf Personen, die enge Beziehungen zu Bürgern der BRD, anderer nicht-sozialistischer Staaten und Westberlins unterhalten, besonders aus dem Bereich der Gastronomie.

Es verstärken sich zunehmend die Angriffe des Gegners gegen die Jugend in ihrer Gesamtheit, insbesondere aber gegen die Studenten und die wissenschaftlich ausgebildeten jungen Kader.

Mit der Einbeziehung neuer oder anderer Zielgruppen ist besonders auf Grund von Veränderungen der Arbeitskräfte-lage in der BRD und anderer Faktoren zu rechnen.

Es ist kennzeichnend, daß sich einige kriminelle Menschenhändlerbanden auf die direkte und zielgerichtete Abwerbung von DDR-Bürgern in "ausgewählten" Objekten konzentrieren.

Das betrifft zur Zeit besonders Einrichtungen des Gesundheitswesens. Mit der Verstärkung gezielter Angriffe gegen solche und andere Objekte muß gerechnet werden.

1.2. Das Ziel der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels

Der Kampf um die allseitige Stärkung und Festigung der DDR im Rahmen der Friedensoffensive der sozialistischen Staaten unter den Bedingungen der harten Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus erfordert vom MfS angesichts der hohen Gesellschaftsgefährlichkeit des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des von kriminellen Menschenhändlerbanden betriebenen staatsfeindlichen Menschenhandels den zielstrebigem, koordinierten und konzentrierten Einsatz und die allseitige Nutzung seiner spezifischen Kräfte, Mittel und Methoden zur Bekämpfung besonders dieser feindlichen Angriffe mit dem Ziel,

ESStU

000016

- die Wirksamkeit des feindlichen Einflusses auf DDR-Bürger zum ungesetzlichen Verlassen der DDR durch vorrangig vorbeugende Arbeit sowie konsequente Bekämpfung von in feindlicher Absicht handelnden Personen entscheidend einzuschränken, um die Souveränität der DDR zu sichern und sie vor politischen, ideellen und materiellen Schäden durch diese Angriffe des Gegners zu schützen,
- wirksame und beweiskräftige Voraussetzungen zu schaffen, um auf politischer und diplomatischer Ebene durch offensive Maßnahmen den Gegner an der Verwirklichung seines Langzeitprogramms, der Mißachtung des Völkerrechts und ratifizierter Verträge zu hindern,
- die kriminellen Menschenhändlerbanden als willfährige und brutale Werkzeuge der entspannungsfeindlichen imperialistischen Kräfte und ihre Stützpunkte in ihrer Wirksamkeit einzuschränken und schließlich zu zerschlagen.

Durch die offensive Gestaltung der Arbeit aller Linien und Diensteinheiten hat das MfS vorrangig einen spezifischen Beitrag zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels zu leisten, indem

dafür vorhandene Ursachen und begünstigende Bedingungen rechtzeitig aufgedeckt und beseitigt werden,

die Pläne, Absichten, Maßnahmen, Mittel und Methoden der feindlichen Zentren, der kriminellen Menschenhändlerbanden und der in feindlicher Absicht handelnden Personen innerhalb der DDR rechtzeitig aufgedeckt und konsequent bekämpft werden.

Dieses Grundanliegen ist durch nachfolgende differenzierte Ziel- und Aufgabenstellung zu realisieren:

- 1.2.1. Die Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels sind darauf gerichtet, das ungesetzliche Verlassen der DDR wirkungsvoll einzuschränken und weitgehend zu verhindern, Ursachen und begünstigende Bedingungen (ideologischer, politischer, rechtlicher, materieller u. a. Art) auszuräumen und Schäden jeder Art nicht zuzulassen; d. h. die personellen und ökonomischen Potenzen sind der DDR voll zu erhalten, die nachrichtendienstliche Abschöpfung dieser Personen, ihre Einbeziehung in andere Arten der Feindtätigkeit zu unterbinden und deren Mißbrauch zur politisch-ideologischen Diversion und Meinungsmanipulierung auszuschließen.
- 1.2.2. Mit der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR sowie der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels ist ein wesentlicher Beitrag zu leisten für den Schutz der DDR, insbesondere für die Gewährleistung der Souveränität und territorialen Integrität der DDR, für ihre weitere ökonomische, politische, militärische und ideologische Stärkung.
- 1.2.3. Eine wesentliche Seite der Aufgabenstellung besteht darin, den Gegner an der Verwirklichung seiner Ziele umfassend zu hindern, seine Angriffe, besonders auf ideologischem Gebiet, wirkungslos zu machen, unsere ideologische Offensive noch wirksamer voranzuführen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Strategie unserer Partei in der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus, insbesondere zur weiteren Durchsetzung der friedlichen Koexistenz und der damit verbundenen Bekämpfung und Zurückdrängung der entspannungsfeindlichen Kräfte in Europa zu leisten.

Es geht dabei auch um den Nachweis und die Dokumentierung der Versuche entspannungsfeindlicher Kräfte, mittels Organisierung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels den Entspannungsprozeß aufzuhalten und zum Kalten Krieg zurückzukehren.

Es ist stets herauszuarbeiten, welche Kräfte hinter den Verbrechen stehen, welche Absichten sie damit verfolgen, welchen Stellenwert diese Kräfte der Durchführung dieser Verbrechen in ihrer Zielstellung beimessen.

Damit sind Voraussetzungen und Grundlagen zu schaffen, die es unserer Partei und Regierung im Rahmen der Gesamtstrategie der sozialistischen Staatengemeinschaft ermöglichen, politische, diplomatische, ökonomische und ideologische Aktivitäten zu entfalten, um

- den Differenzierungsprozeß im imperialistischen System weiter zu forcieren,
- die entspannungsfeindlichen Kräfte zu entlarven und weiter zurückzudrängen.

1.2.4. Der Nachweis der Verletzung völkerrechtlicher Verträge, Vereinbarungen, Konventionen durch jene Kräfte, die das ungesetzliche Verlassen der DDR und den staatsfeindlichen Menschenhandel inspirieren und organisieren, insbesondere Verletzungen

- des Transitabkommens (Mißbrauchshandlungen)
- des Verkehrsvertrages
- des Berliner Vertrages
- der Wiener Konvention (Dipl.-Status usw.)
- der TIR-Konvention
- der Vereinbarung zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs

- Verletzungen anderer zwei- und mehrseitiger Abkommen und Vereinbarungen, besonders über Fragen des Flugverkehrs, des Touristenverkehrs
- sowie von Verletzungen der Statuten internationaler Organisationen.

Hiermit sind Möglichkeiten und Voraussetzungen zu schaffen für diplomatische und anderweitige Aktivitäten unserer Regierung, um

- die Regierungen der BRD und anderer kapitalistischer Staaten sowie den Senat von Westberlin zur Einhaltung der Verträge und in bestimmtem Maße zu einem Vorgehen gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden zu zwingen;
- die Regierungen dritter Länder zu veranlassen, das Wirken von kriminellen Menschenhändlerbanden auf ihrem Territorium zu unterbinden bzw. derartige Forderungen gegenüber der BRD und dem Senat von Westberlin zu erheben;
- die Staaten und internationalen Organisationen, die Teilnehmer an Konventionen und anderen Verträgen sind, zu veranlassen, ihrerseits gegen deren Verletzung und damit gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden vorzugehen und bedeutsame Organisationen in dritten Ländern zu veranlassen, ihre mißbräuchliche Einbeziehung in den staatsfeindlichen Menschenhandel zu unterbinden.

1.2.5. Die Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels verfolgen das Ziel, die Staatsgrenze noch zuverlässiger zu schützen, Störungen von Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze, im Personen- und Güterverkehr mit nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie im Innern der DDR auszuschalten, indem z. B. beabsichtigte ungesetzliche Grenzübertritte rechtzeitig unterbunden werden und

Personen, die einen ungesetzlichen Grenzübertritt planen, gar nicht erst in die Nähe der Grenze bzw. in das sozialistische Ausland gelangen, um Grenzzwischenfälle u.a. politische Verwicklungen zu verhindern.

- 1.2.6. Die Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels verfolgen das Ziel, die konkreten Pläne, Absichten, Maßnahmen, Mittel und Methoden der Inspiratoren und Organisatoren dieser Aktivitäten, einschließlich des Netzes der kriminellen Menschenhändlerbanden, aufzuklären und ihre Anwendung wirkungsvoll zu verhindern.
- 1.2.7. Der Schutz der Bürger der DDR vor Angriffen des Gegners, besonders vor Abwerbungsversuchen, und der politisch-ideologischen Diversion, insbesondere der Schutz jener Personen und Personenkreise, die zu den Zielgruppen des Gegners gehören, wie die medizinische Intelligenz und andere, ist eine wesentliche Seite der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels.
- In engem Zusammenhang damit ergibt sich die Notwendigkeit der allseitigen Klärung der Frage "Wer ist wer?" besonders unter den Personen, die durch Angriffe des Gegners besonders gefährdet sind, wie der medizinischen und pädagogischen Intelligenz sowie den Personen in der DDR, zu denen Rückverbindungen ausgeschleuster und solcher Personen, die anderweitig die DDR verlassen haben und aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen wurden, bestehen.

Weiterhin geht es darum,

- DDR-Bürger, die beabsichtigen, die DDR ungesetzlich zu verlassen, von ihrem Entschluß abzubringen und die Entführung von Kindern zu verhindern;
- DDR-Bürger, die, ohne Feind zu sein, auf Abwerbungsversuche des Gegners eingehen oder andere, "private" Motive für das ungesetzliche Verlassen der DDR haben und bereits Vorbereitungshandlungen bzw. Versuche eines ungesetzlichen Grenzübertritts bzw. einer Ausschleusung unternommen haben, möglichst schnell an die sozialistische Gesellschaft zu binden; das erfordert vor allem die Durchsetzung einer differenzierten Rechtsanwendung;
- Personen, die der DDR feindlich gegenüberstehen und andere Personen, die die sozialistische Entwicklung stören oder zu stören beabsichtigen (hartnäckige Gesetzesverletzer und Querulanten) und die Absicht haben, die DDR zu verlassen, mit höchstmöglichen materiellen und ideellen Erfolg für die DDR aus der Staatsbürgerschaft zu entlassen.

1.2.8. Eine Hauptaufgabe des MfS besteht in der differenzierten offensiven Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden und ihrer Stützpunkte.

Das erfordert u. a.

- die jeweilige kriminelle Menschenhändlerbande nicht mehr zur Wirksamkeit kommen zu lassen, indem systematisch und planvoll alle Möglichkeiten verschlossen werden;
- durch politisch-aktive Maßnahmen die kriminellen Menschenhändlerbanden zu zersetzen, zu diskriminieren, untereinander in Widersprüche zu bringen, Widersprüche zwischen den Mitgliedern der kriminellen Menschenhändlerbanden hervorzurufen, sie zu kompromittieren und in

Widersprüche zur öffentlichen Meinung zu bringen, ihre Existenzgrundlage zu vernichten, sie in Widerspruch zur offiziellen Ostpolitik der Regierung der BRD zu bringen;

- die Schaffung von Voraussetzungen, um ein publizistisches oder strafrechtliches Vorgehen in der BRD, in anderen kapitalistischen Staaten oder in Westberlin gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden oder einzelne ihrer Mitglieder zu erzwingen;
- durch publizistisches Vorgehen in der DDR und im Operationsgebiet ihren kriminellen Charakter aufzuzeigen.

Hauptanliegen ist es dabei, die Gesamtsituation für die kriminellen Menschenhändlerbanden in der BRD, in anderen nichtsozialistischen Staaten und in Westberlin sowie die Verhältnisse innerhalb der kriminellen Menschenhändlerbanden so zu gestalten, daß sie ihre Tätigkeit zumindest nur unter erschwerten Bedingungen fortsetzen können, daß ihre Existenzgrundlage so beeinflußt wird, daß sie ihre Tätigkeit aufgeben müssen bzw. vollständig zerschlagen werden.

- 1.2.9. Eine wichtige Aufgabe besteht darin, jene Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben, in Widersprüche zu Staat und Gesellschaft der BRD und Westberlins, besonders zur Bevölkerung zu bringen, sie zu diskreditieren, um ihre Eingliederung in diese Gesellschaft zu erschweren sowie andere operative Handlungen unter bzw. mit solchen Personen durchzuführen (auch gegen kriminelle Menschenhändlerbanden)
- 1.2.10. Die Verhinderung und Bekämpfung von Angriffen gegen die staatliche Sicherheit und anderer krimineller Handlungen, die im engen Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung des ungesetzlichen Verlassens der DDR sowie

des staatsfeindlichen Menschenhandels begangen werden, vor allem

- Landesverratsdelikte, z. B. Einbeziehung von Angehörigen der kriminellen Menschenhändlerbanden und ihrer Stützpunkte in der DDR in die nachrichtendienstliche Tätigkeit der imperialistischen Geheimdienste; vorbereiteter Verrat von Staatsgeheimnissen durch auszuschleusende DDR-Bürger;
- Terrorverbrechen, wie der Bau von Schleusungstunneln; terroristische Angriffe auf Güter und Geiselnahmen;
- Sabotageverbrechen, z. B. durch Abwerbung oder Ausschleusung bestimmter Kader besondere Vorhaben durchkreuzen oder desorganisieren und dadurch die DDR schädigen zu wollen.

1.2.11. Die Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR sowie die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels ist auch darauf zu richten, begünstigende Bedingungen der Tatbestandsverwirklichung aufzudecken, weitgehendst einzuschränken oder zu beseitigen.

Von den kriminellen Menschenhändlerbanden und anderen feindlichen Kräften genutzte Lücken in der Grenzsicherung, bei der Abfertigung an Güter, im Flug- und Reiseverkehr mit dritten Ländern, Lücken in der Sicherung bestimmter Objekte an Transitstrecken sind zu erkennen und zu beseitigen.

Es ist erforderlich, alle Mißstände und Mängel, die begünstigend für das Entschlußfassen zum ungesetzlichen Verlassen der DDR wirken können, zu erkennen und auszuräumen, z. B. die unzureichende Wahrnehmung der Verantwortung von staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie von gesellschaftlichen Organisationen für die Vorbeugung gegen das ungesetzliche Verlassen der DDR.

1.2.12. Es sind Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen, um von vornherein eine Entschlußfassung zum ungesetzlichen Verlassen der DDR zu verhindern bzw. zu erreichen, daß schleusungswillige Personen von ihrem Vorhaben Abstand nehmen.

Das erfordert insbesondere, den verbrecherischen Charakter des staatsfeindlichen Menschenhandels öffentlichkeitswirksam nachzuweisen.

1.3. Die Verantwortung des MfS bei der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und bei der Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden

1.3.1. Hauptaufgaben und Verantwortung aller Dienstseinheiten des MfS

Zur Realisierung der grundsätzlichen Ziel- und Aufgabenstellung des MfS zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels haben alle Dienstseinheiten durch die systematische, zielgerichtete und abgestimmte Nutzung aller Möglichkeiten, insbesondere durch

- den zielgerichteten, koordinierten Einsatz und die allseitige Nutzung der IM und anderer operativer Kräfte in der DDR und im Operationsgebiet sowie anderer Kräfte, Mittel und Methoden des MfS,
- das enge abgestimmte Zusammenwirken mit den anderen Schutz-, Sicherheitsorganen, anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen, gesellschaftlichen Organisationen und Kräften und das Nutzen ihrer Möglichkeiten,

- die systematische und planmäßige Verbindung der Lösung der im Befehl 1/75 und der in dieser Instruktion gestellten Aufgaben mit der Lösung aller anderen politisch-operativen Aufgaben im Rahmen der Zuständigkeit der Dienstseinheiten und der Zusammenarbeit zwischen ihnen

den höchstmöglichen Beitrag zur Lösung folgender Aufgabenkomplexe zu leisten:

- Organisierung einer wirksamen vorbeugenden politisch-operativen Arbeit zur rechtzeitigen und umfassenden Aufdeckung und Beseitigung bzw. weitgehenden Einschränkung aller Ansatzpunkte, Ursachen, begünstigenden Umstände und Bedingungen für die Entwicklung von Absichten zum ungesetzlichen Verlassen einschließlich von Lücken in den politisch-operativen Sicherungssystemen, die für die Planung, Vorbereitung und Durchführung des ungesetzlichen Verlassens der DDR sowie von Ausschleusungen bedeutsam sind;
- rechtzeitige Aufklärung aller Pläne, Absichten und Maßnahmen des Gegners, insbesondere das rechtzeitige Erkennen von Veränderungen in den Angriffsrichtungen, in der Anwendung von Mitteln und Methoden, von eingesetzten Kräften, bei Inspiratoren, Organisatoren und Hintermännern sowie von neuen Möglichkeiten, die sich für den Gegner aus Veränderungen der Lage ergeben;
- rechtzeitige Erarbeitung von Hinweisen auf beabsichtigtes, geplantes oder vorbereitetes ungesetzliches Verlassen der DDR bzw. auf Angriffe krimineller Menschenhändlerbanden;
- unverzügliche Bearbeitung und Klärung aller Hinweise
- unter Beachtung möglicher Zusammenhänge zu anderen feindlich-negativen Handlungen - und Durchführung

wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung von Angriffen gegen die Staatsgrenze der DDR, feindlich-negativen demonstrativen Handlungen und Provokationen, der Abwerbung, Ausschleusung und Einbeziehung von DDR-Bürgern in die Tätigkeit der kriminellen Menschenhändlerbanden oder andere subversive Aktivitäten;

- umfassende Aufklärung gelungenen ungesetzlichen Verlassens der DDR, von unbekanntem Wegen, von Helfern und Stützpunkten sowie der Rückverbindungen in die ehemaligen Arbeits- und Freizeitbereiche und Durchführung wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Grenzübertritte auf diesen Wegen;
- umfassende Aufklärung der kriminellen Menschenhändlerbanden, ihrer Angriffsrichtungen, ihrer Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie Mittel und Methoden, ihrer Struktur, ihres Zusammenwirkens und ihrer Beziehungen zueinander, zu staatlichen Institutionen, Konzernen, gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen, insbesondere zu Geheimdiensten, zur Polizei und zu Zollorganen;
- Aufklärung der Möglichkeiten für das Eindringen in die kriminellen Menschenhändlerbanden sowie in die Kreise der Inspiratoren, Organisatoren und Hintermänner mit dem Ziel der Durchführung wirksamer Aufklärungs- und Zersetzungsmaßnahmen und Abstimmung der politisch-operativen Maßnahmen zur Nutzung dieser Möglichkeiten mit den zuständigen Dienststeinheiten;
- Informierung der zuständigen Partei- und Staatsorgane im Verantwortungsbereich und Gewährleistung des abgestimmten Zusammenwirkens mit anderen staatlichen und den wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften bei der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR,

Durch die wirksame Lösung dieser grundsätzlichen politisch-operativen Aufgaben und eine qualifizierte Auswertungs- und Informationstätigkeit sind die

- Möglichkeiten und Voraussetzungen für offensive politische Maßnahmen von Partei und Regierung und für entsprechende politisch-operative Maßnahmen des MfS zu schaffen,
- Verletzung völkerrechtlicher Verträge und Vereinbarungen, ihr Mißbrauch und die Versuche feindlicher Kräfte, den Entspannungsprozeß aufzuhalten, zu beweisen,
- Rolle und Funktion der kriminellen Menschenhändlerbanden im System der subversiven Tätigkeit gegen die DDR und andere sozialistische Staaten aufzuklären und nachzuweisen,
- Inspiratoren, Organisatoren und Hintermänner sichtbar zu machen, deren Pläne, Absichten und Maßnahmen rechtzeitig zu erkennen und zu durchkreuzen.

Organisierung einer qualifizierten politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit gemäß des Befehls 299/65 sowie der Weisung vom 19. 2. 1975 zum Datenverarbeitungsprojekt "Datenbank ungesetzliche Grenzübertritte", um zu sichern, daß

- eine lückenlose Erfassung und Speicherung aller politisch-operativ bedeutsamen Informationen in den entsprechenden Informationsspeichern (VSH, KK und DUG) erfolgt und eine ständige Vergleichs- und Verdichtungsarbeit vorgenommen wird,

- eine schnelle Informierung der für die Bearbeitung des jeweiligen ZOV verantwortlichen Dienst Einheit, der ZKG, BKG bzw. territorial oder objektmäßig verantwortlicher Dienst Einheiten auf der Grundlage festgelegter Informationsflußregelungen erfolgt,
- ständig die analytische Arbeit im Verantwortungsbereich auf die aktuelle Einschätzung der Entwicklung der politisch-operativen Lage sowie der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit konzentriert und gewährleistet wird,
- die ZKG, ZAIG bzw. die BKG und AIG schnell über neue Entwicklungstendenzen, Schwerpunkte und Erkenntnisse informiert werden und
- ein offensives und schnelles Reagieren auf neue Angriffe, Mittel und Methoden des Gegners durch die ZKG, BKG gewährleistet wird.

1.3.2. Nachfolgende Dienst Einheiten haben folgende spezifische Verantwortung wahrzunehmen:

HA I

- Gewährleistung der zuverlässigen politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze der DDR in enger Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen Dienst Einheiten, insbesondere der Linie VII und den BV/V mit Staatsgrenze, vor allem
 - rechtzeitige Aufklärung und Verhinderung von Aktivitäten feindlicher Kräfte im grenznahen Operationsgebiet zur Unterstützung von Grenzdurchbrüchen oder Handlungen krimineller Menschenhändlerbanden oder von Personen, die keine Verbindung zu kriminellen Menschenhändlerbanden haben;

BStU

000029

- 28 -

- Aufklärung des Zusammenspiels und von Kontakten von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes und des Zollgrenzdienstes der BRD zu Mitgliedern krimineller Menschenhändlerbanden im Rahmen der Tätigkeit im grenznahen Operationsgebiet;
 - Kontrolle von Tunnelanlagen und tunnelgefährdeten Bereichen zur Verhinderung von Tunnelschleusungen;
- Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung aller beabsichtigten Fahnenfluchten mit dem Ziel des Verlassens des Staatsgebietes der DDR sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR durch Zivilangestellte.
- Die Diensteinheiten der Linie I haben in eigener Verantwortung und in Zusammenarbeit mit anderen Linien und Diensteinheiten des MfS sicherzustellen, daß
- Angehörige der NVA und der Grenztruppen der DDR, aus deren Verbindungskreis Personen ungesetzlich die DDR verließen oder ausgeschleust wurden, unter operative Kontrolle gestellt, wirksam vorbeugend abgesichert und notwendige Veränderungen herbeigeführt werden,
 - alle Hinweise sofort und zielstrebig bearbeitet und geplante Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR rechtzeitig und wirksam verhindert werden,
 - alle von aktiven oder ehemaligen Angehörigen der NVA versuchten oder gelungenen Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR im Zusammenhang mit terroristischen Handlungen gründlich untersucht, alle begünstigenden Bedingungen herausgearbeitet und umgehend ausgeräumt werden.

HA II bzw. Abt. II der BV/V

- Aufklärung und Verhinderung des Mißbrauchs der Privilegien und Immunitäten von Angehörigen der Vertretungen nichtsozialistischer und anderer politisch-operativ interessierender Staaten in der DDR und anderer bevorrechteter Personen zur Unterstützung krimineller Menschenhändlerbanden oder von Schleusern, die keine Verbindung zu kriminellen Menschenhändlerbanden haben, durch Zurverfügungstellung kontrollbefreiter Kfz oder ge- oder verfälschter Pässe, durch Kuriertätigkeit oder durch andere Handlungen im Rahmen der Durchsetzung der Befehle 16/74 und 17/74;
- Aufklärung und Verhinderung der von Angehörigen der Vertretungen nichtsozialistischer Staaten in der DDR und von anderen bevorrechteten Personen ausgehenden Aktivitäten zur feindlich-negativen Beeinflussung und Unterstützung von Bürgern der DDR bei der Vorbereitung oder Durchführung von provokatorisch-demonstrativen Handlungen zum Erzwingen von Reisen und Übersiedlungen in nichtsozialistische Staaten und Westberlin, von Eheschließungen mit Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR;
- Zielstrebige eigenverantwortliche operative Bearbeitung von Hinweisen auf eventuelles ungesetzliches Verlassen der DDR oder staatsfeindlichen Menschenhandel im Zusammenhang mit Spionageverbrechen.

EstU

090031

- 30 -

HA VI bzw. Abt. VI der BV/V

- Organisation des Kontroll- und Abfertigungsregimes an den Grenzübergangsstellen im engen Zusammenwirken mit den Kräften der Zollverwaltung der DDR zur konsequenten Durchsetzung aller erforderlichen Maßnahmen zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie Erarbeitung und Verdichtung diesbezüglicher Hinweise aus der operativen Fahndung, Filtrierung und Vergleichsarbeit;
- Verhinderung von feindlich-negativen demonstrativen oder terroristischen Handlungen an den Güst und in deren Vorfeld, einschließlich der Organisierung geeigneter Vorbeugungsmaßnahmen, im Zusammenwirken mit anderen operativen Linien und Dienststeinheiten sowie den zuständigen staatlichen Organen;
- Gewährleistung der Sicherheit und Terrorabwehr zur Verhinderung von Flugzeugentführungen und Gewaltakten gegen andere Verkehrsmittel, Verkehrswege und Einrichtungen mit dem Ziel der gewaltsamen Ausschleusung von Personen in enger Zusammenarbeit mit der Abt. XXII sowie den Dienststeinheiten der Linien VIII und XIX;
- Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels unter Ausnutzung des Reise- und Touristenverkehrs in bzw. über sozialistische Staaten in enger Zusammenarbeit mit den anderen Linien und Dienststeinheiten sowie im engen Zusammenwirken mit den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Staaten, das mit der Abt. X abzustimmen ist;

- Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR unter Mißbrauch des organisierten Tourismus in nichtsozialistische Staaten;
- Organisation einer effektiven eigenen Entwicklung und Bearbeitung operativer Vorgänge zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR, insbesondere von Gaststättenpersonal der Interhotels und anderer Einrichtungen des Verantwortungsbereiches;
- Einleitung und Durchführung von Fahndungsmaßnahmen gemäß der Dienstanweisung 6/75;
- vorbeugende Verhinderung von Angriffen auf die Güst (Straße, Eisenbahn, Häfen und Flughäfen) in enger Zusammenarbeit mit den für die Verhinderung von Mißbrauchshandlungen auf den Transitwegen oder die Sicherung bestimmter Objekte und Territorien verantwortlichen Dienststeinheiten, insbesondere der Linien VIII und XIX sowie den angrenzenden BV/KD;
- Organisation der umfassenden Nutzung der Möglichkeiten der Zollverwaltung der DDR und ihrer nachgeordneten Einrichtungen zur Erarbeitung von Ersthinweisen auf ungesetzliches Verlassen der DDR oder staatsfeindlichen Menschenhandel sowie Verhinderung derartiger Angriffe.

HA VII bzw. Abt. VII der BV/V

- Zielgerichtete Mitwirkung an der Aufdeckung der Pläne, Absichten und Maßnahmen des Gegners gegen die territoriale Integrität der DDR, die staatliche Sicherheit im Grenzgebiet sowie im grenznahen Hinterland;
- Gestaltung einer wirksamen politisch-operativen Abwehrarbeit in der DVP und den anderen Organen des MdI, um gegnerische Wirkungsmöglichkeiten zur Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR bzw. von Fahnenfluchten durch Angehörige dieser Organe sowie deren im Haushalt lebende Familienangehörige rechtzeitig zu erkennen und vorbeugend zu verhindern;
- zielstrebige Aufdeckung und Bearbeitung von Stützpunkten, Anlaufstellen oder Zielpersonen der Kontakttätigkeit sowie vorbeugende Verhinderung von Straftaten des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels durch Personen, die im Schutzstreifen oder im Sperrgebiet der Staatsgrenze wohnhaft oder beschäftigt sind, in enger Zusammenarbeit mit den Grenzkreisdienststellen;
- Vervollkommnung der operativen Grenzsicherungsmaßnahmen zur Durchsetzung der Vorbeugung, Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung aller Angriffe gegen die Staatsgrenze, insbesondere zur schnellen Schließung erkannter Lücken in den Sicherungssystemen an der Staatsgrenze in Zusammenarbeit mit der HA I;

- Gewährleistung einer wirksamen Hilfe und Unterstützung gegenüber den operativen Dienstseinheiten, die operative Materialien oder Vorgänge gegen Personen bearbeiten, die ein ungesetzliches Verlassen der DDR durch Überwinden der Staatsgrenze zur BRD oder zu Westberlin planen, versuchen oder durchführten;
- Organisierung eines wirksamen operativen Zusammenwirkens mit der DVP und anderen Organen des MfS.

HA VIII bzw. Abt. VIII der BV/V

EstU
000034

Gewährleistung und Vervollkommnung der ständigen Funktionsfähigkeit der operativen Sicherungs-, Kontroll- und Beobachtungssysteme auf und an den Transitstrecken zur Leistung eines optimalen Beitrages bei der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels durch

- operative Beobachtung verdächtiger oder in Fahndung stehender Personen oder Kfz auf der Grundlage von Auftragsersuchen anderer Dienstseinheiten oder eigener op. bedeutsamer Feststellungen;
- sorgfältige Dokumentierung aller Mißbrauchshandlungen (Artikel 16 des Transitabkommens) insbesondere solcher, die mit der Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR im Zusammenhang stehen, in enger Zusammenarbeit mit den Dienstseinheiten der Linie VI und im Zusammenwirken mit den verantwortlichen Kräften der DVP und der Zollverwaltung der DDR;

EstU

000035

- 34 -

- qualifizierte politisch-operative Abwehrarbeit in den zum Verantwortungsbereich gehörenden Objekten an den Transitwegen (Straße) zur Klärung der Frage "Wer ist wer?"
Aufdeckung und Beseitigung begünstigender Bedingungen;
- Organisierung einer wirksamen Tiefensicherung der Transitwege (Straße) in enger Zusammenarbeit mit den angrenzenden BV/V/KD;
- eigenverantwortliche Bearbeitung von Operativen Vorgängen mit dem Verdacht des ungesetzlichen Verlassens der DDR oder des staatsfeindlichen Menschenhandels im Zusammenhang mit dem Transitverkehr;
- Durchsetzung der sich aus dem Befehl 21/74 ergebenden Aufgaben bei bevorrechteten Personen.

HA IX bzw. Abt. IX der BV/V

- Einschätzung Operativer Vorgänge u. a. operativer Materialien und Beratung der operativen Dienstseinheiten bei der weiteren Bearbeitung bzw. dem Abschluß derselben zur Gewährleistung der strafrechtlichen und strafprozessualen Anforderungen, der konzentrierten Herausarbeitung der gesetzlichen Tatbestände, der rechtzeitigen Erarbeitung von Beweisen, der Beseitigung begünstigender Bedingungen während und nach Abschluß der Bearbeitung, der Voraussetzungen für die Herauslösung inoffizieller Mitarbeiter und der Anwendung der Differenzierungsgrundsätze, insbesondere mit dem Ziel, alle sich im Prozeß der operativen Arbeit ergebenden Möglichkeiten des Eindringens in die kriminellen Menschenhändlerbanden, ihrer Zersetzung und endgültigen Zerschlagung zielstrebig zu nutzen;

- Nutzung aller in der Untersuchungsarbeit und bei der Klärung von Vorkommnissen gegebenen Möglichkeiten zur Erarbeitung von Informationen über Mittel und Methoden, beteiligte Kräfte, Auftraggeber, Initiatoren und Organisatoren, begünstigende Bedingungen, Hintergründe, Zusammenhänge und Schwerpunkte und

BSU

000036

Führung der zentralen Übersicht über alle wesentlichen Untersuchungsergebnisse mit dem Ziel

- . über neue Erkenntnisse und wesentliche Untersuchungsergebnisse entsprechend der politisch-operativen Bedeutsamkeit den Genossen Minister, seine Stellvertreter und die ZKG zu informieren,
- . Schlußfolgerungen und Vorschläge für eine effektivere vorbeugende Arbeit zu unterbreiten,
- . Materialien für offensive Maßnahmen der operativen Dienstseinheiten oder für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit vorzubereiten,
- . die politisch-operative Arbeit und Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden durch die vorgangsführenden Dienstseinheiten wirksam zu unterstützen,
- . unter Beachtung der konkreten Bedingungen jedes Einzelfalls richtig zu differenzieren und gegen Personen mit verfestigter feindlich-negativer Einstellung die ganze Härte der sozialistischen Gesetzlichkeit in Anwendung zu bringen bzw. Personen zum Kampf gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden oder für andere Maßnahmen im Operationsgebiet zu gewinnen.

Die Leiter der Abteilungen IX der BV/V haben dazu die unverzügliche direkte Weiterleitung entsprechender Informationen an die Hauptabteilung IX sicherzustellen und die Leiter der BV bzw. BKG zu informieren;

- Organisation des operativen Zusammenwirkens mit der Arbeitsrichtung II der DVP in der Untersuchungstätigkeit zur Sicherung eines einheitlichen Vorgehens und der Erarbeitung von Informationen von hohem Wert für die Organisierung des Kampfes gegen das ungesetzliche Verlassen der DDR und den staatsfeindlichen Menschenhandel durch das MfS, die DVP und andere zuständige Organe und Einrichtungen;
- Gewährleistung der effektiven Nutzung der Rechtshilfebeziehungen zu den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Staaten.

Abt. X.

Gewährleistung eines engen Zusammenwirkens mit den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Staaten in Abstimmung mit der ZKG, den Hauptabteilungen II, VI, IX sowie den auftraggebenden Dienststeinheiten.

HA XVIII bzw. Abt. XVIII der BV/V

Im Rahmen der komplexen Sicherung der Volkswirtschaft ist zu gewährleisten:

- Aufdeckung und Verhinderung der feindlichen Einflußnahme und Förderung der Entschlußfassung zur Durchführung von Diversionsakten, Herbeiführung von Bränden, Havarien, Störungen im volkswirtschaftlichen Bereich mittels der politisch-ideologischen Diversion,

durch Kontakte und Verbindungen als Vorbedingung der Organisierung und Finanzierung von Ausschleusungen und der Sicherung günstiger Startbedingungen in der BRD, anderen nichtsozialistischen Ländern sowie Westberlin;

- Durchführung qualifizierter Sicherheitsüberprüfungen vor Einsatzbestätigungen, differenzierter Wiederholungsüberprüfungen und einer wirksamen politisch-operativen Personenkontrolle bei besonders gefährdeten Personen bzw. Personengruppen, die zu den Zielgruppen des Gegners gehören wie Reisekader, Spitzengeheimnisträger, Angehörige der wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Intelligenz, Angehörige des betrieblichen Gesundheitswesens oder andere Spezialisten, die Abwehrungsversuchen des Gegners ausgesetzt sind, zur vorbeugenden politisch-operativen Sicherung dieser Personen vor Angriffen des Gegners, Sicherung der in der Fischereiflotte beruflich tätigen Personen;

- Organisation einer effektiven Kontrolle aller aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin einreisenden Personen mit unmittelbaren Kontakten in Objekten der Verantwortungsbereiche zur Vorbeugung von feindlich-negativen Beeinflussungsversuchen und der Vorbereitung eines ungesetzlichen Verlassens der DDR, insbesondere Verhinderung der Schleusungsvorhaben von Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, die sich aus beruflichen Gründen längere Zeit in der DDR aufhalten und feste Kontakte schließen;

- operative Einflußnahme auf die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen zur qualifizierten Realisierung des Bestätigungsverfahrens von Einsatzkadern, des Genehmigungsverfahrens für Reisen in nichtsozialistische Staaten und Westberlin sowie andere politisch-operativ interessierende Staaten, der Wiedereingliederung Haftentlassener sowie einer umfassenden vorbeugenden Tätigkeit gemäß Artikel 3 StGB durch die Leiter dieser Organe und Einrichtungen sowie die Offiziere im besonderen Einsatz und Sicherheitsbeauftragten;
- umfassende Nutzung der inoffiziellen Basis, besonders der Reisekader in nichtsozialistische Staaten und Westberlin, zur Aufdeckung und Aufklärung von Absichten von Wirtschaftsunternehmen oder feindlichen Zentren, bestimmte Spezialisten abzuwerben oder den vorhandenen Mangel an speziellen Fachkräften auf Kosten der DDR zu beseitigen.

HA XIX bzw. Abt. XIX der BV/V

Im Rahmen der komplexen Sicherung des Verkehrswesens ist zu gewährleisten:

- Vorbeugende abwehrmäßige Sicherung der im grenzüberschreitenden Verkehr beruflich tätigen Personen zur Verhinderung der Abwerbung durch den Gegner, des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Einbeziehung in die Organisation terroristischer Anschläge oder den staatsfeindlichen Menschenhandel;

- wirksame politisch-operative Sicherung der Transitwege (Eisenbahn, Binnenwasserstraßen) einschließlich der Tiefensicherung;
Sicherung der Flugtechnik der Interflug sowie der Handels- und Verkehrsschiffe
in enger Zusammenarbeit mit den Dienststeinheiten der Linie VI und den Kreisdienststellen;
- ständiges operatives Zusammenwirken mit den Zugbegleitkommandos der Transportpolizei, der Wasserschutzpolizei sowie den Arbeitsrichtungen I und II der Trapo/K zum rechtzeitigen Erkennen und Verhindern des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie zur umfassenden Aufklärung aller durch die Trapo/K bearbeiteten Straftaten;
- operative Einflußnahme auf die Einrichtungen des Verkehrswesens zur qualifizierten Wahrnehmung der Verantwortung im Rahmen der Bestätigungsverfahren von Einsatzkadern, der Genehmigungsverfahren für Reisen in nichtsozialistische Staaten und Westberlin sowie anderer politisch-operativ interessierender Staaten, der Wiedereingliederung Haftentlassener sowie zur umfassenden vorbeugenden Tätigkeit gemäß Artikel 3 StGB durch die Leiter dieser Organe und Einrichtungen sowie die OibE und Sicherheitsbeauftragten.

HA XX bzw. Abt. XX der BV/V

Wirkungsvolle, umfassende komplexe Vorbeugung unter den im Bereich des Gesundheitswesens konzentriert angegriffenen Zielgruppen des Gegners wie Ärzte spezieller Fachrichtungen und anderer dort tätiger Fachkräfte sowie von Medizinstudenten im Zusammenwirken mit den verantwortlichen staatlichen Organen und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen sowie Aufklärung und Verhinderung

ESU

000041

- 40 -

aller Angriffe des Gegners zur Organisierung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels in Abstimmung mit der ZKG und enger Zusammenarbeit mit den operativen Linien und Diensteinheiten, die über objektive Möglichkeiten zur Unterstützung dieser Aufgabenstellung verfügen.

Das erfordert vor allem die Lösung folgender Aufgaben:

- Die Stärkung und Festigung des Kaderbestandes und Qualifizierung und Vervollkommnung der inoffiziellen Basis als Voraussetzung der weiteren Entwicklung der politisch-operativen Abwehrarbeit.
- Die Gewährleistung einer größeren Planmäßigkeit, Systematik und Zielstrebigkeit in der Durchsetzung der politisch-operativen Prozesse. In den zuständigen Diensteinheiten sind unter Federführung der HA XX bzw. der Abt. XX der BV/V die vorhandenen Sicherungs- und Bearbeitungskonzeptionen zu präzisieren bzw. neu zu erarbeiten.
- Die bisherigen Maßnahmen zur Umstrukturierung und Kräftekonzentration in den Abteilungen XX und größeren Kreisdienststellen auf die Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels haben sich bewährt und sind überall konsequent durchzusetzen.

Die Leiter der BV/V haben die dazu erforderlichen Umbesetzungen vorhandener befähigter und erfahrener operativer Kader sowie Neuzuführungen von Kadern zur Kräftekonzentration zu gewährleisten.

BSU

000042

Die verschiedenen Aufgabengebiete im Bereich Gesundheitswesen (staatliches Gesundheitswesen, Bereich Medizin der Universitäten und Hochschulen, Sportmedizin) und die dafür eingesetzten operativen Mitarbeiter sind in den Abteilungen XX bzw. KD einer einheitlichen Leitung zu unterstellen.

- Für die Entwicklung und Vervollkommnung der IM-Arbeit als wesentliche Voraussetzung einer qualifizierten Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge und der OPK ist die weitere Intensivierung und Qualifizierung der Arbeit mit den vorhandenen IM und die systematische Erweiterung der inoffiziellen Basis von entscheidender Bedeutung.
Das erfordert u. a. die Schaffung perspektivvoller IM-Vorläufe aus den Abiturklassen der EOS und besonders in den ersten Studienjahren der medizinischen Bildungseinrichtungen.
- Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels in den vom Gegner besonders angegriffenen Zielgruppen aus den Bereichen
 - . des Hoch- und Fachschulwesens
 - . der Volksbildung sowie
 - . des Leistungssports und
 - . unter der Jugendin Zusammenarbeit mit anderen Linien und Dienst-einheiten, insbesondere der Linie XVIII sowie den KD/OD.
- Wirkungsvolle vorbeugende politisch-operative Sicherung des Flug- und Tauchsports der GST zur Verhinderung einer Ausnutzung zum ungesetzlichen

Verlassen der DDR oder zur Durchführung von terroristischen Aktionen in enger Zusammenarbeit insbesondere mit den KD/OD.

- Vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung der Einbeziehung von Amateurfunkern in den staatsfeindlichen Menschenhandel.
- Operative Einflußnahme auf die zum Verantwortungsbereich gehörenden anderen Organe und Einrichtungen zur qualifizierten Bestätigung von Kadern für den Einsatz in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, Genehmigung für Reisen in nichtsozialistische Staaten und Westberlin sowie andere politisch-operativ interessierende Staaten, Wiedereingliederung Haftentlassener sowie zur umfassenden vorbeugenden Tätigkeit gemäß Artikel 3 StGB durch die Leiter dieser Organe und Einrichtungen sowie Offiziere im besonderen Einsatz und Sicherheitsbeauftragten.

Abteilungen M, PZF, 26 und III

- Qualifizierte Realisierung der durch die operativen Dienstseinheiten übergebenen Kontrollaufträge zur Feststellung operativ bedeutsamer Kontakte und übermittelter Informationen im Zusammenhang mit der Organisation des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels;
- Aufdeckung von Verbindungen, die zur politisch-ideologischen Diversion, der Abwerbung, der Vereinbarung von Treffs, zur Übersendung von Tatmitteln usw. genutzt werden und unverzügliche Übergabe dieser Informationen an die dafür zuständigen Dienstseinheiten;

ESTU

000044

- Aufdeckung von Nachrichtenverbindungen, die zur unmittelbaren Durchführung des staatsfeindlichen Menschenhandels dienen, um damit Voraussetzungen für offensive Maßnahmen bei der Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden zu schaffen;
- Nutzung aller Möglichkeiten zur Leistung eines qualifizierten Beitrages zur Lösung der im Befehl 1/75 und dieser Instruktion festgelegten Aufgaben und den von der ZKG bzw. den BKG zu übergebenden Informationsanforderungen, die ständig zu präzisieren sind.

Abt. Agitation

- Mitwirkung an der Lancierung entlarvender oder kompromittierender Informationen in Massenkommunikationsmitteln des Operationsgebietes zur Verunsicherung und Zersetzung der kriminellen Menschenhändlerbanden, Bloßstellung der Initiatoren und Hintermänner sowie der sie unterstützenden staatlichen Organe der BRD, anderer nichtsozialistischer Staaten und Westberlins in enger Zusammenarbeit mit der ZKG und der HV A;
- Organisierung einer wirksamen Pressearbeit und Nutzung von Film, Fernsehen, Rundfunk und Literaturwesen der DDR zur Entlarvung der kriminellen und staatsfeindlichen Zielstellungen der Menschenhändlerbanden sowie zur Festigung des Staats- und Rechtsbewußtseins der DDR-Bürger;
- qualifizierte Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Dienstseinheiten durch Bereitstellung geeigneten, zur öffentlichen Auswertung freigegebenen Materials wie Dokumentationen, Bildmaterial, Vernehmungsauszüge u. a. in Zusammenarbeit mit der HA IX und der ZKG.

EStU

000045

- 44 -

Abt. XXII

- Sicherung der Sofortinformationen von seiten der politisch-operativen Diensteinheiten bei Bekanntwerden von Hinweisen auf Terrorhandlungen im Zusammenhang mit §§ 105/213 StGB;
- vorbeugende Ausarbeitung von Varianten des Kräfteinsatzes und der Zusammenarbeit mit anderen Diensteinheiten;
- Sicherung einer ständigen Übersicht über Erscheinungen des Terrors hinsichtlich §§ 105/213 StGB in Zusammenarbeit mit der ZKG.

ZAIG

Die ZAIG hat auf der Grundlage des Befehls 1/75, der Instruktion zum Befehl 1/75, des Befehls 299/65 sowie der Weisung zur Realisierung des Datenverarbeitungsprojektes "Datenbank ungesetzliche Grenzübertritte" (DUG) vom 19. 2. 1975 in enger Zusammenarbeit mit der ZKG

- die Sicherung und weitere Qualifizierung der Informations-, Auswertungs- und analytischen Tätigkeit aller operativen Diensteinheiten des MfS sowie
 - die umfassende qualifizierte Informierung der Partei- und Staatsführung
- zu gewährleisten.

ESTU
000016

Bezirksverwaltungen/Verwaltungen

Die Leiter der BV/V haben zu gewährleisten, daß die Aufgaben- und Maßnahmenkomplexe zur

koordinierten Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels als untrennbarer Bestandteil der Hauptaufgaben des MfS in Übereinstimmung mit der spezifischen Struktur des Bezirkes und der konkreten politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich durch alle Dienstseinheiten vorrangig in hoher Qualität verwirklicht werden.

Sie haben durch eine straffe Führungs- und Leitungstätigkeit und eine qualifizierte Tätigkeit der Bezirkskoordinierungsgruppe zu sichern:

- Wahrnehmung und Durchsetzung der den Dienstseinheiten im Befehl 1/75 und dieser Instruktion übertragenen Verantwortlichkeiten und Hauptaufgaben sowie schöpferische Verwirklichung der in dieser Instruktion gegebenen Orientierungen;
- Abstimmung aller wesentlichen Aufgaben und Maßnahmen zwischen den Dienstseinheiten der BV, mit Dienstseinheiten anderer Bezirksverwaltungen und den Hauptabteilungen und mit der ZKG sowie die Organisierung einer wirksamen Hilfe für die KD/OD;
- Gewährleistung der ständigen aktuellen Gesamtübersicht über die politisch-operative Lage und operative Durchdringung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche und des Gesamtverantwortungsbereiches;

- Gewährleistung der schwerpunktmäßigen und zielstrebigen Bearbeitung Operativer Vorgänge in enger Zusammenarbeit mit der ZKG und den die ZOV führenden Diensteinheiten;
- Organisation eines ununterbrochenen operativen Zusammenwirkens mit der DVP und den anderen Organen des MdI sowie den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen im Territorium zur Sicherung einer wirksamen abgestimmten Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels;

Kreis- und Objektdienststellen

Zur Durchsetzung der dem MfS insgesamt, den Hauptabteilungen bzw. Abteilungen sowie den Bezirksverwaltungen/Verwaltungen im Befehl 1/75 und in dieser Instruktion gestellten Aufgaben haben die Leiter der KD/OD unter Berücksichtigung der

speziellen Struktur ihres Verantwortungsbereiches und der konkreten politisch-operativen Lage

zu sichern:

- Exakte Bestimmung der Schwerpunktbereiche, Herausarbeitung und Präzisierung der vom Gegner angegriffenen Zielgruppen und -personen des Verantwortungsbereiches sowie Bestimmung und ständige Präzisierung der politisch-operativen Schwerpunkte zur wirksamen Verhinderung und Bekämpfung dieser Angriffe des Gegners;

- Organisation einer wirkungsvollen Vorbeugung in den festgelegten Schwerpunktbereichen sowie unter den vom Gegner angegriffenen Zielgruppen/-personen;
- zielstrebige operative Überprüfung und Bearbeitung aller Hinweise in enger Koordinierung mit der Bezirkskoordinierungsgruppe und den die ZOV führenden Diensteinheiten;
- Abstimmung und Koordinierung notwendiger Aufgaben und Maßnahmen zur Lösung der Gesamtaufgabenstellung des MfS mit anderen Diensteinheiten und der Realisierung dieser abgestimmten Aufgaben und Maßnahmen;
- effektives Zusammenwirken mit den im Verantwortungsbereich wirkenden Schutz- und Sicherheitsorganen, anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften, insbesondere der DVP und den anderen Organen des MfI.

Die Aufgaben zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels sind ein Komplex vielschichtiger Maßnahmen.

Die besondere Dringlichkeit der Verstärkung der Vorbeugungsprozesse wird nachfolgend durch eine relativ getrennte Behandlung der Anforderungen an die gesamtgesellschaftliche und politisch-operative Vorbeugung hervorgehoben.

BStU

000049

- 48 -

Die umfassende Wahrnehmung der Verantwortung des MfS zur komplexen Vorbeugung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels muß vor allem dazu führen, den gesetzmäßigen Prozeß der breiten Herausbildung des sozialistischen Patriotismus mitzugestalten und zu beschleunigen, die Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und des Systems des staatsfeindlichen Menschenhandels so zu organisieren, daß der Gegner immer weniger Ansatzpunkte bei Bürgern der DDR für seine Abwerbungspraktiken findet.

Die Hervorhebung wichtiger Anforderungen der Vorbeugung in einem gesonderten Abschnitt der Instruktion soll ihre Bedeutung unterstreichen.

Als durchgängiges inhaltliches Prinzip ist die Vorbeugung wie bisher bei allen operativen Prozessen, vor allem beim Erkennen und Aufklären, der komplexen Verhinderung sowie der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR durchzusetzen.

2. Die Anforderungen an die gesamtgesellschaftliche und politisch-operative Vorbeugung gegen das ungesetzliche Verlassen der DDR und den staatsfeindlichen Menschenhandel

2.1. Die Vorbeugung als gesamtgesellschaftliches Anliegen und die daraus erwachsenden grundlegenden Anforderungen an das MfS

Die entscheidende Grundlage und Voraussetzung für immer wirksamere Erfolge im Kampf gegen das ungesetzliche Verlassen der DDR und den staatsfeindlichen Menschenhandel besteht in der konsequenten Erfüllung der vom VIII. Parteitag der SED gestellten politischen, ökonomischen und ideologischen Aufgaben der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die darauf gerichtet sind, alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Durch die Politik unserer Partei werden die Lebensbedingungen der Menschen in der DDR weiter verbessert, die Vorzüge des Sozialismus treten immer offener zutage, die DDR wird allseitig gestärkt und der Handlungsspielraum des Gegners systematisch eingeengt.

Zum zuverlässigen Schutz dieser Entwicklung und der allseitigen Gewährleistung der staatlichen Sicherheit vor allen subversiven Angriffen des Feindes sind durch die Dienstleistungen des MfS entscheidende Voraussetzungen für die weitere Einschränkung und Zurückdrängung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und für immer erfolgreichere Schläge gegen den staatsfeindlichen Menschenhandel zu schaffen. Dabei ist von dem untrennbaren Zusammenhang aller Sicherungsaufgaben des MfS auszugehen.

BStU

000051

- 50 -

Auf der Grundlage der gemeinsamen Verantwortung aller staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte für den wirksamen Schutz unserer sozialistischen Errungenschaften ist der unmittelbar gegen das ungesetzliche Verlassen der DDR und den staatsfeindlichen Menschenhandel gerichtete gesamtgesellschaftliche Kampf zielstrebig und auf breiterer Basis zu führen. Dazu sind die im Ergebnis der erfolgreichen sozialistischen Entwicklung wachsenden Potenzen und Möglichkeiten unserer Gesellschaft zu erkennen und voll nutzbar zu machen.

Umfassende gesellschaftliche und politisch-operative Vorbeugung und möglichst frühzeitiges Aufklären und Verhindern des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschhandels sind der Hauptweg zur Erhöhung der Wirksamkeit des Kampfes.

Die gesamtgesellschaftliche Vorbeugung ist darauf zu richten, es dem Gegner durch gezielte und aufeinander abgestimmte staatliche, gesellschaftliche und politisch-operative Maßnahmen im Innern der DDR und im Operationsgebiet immer schwieriger zu machen, Bürger der DDR zu dem Entschluß zu veranlassen, ihre sozialistische Heimat zu verlassen bzw. zu verraten.

Als entscheidenden Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Vorbeugung haben die Dienstseinheiten des MfS - entsprechend ihrer Verantwortung für die allseitige Gewährleistung der staatlichen Sicherheit - die Wirksamkeit der politisch-operativen Vorbeugung durch den wirksamen Einsatz aller politisch-operativen Kräfte, Mittel und Methoden ständig zu erhöhen.

Ausgehend vom engen Zusammenhang von Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels ist ein hohes Niveau kameradschaftlicher Zusammenarbeit der Dienstseinheiten des MfS zu gewährleisten.

2.2. Der Einsatz der operativen Kräfte, Mittel und Methoden der Dienstseinheiten des MfS zur Vorbeugung

Zur weiteren Erhöhung der Wirksamkeit der Vorbeugung sind die politisch-operativen Schwerpunkte in allen Dienstseinheiten exakt festzulegen. Dabei ist die im Referat des Genossen Minister vom 15. August 1973 über die weitere Qualifizierung und Vervollkommnung der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen gegebene Orientierung unter Berücksichtigung der jeweiligen Spezifik in allen Dienstseinheiten zu verwirklichen.

Die Dienstseinheiten haben die Schwerpunktbereiche des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels in ihrem Verantwortungsbereich zu bestimmen und gründlich zu durchdringen.

Im Ergebnis dieser politisch-operativen Durchdringung der Schwerpunktbereiche sind die Objekte, Personengruppen und Personen festzulegen, die vorrangig zu sichern sind.

Bei der Bestimmung der Schwerpunktbereiche und zur allseitigen Vorbeugung in ihren Territorien und Objekten haben die Dienstseinheiten insbesondere folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- Bereits erkannte Konzentrationspunkte für das ungesetzliche Verlassen der DDR und den staatsfeindlichen Menschenhandel;
- Personen und Personengruppen, an denen der Gegner besonders interessiert ist und durch deren ungesetzliches Verlassen der DDR ein besonders großer ökonomi-

scher oder politischer Schaden entstehen würde, z. B. Angehörige der medizinischen, wissenschaftlich-technischen und pädagogischen Intelligenz;

- Einrichtungen, in denen Angehörige dieser Zielgruppen des Gegners konzentriert sind, z. B. Krankenhäuser, Institute, Forschungs- und Entwicklungsbüros der volkseigenen Industrie, Universitäten, Hoch- und Fachschulen, polytechnische und erweiterte Oberschulen;
- Personen und Personengruppen, die auf Grund ihrer feindlich-negativen Einstellung zur DDR und eines ausgeprägten Hanges zur westlichen Lebensweise besonders anfällig sind, sowie Jugendliche mit politisch-ideologisch ungefestigter Haltung;
- Personen mit intensiven, politisch-operativ relevanten Westverbindungen;
- Personen, die enge Beziehungen zu Personen unterhalten oder unterhalten, die die Republik ungesetzlich oder legal verlassen haben;
- Personen in Konfliktsituationen;
- Konzentrationspunkte begünstigender Bedingungen und Umstände für das ungesetzliche Verlassen der DDR im Arbeits- und Freizeitbereich;
- Personen, die über günstige Möglichkeiten für ein ungesetzliches Verlassen der DDR verfügen;
- Objekte und Territorien, die zur Durchführung von Vorbereitungshandlungen für Schleusungen und Grenzdurchbrüche sowie zur Durchführung der Verbrechen selbst besonders geeignet sind, z. B. Gaststätten an Transitstrecken, touristische Einrichtungen, die von Besuchern aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin bevorzugt werden, Objekte im Grenzgebiet sowie dort tätige oder wohnhafte Personen.

Dabei ist zu gewährleisten, daß sich abzeichnende Veränderungen der Zielgruppen und Konzentrationenpunkte sowie der Mittel und Methoden des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels rechtzeitig erkannt werden.

Für die ZKG ergibt sich in diesem Zusammenhang die Aufgabe,

- Erkenntnisse über Veränderungen und sich abzeichnende Tendenzen der gegnerischen Angriffe zu verallgemeinern,
- in Zusammenarbeit mit der HV A die Entwicklung der Arbeitskräftesituation in der BRD vorausschauend zu analysieren,
- die Dienstseinheiten rechtzeitig über sich daraus ergebende und zu erwartende Veränderungen hinsichtlich der Zielgruppen sowie der Art und Weise des gegnerischen Vorgehens zu informieren.

Ausgehend von der ständigen Analysierung der Verantwortungsbereiche ist durch Sicherungs- bzw. Bearbeitungskonzeptionen, Operativpläne oder kontrollfähige Festlegungen in den Arbeitsplänen zu gewährleisten, daß die vorbeugende Tätigkeit in den erkannten Schwerpunktbereichen und im Rahmen der zu lösenden Aufgaben- und Maßnahmenkomplexe konzentriert und intensiv organisiert wird.

Die operativen Dienstseinheiten haben als wichtige Voraussetzung für die wirksamere Gestaltung der Vorbeugung verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um mehr aussagekräftige Informationen zu erlangen über

- das gegnerische Vorgehen zur Forcierung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels, die personellen und territorialen Angriffspunkte des Gegners, die dabei angewandten Mittel, Wege und Methoden;

BStU

000055

- 54 -

- besonders gefährdete Personen und Personenkreise, Objekte und Konzentrationspunkte;
- begünstigende Bedingungen usw.

Zur Sicherung des erforderlichen Informationsaufkommens sind folgende Aufgaben zu lösen:

- Die vorhandene inoffizielle Basis ist effektiver zu nutzen und neue geeignete IM sind zu gewinnen. Insbesondere in den Schwerpunktbereichen des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels ist eine intensive und zielstrebige Arbeit mit geeigneten IM und GMS zu gewährleisten.

Die Möglichkeiten der inoffiziellen Kräfte, im Arbeits- und Freizeitbereich Informationen zu gewinnen, die für die Vorbeugung bedeutsam sind, müssen erkannt und allseitig genutzt werden. Dazu ist es erforderlich, die IM qualifiziert anzuleiten, zu instruieren und ihnen konkrete Aufträge zu erteilen.

- Die OPK ist für die Erlangung von Informationen zur wirksamen Vorbeugung voll zu nutzen.
- Die erarbeiteten Informationen sind den für die politisch-operativen Schwerpunktbereiche verantwortlichen Dienststeinheiten zur Einleitung der erforderlichen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

In Auswertung der gewonnenen politisch-operativen relevanten Informationen sind differenzierte politisch-operative Maßnahmen zur Vorbeugung unter Einsatz spezifischer politisch-operativer Kräfte, Mittel und Methoden einzuleiten und zielstrebig durchzuführen zur

- Auflösung negativer Gruppierungen bzw. zur Herauslösung gefährdeter Personen aus solchen Gruppierungen;

- Unterbindung politisch-operativ relevanter Kontakte sowie anderer negativer Einflüsse auf gefährdete Personen und Personengruppen;
- Verstärkung positiver politisch-ideologischer Einflüsse auf gefährdete Personen und Personengruppen;
- Einflußnahme auf die Entwicklung persönlicher, gesellschaftlicher oder politischer Bindungen gefährdeter Personen in der DDR;
- Lösung von Konfliktsituationen im Arbeitsprozeß, im gesellschaftlichen oder persönlichen Leben;
- rechtzeitigen Herauslösung von Personen aus speziellen Funktionen und Bereichen, die beabsichtigen, die DDR ungesetzlich zu verlassen;
- Beseitigung anderer begünstigender Bedingungen;
- wirksamen Gestaltung der operativen Kontrolle gefährdeter Personen und Personengruppen, Objekte, Territorien usw.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit der vorbeugenden Tätigkeit sind in Übereinstimmung mit der jeweils taktischen Konzeption der Partei die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit im MfS differenziert zu nutzen.

Wesentliche Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit ist die Durchsetzung des Beschlusses des ZK "Die nächsten Aufgaben zur Erläuterung des sozialistischen Rechts sowie zur Festigung und weiteren Entwicklung des Rechtsbewußtseins der Werktätigen" vom 7. 5. 1974.

Mit der Öffentlichkeitsarbeit ist ein wirksamer Beitrag zur Darstellung des kriminellen Charakters des ungesetzlichen Verlassens der DDR in den Augen der Öffentlichkeit zu leisten.

Alle Vorhaben der Öffentlichkeitsarbeit sind mit den zuständigen Parteiorganen abzustimmen.

Die Öffentlichkeitsarbeit ist auszurichten auf die

- Diskreditierung der kriminellen Menschenhändlerbanden und ihrer Hintermänner, differenzierte Darstellung der Mitglieder der kriminellen Menschenhändlerbanden als skrupellose kriminelle Geschäftemacher und eingefleischte Feinde der sozialistischen Gesellschaftsordnung;
- eindeutige aber differenzierte Verurteilung der Verhaltensweisen der Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben oder ein solches Verlassen planten sowie der darin zum Ausdruck kommenden politisch und moralisch verwerflichen und verantwortungslosen Haltung der Gesellschaft, ihren Arbeitskollektiven, ihren Angehörigen, Patienten usw. gegenüber;
- Darstellung der mit Schleusungen und Grenzdurchbrüchen verbundenen Gefahren und Risiken für Gesundheit und Leben und der skrupellosen Versuche der Menschenhändler, die zu Schleusenden wider besseres Wissen über diese Gefahren zu täuschen.

Für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit des MfS sind differenziert die geeigneten und bewährten Mittel und Methoden einzusetzen, wie

- Veröffentlichungen in der Tagespresse und in Wochenzeitschriften, im Hörfunk, Fernsehen der DDR;
- spezielle Publikationen und Dokumentationen;
- Veranlassung und Förderung literarischer und künstlerisch-dramatischer Projekte (z. B. Filme, Fernsehspiele, Hörspiele, Reportagen, Erzählungen, Romane, Theaterstücke usw.);

000058

- Ausstellungen;
- Vorträge, Foren und Aussprachen mit ausgewählten Personenkreisen, vor allem in Schwerpunktbereichen. Es sollten geeignete Rückkehrer und andere Personen, die mit den skrupellosen Praktiken der Menschenhändler in Berührung gekommen sind, auftreten. Personen, die über ein hohes politisches, fachliches und persönlich-moralisches Ansehen verfügen, sind für Stellungnahmen gegen das ungesetzliche Verlassen der DDR und gegen den staatsfeindlichen Menschenhandel zu gewinnen;
- Vorträge und Aussprachen, an denen Angehörige der Organe des Zusammenwirkens teilnehmen.

Geeignete IM und GMS sind zu nutzen, um durch gezielte Informationen und Argumente auf die Willensbildung und Entschlußfassung gefährdeter Personen und Personengruppen vorbeugend Einfluß zu nehmen.

Für die Öffentlichkeitsarbeit sind alle bereits vorhandenen Informationsmaterialien, Dokumentationen, Prozeßergebnisse usw. zu nutzen.

Die Diensteinheiten haben unter Wahrung der Konspiration geeignete abgeschlossene Vorgänge sowie andere im Prozeß der operativen Arbeit herausgearbeitete und dokumentierte Erkenntnisse der ZKG bzw. den BKG zu übergeben.

Die ZKG bzw. BKG organisieren die Auswertung dieser Materialien in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Agitation bzw. den Kollektiven für Öffentlichkeitsarbeit der Bezirksverwaltungen sowie den zuständigen Diensteinheiten.

Die ZKG hat den BKG geeignete Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen zur Verfügung zu stellen.

2.3. Das Zusammenwirken mit anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften zur Erhöhung der Wirksamkeit der gesamtgesellschaftlichen Vorbeugung

Zur Erhöhung der Wirksamkeit der gesamtgesellschaftlichen vorbeugenden Tätigkeit sind die leitenden Parteiorgane über im Ergebnis der politisch-operativen Arbeit gewonnene relevante Erkenntnisse und Feststellungen entsprechend den dafür geltenden dienstlichen Bestimmungen systematisch zu informieren, um sie noch besser in die Lage zu versetzen, die führende Rolle der Partei durchzusetzen und die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Kräfte zur Vorbeugung gegen das ungesetzliche Verlassen der DDR und den staatsfeindlichen Menschenhandel zu mobilisieren.

Zur Mobilisierung und vollen Nutzung der spezifischen Möglichkeiten anderer staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie gesellschaftlicher Organisationen und Kräfte haben die Dienst-einheiten des MfS das zielstrebige, kameradschaftliche Zusammenwirken zu organisieren.

Dabei ist die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung dieser Organe und Kräfte zu achten und zu entwickeln.

Die Dienst-einheiten des MfS haben vor allem folgende Aufgaben zu lösen:

- Hilfe für das Verstehen der Gefährlichkeit des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie beim Erkennen der Angriffspunkte, der Methoden des Gegners sowie besonders gefährdeter Personenkreise im jeweiligen Verantwortungsbereich.

- Einflußnahme auf den konzentrierten Einsatz der Potenzen anderer staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie gesellschaftlicher Organisationen und Kräfte in den erkannten Schwerpunktbereichen.
- Schaffung von Voraussetzungen für die wirksamere Gestaltung einer offensiven politisch-ideologischen Arbeit durch Orientierung auf spezifische Angriffsrichtungen und Methoden, Zielgruppen, Träger und Auswirkungen der politisch-ideologischen Diversion im jeweiligen Verantwortungsbereich.
- Unterstützung bei sicherheitspolitisch richtigen Kaderentscheidungen, z. B. bei der Zulassung zum Hochschulstudium, bei Auslandseinsätzen, bei Einsätzen als Reisekader, beim Einsatz im unmittelbaren Grenzgebiet, bei der Besetzung leitender Positionen im Staats- und Wirtschaftsapparat usw. und bei der Arbeit mit solchen Kadern.
- Hilfe und aktive Unterstützung bei der Aufdeckung und Beseitigung von begünstigenden Bedingungen und Umständen wie
 - . feindlich-negative Einflüsse, Gruppierungen und Personen,
 - . feindlich-negative oder operativ relevante Westkontakte,
 - . Verletzung der Beschlüsse der Partei und der sozialistischen Gesetzlichkeit,
 - . Störungen von Ordnung und Sicherheit,
 - . moralische Zersetzungserscheinungen,

- . Mißachtung der Grundsätze der sozialistischen Menschenführung,
 - . mangelnde Kontrolle über die Einhaltung und Durchsetzung der entsprechenden Rechtsvorschriften und innerdienstlichen Weisungen über die Meldung von Westkontakten bzw. über Personen, denen die Unterhaltung von Westverbindungen nicht gestattet ist,
 - . unzureichende politisch-ideologische Arbeit,
 - . formale Arbeit mit Reisekadern,
 - . persönliche Konfliktsituationen bei Bürgern usw.
- Einflußnahme auf die eigenverantwortliche Erfüllung der Aufgaben zur allseitigen Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung durch die entsprechenden staatlichen Leiter bzw. Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen in Durchsetzung rechtlicher Bestimmungen und zur vollen und wirksamen Wahrnehmung der dazu gewährten Befugnisse.

Zur effektiven Gestaltung des Zusammenwirkens mit anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften sind zielstrebig und systematischer die offiziellen Kontakte zu deren Leitern und Funktionären zu nutzen.

Dabei sind diese gemäß den dafür geltenden dienstlichen Bestimmungen - unter Wahrung der Konspiration - über solche im Zuge der politisch-operativen Arbeit erlangten Erkenntnisse und Feststellungen zu informieren, die es ihnen ermöglichen, die vorbeugende Tätigkeit wirksamer zu führen und die erforderlichen eigenen Entscheidungen mit hoher Sachkenntnis zu treffen.

Die notwendigen Maßnahmen sind in kameradschaftlicher Weise zu beraten und abzustimmen.

Darüber hinaus sind geeignete inoffizielle Kräfte unter den Leitern bzw. Funktionären zu nutzen. Soweit es sich zur Durchsetzung der gegebenen Hinweise, insbesondere zur konsequenten Beseitigung der als begünstigenden Bedingungen festgestellten Mängel und Mißstände als notwendig erweist, sind folgende Möglichkeiten zu nutzen:

- Hinweise an übergeordnete Organe, Leitungen bzw. Leiter;
- Informierung des zuständigen Staatsanwaltes bzw. des zuständigen Organs der ABH, um diese Organe in die Lage zu versetzen, die ihnen zur Bekämpfung von Verstößen gegen die sozialistische Gesetzmäßigkeit zur Verfügung stehenden Befugnisse wahrzunehmen;
- Anregung einer Gerichtskritik bei Vorliegen der sachlichen und rechtlichen Voraussetzungen.

Insbesondere durch ein effektives Zusammenwirken mit anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, vor allem den Organen des MdI, sind weitere Reserven für die vorbeugende Tätigkeit zu erschließen.

Unter Stärkung der Eigenverantwortung des MdI und seiner Organe ist im Zusammenwirken insbesondere darauf Einfluß zu nehmen und Unterstützung zu geben, daß

- alle Dienstzweige der DVP und die anderen Organe des MdI einen effektiven Beitrag zur Vorbeugung gegen das ungesetzliche Verlassen der DDR leisten, vor allem
 - die Kriminalpolizei durch qualifizierten Einsatz der Kräfte und Mittel der Arbeitsgebiete I, allseitige und gründliche Untersuchung im Rahmen der

Ermittlungsverfahren wegen Straftaten gemäß § 213 StGB, umfassende Aufklärung der operativ bedeutsamen Rückverbindungen, systematische Erforschung und zielstrebige Beseitigung begünstigender Bedingungen und Umstände, wirksame Kontrolle von einschlägig Vorbestraften, anderen gefährlichen Rechtsbrechern und Gefährdeten;

das Paß- und Meldewesen durch exakte Durchsetzung der Bestimmungen für die Ausstellung der Dokumente zum grenzüberschreitenden Reiseverkehr und für die Einreise in das Grenzgebiet, besonders durch gründliche Aufklärung der Antragsteller und vorbeugend wirksame Gesprächsführung bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten;

die Schutzpolizei und die Abschnittsbevollmächtigten durch Gewährleistung der Einhaltung der Grenzordnung und Beschaffung von Informationen über gefährdete Personen und begünstigende Bedingungen und Umstände;

die Verkehrs-, Transport- und Wasserschutzpolizei durch wirksame Kontrolle des Ein- und Ausreise sowie des Transitverkehrs;

der Strafvollzug durch sichere Verwahrung der Straf- und Untersuchungshäftlinge, die rechtzeitige Aufdeckung und Verhinderung jeglicher Ausbrüche, Entweichungen, Geiselnahmen u. a. terroristische Angriffe sowie die Erhöhung der Wirksamkeit der staatsbürgerlichen Erziehung der Strafgefangenen, Förderung des Rückgewinnungs- und Wiedereingliederungsprozesses wiedergutmachungswilliger und -bereiter Strafgefangener;

BStU
000064

- 63 -

773 MFS 008-48/76

- die Abteilungen Innere Angelegenheiten durch umfassende Verwirklichung der Aufgaben bei Antragstellung auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten oder Westberlin, auf Eheschließung mit Personen aus nichtsozialistischen Staaten oder Westberlin bzw. auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR, insbesondere der Informationspflichten, sowie durch Organisation breiter gesellschaftlicher Einflußnahme auf kriminell Gefährdete;
- ein hohes Niveau des Zusammenwirkens entsprechend der "Vereinbarung über das Zusammenwirken der Kräfte der Grenztruppen, der Grenzsicherungskräfte der Volksmarine und der Kräfte des MfS sowie des MdI bei der Aufklärung und Abwehr von Handlungen gegen die Staatsgrenze" sowie mit anderen Staatsorganen gesichert wird.

3. Das rechtzeitige Erkennen und Aufklären von Plänen, Absichten und Maßnahmen des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels durch den zielgerichteten Einsatz der politisch-operativen Kräfte, Mittel und Methoden und das abgestimmte Zusammenwirken mit anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften

3.1. Das rechtzeitige Erkennen und Aufklären von Plänen, Absichten und Maßnahmen des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels auf der Grundlage von Informationsbedarfskomplexen und der richtigen Bewertung der Informationen

Das rechtzeitige Erkennen und Aufklären aller Hinweise durch die Nutzung aller Möglichkeiten ist eine wesentliche Voraussetzung für die notwendige Erhöhung der Effektivität der Vorbeugung gegen das ungesetzliche Verlassen der DDR und die wirksame Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden und ihrer Inspiratoren und Hintermänner.

Die Erarbeitung qualifizierter Ersthinweise als Voraussetzung für die Verhinderung und Bekämpfung erfordert die Nutzung aller Möglichkeiten, die sich ergeben aus

- dem Gesamtprozeß der politisch-operativen Arbeit des MfS im Innern der DDR einschließlich des Zusammenwirkens mit anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften und der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Staaten sowie

- der unmittelbaren Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden, ihrer Hintermänner und Inspiratoren im Operationsgebiet, durch die umfassende Nutzung der Möglichkeiten der Hauptverwaltung Aufklärung und aller anderen Linien und Dienstseinheiten.

Insbesondere sind Informationen über Personen aus der DDR, aus der BRD, aus anderen nichtsozialistischen Staaten sowie aus Westberlin und über Sachverhalte zu erarbeiten, bei denen nach einer ersten Einschätzung, Überprüfung und gegebenenfalls ersten Verdichtung die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden kann, daß ein beabsichtigtes, geplantes, vorbereitetes, versuchtes oder vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR oder die Tätigkeit einer kriminellen Menschenhändlerbande bzw. eines Schleusers, der keine Verbindung zu einer kriminellen Menschenhändlerbande hat, vorliegt.

Ersthinweise sind ebenfalls zu erarbeiten über nicht vollendete Versuchshandlungen, unterbrochene Vorbereitungshandlungen, wiederholten Versuch, Rücktritt vom Versuch, Anstiftung und Beihilfe oder über mögliche Stützpunkte von kriminellen Menschenhändlerbanden in der DDR und anderen Ländern.

Eine wichtige Grundlage für die rechtzeitige Erarbeitung von Ersthinweisen und die Vermeidung von Informationsverlusten ist die exakte Bestimmung des Informationsbedarfs, auf dessen Grundlage die Instruierung und der Einsatz der politisch-operativen

EstU

000067

- 66 -

Kräfte, Mittel und Methoden sowie das Zusammenwirken mit anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften erfolgt.

Dabei ist auszugehen von der

- konkreten politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich unter besonderer Berücksichtigung der Schwerpunktbereiche;
- Gesamtheit der Erkenntnisse des MfS über Mittel, Methoden, Kräfte und Hauptangriffsrichtungen des Gegners und
- der Analyse der Wirksamkeit der eigenen Kräfte und Mittel und den realen Möglichkeiten, die diese sowie andere staatliche und wirtschaftsleitende Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie gesellschaftliche Organisationen und Kräfte besitzen.

Die nachstehenden Informationsbedarfskomplexe sind in Übereinstimmung mit den konkreten Sicherheitserfordernissen im Verantwortungsbereich nach Präzisierung und Differenzierung bei der Organisierung der Nutzung der Möglichkeiten aller Kräfte und Mittel zugrunde zu legen:

Informationen, die hindeuten auf Handlungen oder Äußerungen

- einer zielgerichteten Suche von Mittätern für geplante Grenzdurchbrüche oder Schleusungen

- der Beschaffung von Informationen zu Regimefragen an der Staatsgrenze West und Nord der DDR sowie zu Westberlin oder den Grenzen der sozialistischen Staaten zu nichtsozialistischen Staaten
- der Beschaffung von Tatmitteln zur Orientierung, zur Überwindung von Grenzsicherungsanlagen und Mitteln zum Einsatz gegen Angehörige bewaffneter Organe
- von Flugzeugentführungen bzw. mißbräuchlichen Benutzung von Wasser- und anderen Fahrzeugen
- einer zielgerichteten politisch-ideologischen Beeinflussung zur Erzeugung der Absicht des ungesetzlichen Verlassens der DDR durch Schleusung, anderweitigen ungesetzlichen Grenzübertritt oder Verbleiben in nichtsozialistischen Staaten oder Westberlin
- einer Abwerbung
- daß eine Bewerbung um ein Seefahrtsbuch, bei den Grenztruppen oder für eine andere Tätigkeit im grenznahen Raum für ein ungesetzliches Verlassen der DDR genutzt werden soll bzw. daß nach einer derartigen Ablehnung andere Wege für ein ungesetzliches Verlassen der DDR genutzt werden sollen
- daß Personen, denen eine Eheschließung mit Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin bzw. denen eine Übersiedlung abgelehnt wurde, ein ungesetzliches Verlassen der DDR realisieren wollen

ESU

000069

- 68 -

- über geplante oder beabsichtigte feindlich-negative-demonstrative Handlungen und andere Provokationen
- der Aufnahme, Unterhaltung und des Ausbaus von Verbindungen zu Personen oder Personengruppen, die sich mit der Ausschleusung von DDR-Bürgern befassen
- die auf Rückverbindungen schließen lassen
- die Schlüsse auf die verschiedenen Phasen der Durchführung von Schleusungen oder des ungesetzlichen Verlassens der DDR ermöglichen
- daß ein ungesetzliches Verlassen der DDR mittels Paßfälschung oder -verfälschung verwirklicht werden soll
- einer Ausnutzung aller Arten von Reisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin für das ungesetzliche Verlassen der DDR, insbesondere solcher Informationen, die auf eine Lockerung oder Auflösung der Bindungen in der DDR hinweisen
- einer Ausnutzung des visafreien Reiseverkehrs von der VR Polen zu Schweden, von Jugoslawien zu Italien für ein ungesetzliches Verlassen der DDR
- einer Informationsbeschaffung über Regimeverhältnisse (Arbeitsplatz, Bezahlung u. ä.) in der BRD oder anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin
- der Beschaffung finanzieller Mittel einschließlich der Veräußerung persönlichen Eigentums

- tatmotivbildender Konfliktsituationen in bestimmten, besonders angegriffenen oder gefährdeten Personengruppen
- der Mitführung solcher persönlicher Dokumente, die über einen normalen Rahmen hinausgehen wie Zeugnisse, Diplome, Urkunden u. a. sowie
- Informationen über andere Straftaten, insbesondere Staatsverbrechen, bei denen ein Zusammenhang mit ungesetzlichen Verlassen der DDR oder staatsfeindlichem Menschenhandel bestehen kann.

Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben die richtige politisch-operative Einschätzung der gewonnenen politisch-operativen Informationen zu gewährleisten und zu sichern, daß gemäß Befehl 299/65 sowie der Weisung vom 19. 2. 1975 zum Datenverarbeitungsprojekt "Datenbank ungesetzliche Grenzübertritte" die politisch-operativen Informationen zielstrebig ausgewertet werden.

Die Erweiterung und Dislozierung des Bestandes an IM und GMS hat entsprechend den veränderten Angriffsrichtungen, Zielgruppen, -bereichen und -objekten zu erfolgen.

3.2. Grundanforderungen an den Einsatz aller IM und GMS zur Gewinnung und Weiterbearbeitung von Ersthinweisen

Der Einsatz der IM und GMS zur Gewinnung und Weiterbearbeitung von Ersthinweisen und die sich daraus für jeden IM und GMS ergebenden Anforderungen sind der Lage im Verantwortungsbereich entsprechend differenziert zu bestimmen.

Die Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels als gesamtgesellschaftliches Anliegen erfordert, die IM und GMS entsprechend der konkreten Lage im Verantwortungsbereich vorrangig zu orientieren auf

- die Zielgruppen des Gegners und besonders gefährdete Personen
- die Feststellung von Personen, die die DDR verlassen wollen
- versuchte Verbindungsaufnahmen in das Operationsgebiet
- die Prüfung des Charakters festgestellter Verbindungen, insbesondere die Aufklärung von Rückverbindungen.

Zu diesen besonders gefährdeten Personenkreisen gehören:

- Personen mit Liebesverhältnissen zu Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin,
- Personen, denen die Eheschließung mit Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin bzw. die Übersiedlung abgelehnt wurde,
- Personen aus anderen Bereichen mit verfestigter feindlich-negativer Haltung, die unabänderlich die DDR verlassen wollen,
- wegen Grenzdelikten Vorbestrafte bzw. kriminell Angefallene in Erwartung eines Verfahrens oder rechtskräftig Verurteilte, die eine Strafe anzutreten haben,

- Personen, die zu Gewalt- und Terrorakten neigen oder feindlich-negative-demonstrative Handlungen oder andere Provokationen androhen,
- Personen, die Verbindungen zu Tätern vollendeter Grenzdelikte, zu in die BRD/WB entlassenen ehemaligen Strafgefangenen oder legal Verzogenen unterhalten,
- Personen mit besonders engem Kontakt zu Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin,
- Personen, die aus privaten, dienstlichen oder touristischen Gründen in nichtsozialistische Staaten und Westberlin reisen,
- Personen in Konfliktsituationen.

Die Leiter der Dienstseinheiten haben zu gewährleisten, daß

- eine gründliche Erforschung der Einsatzmöglichkeiten aller IM und GMS erfolgt, die über Kontakte zu Personen verfügen, die zu den Zielgruppen des Gegners oder zu besonders gefährdeten Personen gehören bzw. günstige Möglichkeiten zur Herstellung solcher Kontakte besitzen;
- diese Möglichkeiten zielgerichtet genutzt werden;
- solche IM anderen Dienstseinheiten, die für die Bearbeitung bestimmter politisch-operativer Schwerpunktbereiche verantwortlich sind, unter Einhaltung der Konspiration zum abgestimmten Einsatz angeboten werden.

Zur schwerpunktmäßigen und differenzierten Feststellung von Kontakten sowie zur Klärung des Charakters und der Motive für die Aufrechterhaltung derselben haben die Leiter zu sichern, daß dieser Klärungsprozeß vorrangig

- in den Zielgruppen des Gegners und
- unter besonders gefährdeten Personengruppen

erfolgt.

Vorrangig ist der Inhalt solcher Kontakte zu klären, die zu Zentren der politisch-ideologischen Diversion, zu Rundfunk- und Fernsehstationen nichtsozialistischer Staaten und Westberlin, zu deren Vertretungen in der DDR und im sozialistischen Ausland, zu Pressevertretern westlicher Zeitungen, zu Rotkreuz-, caritativen und anderen Hilfsorganisationen, Konzernen, Forschungseinrichtungen und Gesellschaften, zu trotzkistischen und maoistischen Organisationen bestehen.

Der Feststellung und Aufklärung sowie Kontrolle von Rückverbindungen kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie für die kriminellen Menschenhändlerbanden wichtige Ansatzpunkte für die

- Suche von Schleusungskandidaten und
- Schaffung feindlicher Stützpunkte im Innern der DDR

darstellen und auch durch imperialistische Geheimdienste und andere feindliche Zentren und Organisationen für subversive Aktivitäten genutzt werden.

Es ist zu sichern, daß der Einsatz der IM und GMS zur Feststellung, Aufklärung und Kontrolle von Rückverbindungen in zwei Richtungen erfolgt:

- unmittelbare Aufklärung von Rückverbindungen ausgewiesener und legal verzogener Personen oder solcher, die ausgeschleust wurden oder anderweitig die DDR ungesetzlich verließen;
- Aufdeckung von Rückverbindungen im Rahmen des Klärungsprozesses "Wer ist wer?", insbesondere in Zielgruppen des Gegners und in politisch-operativen Schwerpunktbereichen.

3.3. Der zielgerichtete Einsatz der IM und GMS und anderer Kräfte, Mittel und Methoden des MfS zur Gewinnung, Überprüfung und Weiterbearbeitung von Ersthinweisen

3.3.1. Die Aufdeckung und Überprüfung operativ bedeutsamer Kontakte von DDR-Bürgern zu Personen oder Einrichtungen nichtsozialistischer Staaten und Westberlins, insbesondere die differenzierte Überprüfung und Kontrolle der Rückverbindungen durch den Einsatz der IM und GMS

Ausgehend davon, daß

- die überwiegende Mehrzahl der mit Delikten des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels angefallenen DDR-Bürger intensive Kontakte und ein großer Teil Verbindungen zu Personen unterhielten, die ausgeschleust und ausgewiesen wurden bzw. legal in das nichtsozialistische Ausland verzogen,

- diese Kontakte und Rückverbindungen oftmals in entscheidendem Maße den Prozeß der Entschlußfassung zum Verlassen der DDR beeinflussen,
- aus der Vielzahl der Kontakte nur in Ausnahmefällen von vornherein ersichtlich ist, ob und welche Relevanz für ein ungesetzliches Verlassen der DDR bzw. andere feindliche Tätigkeit gegeben ist und
- sich im Ergebnis der getroffenen völkerrechtlichen Vereinbarungen mit der BRD und Westberlin die Anzahl der Kontakte weiter erhöhen wird,

ist es erforderlich, alle IM und GMS zur Feststellung und Aufklärung von Kontakten einzubeziehen.

Zur Gewährleistung des koordinierten Vorgehens zur Aufdeckung und Kontrolle operativ bedeutsamer Rückverbindungen haben die Leiter aller Dienstseinheiten zu sichern, daß

- andere zuständige Dienstseinheiten über möglicherweise entstehende operativ bedeutsame Rückverbindungen bereits vor einem legalen Verzug und einer Ausweisung informiert werden,
- über im Prozeß der politisch-operativen Klärung von gelungenen Schleusungen/Grenzübertritten bekanntwerdende Rückverbindungen eine unverzügliche Informierung der zuständigen Dienstseinheiten und
- eine abgestimmte Kontrolle und Bearbeitung erfolgt.

- 3.3.2. Die Gewinnung von Ersthinweisen im Rahmen der politisch-operativen Sicherung des Einreise-, Ausreise- und Transitverkehrs

EstU
000076

Bei der politisch-operativen Sicherung des Einreise-, Ausreise- und Transitverkehrs ist die Gewinnung von Ersthinweisen vorrangig durch die Feststellung und Aufklärung operativ bedeutsamer Beziehungen zwischen Personen aus der BRD und anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu Bürgern der DDR erforderlich.

Die operativen Kräfte des MfS sind zur Gewinnung derartiger Ersthinweise zu konzentrieren auf die

- Zielobjekte und -personen der kriminellen Menschenhändlerbanden;
- Sicherung der Transitwege und Grenzübergangsstellen im Zusammenhang mit der Ein- und Durchreise von Bürgern der BRD und Westberlins;
- Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie in sozialistische Staaten.

Dabei sind zu beachten:

- Persönliche Kontakte von Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu DDR-Bürgern, die zu den Zielgruppen des vom Gegner organisierten ungesetzlichen Verlassens der DDR und staatsfeindlichen Menschenhandels gehören und Kontakte, die Rückverbindungen aus der DDR ausgeschleuster Personen zu DDR-Bürgern darstellen;

ESTU

000077

- 76 -

- Erkennbare Widersprüche zu Sachverhalten und Erklärungen der einreisenden Personen zum Zweck der Reise und zum Reiseziel;
- Feststellungen aus Kontrollen und Beobachtungen von Fahrzeug, Fahrer und Ladung;
- Informationen, die bei der Vorlage und operativen Prüfung der Reisedokumente von Personen aus nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin beim Grenzübertritt zu gewinnen sind;
- Informationen zu DDR-Bürgern, die als Touristen in sozialistische Länder reisen bzw. Reisen in dringenden Familienangelegenheiten nach der BRD, nach anderen nichtsozialistischen Staaten und nach Westberlin durchführen;
- Informationen, die im internationalen Flugverkehr zu gewinnen sind;
- Informationen, die im Carnet - TIR - Verkehr zu erarbeiten sind.

Ersthinweise, die speziell bei der politisch-operativen Sicherung der Transitwege zu erarbeiten sind, können bestehen aus

- Informationen im Zusammenhang mit der Klärung tatsächlicher oder vermuteter Mißbrauchshandlungen

bei Transitabweichungen mögliche Hinweise auf Treffs bzw. Kuriertätigkeit

bei Fahrzeitüberschreitungen mögliche Hinweise auf Aufenthaltsorte und evtl. Kontaktaufnahmen

bei Mitnahme von Personen Hinweise auf Tests oder Beobachtungen der Transitwege.

- Informationen, die auf das selbständige Bewegen möglicher Schleusungskandidaten zum Aufnahmeort hinweisen (auffälliges Verhalten von Personen an bzw. auf den Transitwegen bzw. in Raststätten und auf Parkplätzen);
- Informationen, die auf ein Zubringen der zu schleusenden Person zum Schleusungsfahrzeug hindeuten;
- Informationen, die auf die Aufnahme und das Verstecken der auszuschleusenden Personen im Schleusungsfahrzeug hinweisen;
- Informationen, die auf ein Zusammenwirken mit den an der Schleusung beteiligten Personen schließen lassen.

Mit dem Ziel der Gewinnung, Überprüfung und Weiterbearbeitung operativer Ersthinweise sind die umfangreichen Möglichkeiten der Linie VI zu nutzen, die insbesondere bei

- der Arbeitsgruppe Dokumentenuntersuchung der HA VI und
- den Speichern der Linie VI und der Zollverwaltung bestehen.

3.3.3. Die Gewinnung von Ersthinweisen im Rahmen der Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und Westberlin

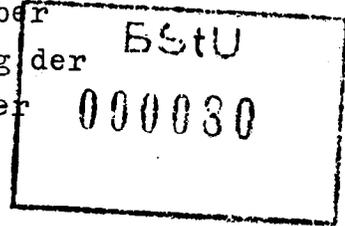
Der Einsatz der IM und GMS zur Gewinnung, Überprüfung und Weiterbearbeitung von Ersthinweisen im Rahmen der gesamten politisch-operativen Arbeit zur Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin, der Staatsgrenze Nord und Süd ist zu konzentrieren auf

- Schwerpunktbereiche im Grenzgebiet und angrenzende Räume der Grenzkreise und
- auf die rechtzeitige Aufdeckung und Verhinderung von Angriffen gegen die Staatsgrenze im Innern der DDR.

Der schwerpunktorientierte Einsatz der IM und GMS ist besonders in folgenden Richtungen durchzuführen:

- Einsatz bei grenzspezifischen Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, die
 - . unmittelbar zur Sicherung der Staatsgrenze tätig werden bzw. die der gegnerischen Kontakttätigkeit besonders ausgesetzt sind,
 - . detaillierte Kenntnisse über das Grenzsicherungssystem haben,
 - . mit der Abwicklung des Einreiseverkehrs aus der BRD und Westberlin in ~~Berührung kommen,~~

- in die Realisierung der Vereinbarungen über die Schadensbekämpfung und Instandhaltung der Grenzgewässer oder in die Durchführung der Grenzmarkierung einbezogen sind,



- in staatliche oder gesellschaftliche Funktionen im Grenzgebiet eingesetzt werden und
 - in unmittelbarer Nähe pioniertechnischer u. a. Grenzsicherungsanlagen arbeiten.
- Einsatz zur operativen Kontrolle operativ bedeutender Personen aus dem Grenzgebiet, insbesondere solcher, die Verbindung zu Personen unterhalten, welche die DDR ungesetzlich verließen.
 - Einsatz zur Sicherung und operativen Kontrolle territorialer Bereiche (Schwerpunktbereiche) im Grenzgebiet und den angrenzenden Räumen.
Die Sicherung und operative Kontrolle konkret festgelegter territorialer Bereiche ist mit der schrittweisen Aufklärung der in diesen Bereichen wohnhaften oder tätigen Personen zu verbinden, um operativ relevante Verhaltensweisen festzustellen.
 - Einsatz zur Sicherung und operativen Kontrolle von tunnelgefährdeten Bereichen in zwei Hauptrichtungen:
 - Aufklärung und operative Kontrolle der Ausgangspunkte oder möglichen Zielobjekte für Tunnelbauten in Westberlin und der BRD,
 - Herausarbeitung und operative Durchdringung sowie zielgerichtete Sicherung und operative Kontrolle tunnelgefährdeter Bereiche auf dem Territorium der DDR

- Einsatz zur operativen Überprüfung und Aufklärung von für die Sicherheit der Staatsgrenze operativ bedeutsamen Vorkommnissen wie provokatorische Grenzverletzungen, unbefugter Waffen- und Sprengmittelbesitz und Anschläge auf Leben und Gesundheit von Angehörigen der Sicherheitsorgane.
- Nutzung der vorhandenen inoffiziellen Kräfte, die zur Lösung von personen- und vorgangsbezogenen Aufgaben in der BRD und in Westberlin eingesetzt werden.

3.3.4. Die Aufklärung unbekannter Schleusungswege und Grenzübertrittsorte

Ausgehend von dem hohen Anteil von gelungenen Grenzdelikten, bei denen die Schleusungswege oder Grenzübertrittsorte sowie die näheren Umstände unbekannt sind, ist es notwendig, diese Delikte unter Berücksichtigung der gesamten Vielfalt und Breite der vom Gegner angewandten Mittel und Methoden und ausnutzbaren Wege aufzuklären, insbesondere, um eine wiederholte Benutzung dieser Wege zu verhindern, Lücken im Kontroll- und Sicherungssystem zu schließen und erkannte begünstigende Bedingungen und Umstände zu beseitigen bzw. in ihrer Wirkung einzuschränken.

Zur Aufdeckung unbekannter Schleusungswege und Grenzübertrittsorte ist erforderlich, die

- gründliche Analyse des gegnerischen Vorgehens,
- zielstrebige Gewinnung von Informationen durch IM mit Feindverbindungen über Absichten und Pläne der kriminellen Menschenhändlerbanden, Geheimdienste

und anderen feindlichen Zentren oder Einzelpersonen über neue Schleusungswege und -methoden,

- ständige operative Durchdringung und Analysierung der sich verändernden Bedingungen für die Gewährleistung der Sicherheit in den Verantwortungsbereichen, vor allem bei der
 - politisch-operativen Sicherung der Transitwege und der
 - politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze,
- inoffizielle Arbeit unter Rückkehrern in Abstimmung mit der Hauptabteilung VII zur Überprüfung der Angaben im Rahmen der Befragungen im zentralen Aufnahmeheim,
- Aufklärung der Schleusungswege und Grenzübertrittsorte von Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben, in enger Zusammenarbeit mit den Dienststeinheiten der Linie IX und im operativen Zusammenwirken mit der DVP und die
- Erarbeitung und gründliche politisch-operative Einschätzung aller Anhaltspunkte für bisher unbekannte Schleusungswege und Grenzübertrittsorte.

Umfassender und gründlicher ist die Aufklärung der Schleusungswege/Grenzübertrittsorte solcher Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben, im Rahmen von Ermittlungsverfahren, die gegen alle Bürger der DDR, die nach dem 1. 1. 1972 die DDR ungesetzlich verließen, gemäß § 213 StGB eingeleitet werden, vorzunehmen. Die Aufklärung erfolgt in diesen Fällen

ESTU

000083

- 82 -

- im operativen Zusammenwirken mit der bzw. durch Einflußnahme auf die DVP und
- durch Diensteinheiten des MfS vor allem mittels des Einsatzes von IM und anderen spezifischen Mitteln und Methoden.

Durch die Leiter der Diensteinheiten der Linie VII und der KD/OD ist zu sichern, daß alle wesentlichen Ermittlungsergebnisse der DVP darüber im MfS zusammenfließen.

Durch die operative Einflußnahme ist zu sichern, daß alle erforderlichen strafprozessualen Handlungen, wie z. B. Ermittlungen, Vernehmungen, Hausdurchsuchungen und dergleichen von der DVP gründlich durchgeführt und alle feststellbaren Anhaltspunkte erfaßt, überprüft und dem MfS übergeben werden. Das sind vor allem Anhaltspunkte zu

- Kontakten mit Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin (Briefe, Fotos, Adressen, Notizen, Telefonnummern und -rechnungen usw.)
- Verbindungen zu anderen Personen innerhalb der DDR sowie in nichtsozialistische Staaten und Westberlin
- Kontakten zu Bürgern der DDR, die die DDR ungesetzlich verlassen haben
- möglichen Aufenthaltsorten innerhalb der DDR oder CSSR und VR Polen (Schriftverkehr u. a.).

- Einreisen von Personen aus nichtsozialistischen Staaten oder Westberlin zu Bürgern der DDR, zu denen die Person, die die DDR ungesetzlich verlassen hat, Verbindungen unterhielt.

Erforderlichenfalls ist die DVP zur Durchführung weiterer Maßnahmen zu veranlassen, wie z. B.

- Einleitung der Postüberwachung über den Staatsanwalt, nicht nur über Familienangehörige, sondern auch andere Personen, zu denen Rückverbindungen zu erwarten sind;
- Ermittlungersuchen an Grenz-VPKÄ zur Auswertung vorhandener Spuren bei vollendeten Grenzdurchbrüchen mit unbekanntem Tätern.

Bei der Aufklärung unbekannter Schleusungswege, die voll verantwortlich durch Dienstseinheiten des MfS erfolgt, ist zu gewährleisten, daß

- alle Möglichkeiten, die das Ermittlungsverfahren erschließt, voll genutzt werden,
- die Bearbeitung im Rahmen von OPK oder Operativen Vorgängen mit dem Ziel der Aufklärung des Schleusungsweges sowie der Feststellung, Kontrolle und Sicherung der Rückverbindungen durchgeführt wird,
- die Kontrolle durch IM sowie weitere geeignete Kräfte und Mittel zur Feststellung des Aufenthaltsortes in der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten oder Westberlin sowie zur Feststellung der vom Täter aktivierten Rückverbindungen führt,

- in begründeten und aussichtsreichen Fällen zuverlässige und überprüfte IM nach dem Operationsgebiet geschickt werden, die einzusetzen sind für

- Ermittlungen am Aufenthaltsort im Operationsgebiet

- das legendierte Aufsuchen von Bekannten und Verwandten des Täters

- direktes Aufsuchen der Täter im Operationsgebiet.

(Solche IM sollten dem Täter persönlich bekannt sein. Sie sollten avisiert sein und einleuchtende Gründe für den Besuch haben, wie z. B. Übergabe von Zeugnissen, Schriftstücken, Gegenständen an den Täter).

Für die zentrale Zusammenfassung und Analyse der Ergebnisse der Aufklärung unbekannter Fluchtwege und Grenzübertrittsorte ist die ZKG verantwortlich.

3.3.5. Der zielgerichtete Einsatz der IM und GMS zur Gewinnung, Überprüfung und Weiterbearbeitung von Ersthinweisen im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen

Der zielgerichtete Einsatz der IM und GMS zur Gewinnung, Überprüfung und Weiterbearbeitung von Ersthinweisen ist auch im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen von besonderer Bedeutung.

Es ist durchzusetzen, daß

- die Qualität der Sicherheitsüberprüfungen durch den Einsatz von IM und GMS zur Aufklärung erhöht wird.

In den Mittelpunkt der operativen Bearbeitung und Prüfung sind die Personen zu stellen, bei denen nach den geltenden gesetzlichen Regelungen Ablehnungskriterien in Anwendung kommen müssen;

- die Nutzung der IM und GMS zur Gewinnung von Ersthinweisen auch bei ihrem Einsatz zur Durchführung von Wiederholungsüberprüfungen bereits bestätigter Einsatzkader zielgerichtet und planmäßig organisiert wird, ebenso bei Personen, über die gemäß der Richtlinie 1/71 vorbeugende politisch-operative Personenkontrolle eingeleitet wurde.

Bei diesen Überprüfungen sind neben den bereits an anderer Stelle genannten Faktoren besonders zu berücksichtigen:

- Verfestigte, häufige Kontakte zu Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin,
- Veränderungen in den Besitzverhältnissen, Verkäufe hochwertiger Gebrauchsgüter, Kontenbewegungen,
- Vernachlässigung von Pflichten (Verschuldungen, Unterhaltungspflichten, Mißverhältnis Einkommen - Ausgaben),
- offene und verdeckte Arbeits- und Familienkonflikte.

ESTU

090087

- 86 -

3.3.6. Die optimale Nutzung der Mittel, Methoden und Möglichkeiten der Abteilungen M, PZF und 26 zur Gewinnung von Ersthinweisen

Durch die Diensteinheiten M, PZF und 26 sind nachfolgend genannte Möglichkeiten zur Erarbeitung von Ersthinweisen zu nutzen:

Durch die Arbeit der Abteilungen M und PZF:

- Verstärkte Fahndung im Postverkehr von und nach der BRD und Westberlin, insbesondere zur Feststellung von Sendungen
 - die Dokumente beinhalten wie Fahrerlaubnisse, andere Befähigungsnachweise wie Ausbildungsabschlüsse, Abschlußzeugnisse,
 - in denen Paßbilder verschickt werden,
 - an das sogenannte Ministerium für innerdeutsche Angelegenheiten oder ähnliche Institutionen,
 - von und an Vertretungen nichtsozialistischer Staaten in der DDR, in der BRD und in Westberlin sowie in sozialistischen Staaten,
 - an die Menschenrechtskommission der UNO und an andere UNO-Kommissionen,
 - an das internationale Rote Kreuz und dessen Zweigorganisationen,
 - an bekannte Rechtsanwälte, die sich mit Problemen der Familienzusammenführung befassen,

- . mit eingelegten Zweitbriefen zur Weiterleitung an dritte Personen,
 - . mit solchen Angaben des Absenders, wie Wohnheime, Flüchtlings- und Durchgangslager und
 - . die ein enges Liebesverhältnis vermuten lassen,
- und die gezielte Kontrolle des Briefverkehrs mit der BRD und Westberlin sowie auch innerhalb der DDR bei festgestellten territorialen Schwerpunktbereichen des Auftretens der Delikte des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels.

Durch die Arbeit der Abteilung 26:

- Verstärkte Gewinnung von Hinweisen im Rahmen der Kontrolle des grenzüberschreitenden Fernsprecheverkehrs mit der BRD und Westberlin entsprechend den Informationsbedarfskomplexen der Instruktion;
- Durchführung von Maßnahmen A und B in solchen territorialen Bereichen und Objekten, die einen Schwerpunktbereich bilden;
- ständige Erarbeitung von Hinweisen auf ungesetzliches Verlassen der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels im Zusammenhang mit der Realisierung von Aufträgen A und B, die aus anderen Bearbeitungsgründen erteilt wurden.

EstU

090089

- 88 -

3.4. Die weitere Erhöhung der Wirksamkeit der DVP und anderer Organe des MdI

Die DVP und andere Organe des MdI erfüllen die ihnen zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR, der zum Schutz der Staatsgrenze und der Transitwege im Rahmen ihrer Zuständigkeit gestellten Aufgaben auf der Grundlage des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der DVP, der Verordnung zum Schutz der Staatsgrenze, der Grenzordnung, anderer gesetzlicher Bestimmungen, des Befehls 0059/74 des Ministers des Innern und Chefs der DVP, der Dienstvorschrift 08/72 und anderer Weisungen des Ministers des Innern.

Zur weiteren Erhöhung der Wirksamkeit der DVP und der anderen Organe des MdI bei der Lösung dieser Aufgaben ist von den Diensteinheiten des MfS das operative Zusammenwirken noch qualifizierter zu gestalten. Eine hohe Qualität der operativen Basis von OibE, IM in Schlüsselpositionen und weiteren IM und GMS sowie deren aufgabenbezogener Einsatz ist als entscheidende Voraussetzung dafür ständig zu gewährleisten.

Durch die ständige Qualifizierung und Vervollkommnung des operativen Zusammenwirkens

- ist das einheitliche, abgestimmte Vorgehen der Diensteinheiten des MfS und der DVP sowie der anderen Organe des MdI bei der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR unter strikter Wahrung ihrer

spezifischen Verantwortung ständig zu gewährleisten, sind die Kräfte und Mittel des MfS noch stärker auf die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels zu konzentrieren;

- sind die DVP und die anderen Organe des MdI bei der vollen Entfaltung ihrer Potenzen zur wirksamen Lösung der ihnen übertragenen Aufgaben zu unterstützen;
- sind die Möglichkeiten der DVP und der anderen Organe des MdI weiter zu erschließen und optimal zu nutzen, besonders für die operative Personenkontrolle und die zielstrebige Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge;
- ist die rechtzeitige Information des MfS über alle Erscheinungen und Vorkommnisse zu sichern, die für die Einschätzung der politisch-operativen Lage wichtig sind oder die Zuständigkeit des MfS berühren. Jede Information, die einen Zusammenhang mit Schleusertätigkeit vermuten läßt, ist der zuständigen Dienst Einheit des MfS sofort zu übermitteln;
- sind ständig weitere günstige Voraussetzungen in der DVP und den anderen Organen des MdI für ein qualifiziertes, den Grundsätzen der Geheimhaltung und Konspiration entsprechendes operatives Zusammenwirken zu schaffen, insbesondere durch Einflußnahme auf den Einsatz geeigneter Kader auf der Grundlage der Lösung der Aufgabenstellung "Wer ist wer?".

Es ist darauf Einfluß zu nehmen, daß vor allem die Kriminalpolizei, der Dienstzweig Paß- und Meldewesen, die Abschnittsbevollmächtigten der DVP, der Strafvollzug und die Abteilungen Innere Angelegenheiten durch höhere Wirksamkeit ihrer Arbeit den Beitrag zum Erreichen der gesellschaftlichen Ziel- und Aufgabenstellungen auf diesem Gebiet erhöhen:

Die Kriminalpolizei nimmt auf Grund ihrer Verantwortung und ihrer Möglichkeiten einen besonderen Platz im operativen Zusammenwirken ein. Es ist insbesondere darauf hinzuwirken, daß

diese Möglichkeiten der Kriminalpolizei gründlich ausgeschöpft werden.

Der Dienstzweig Paß- und Meldewesen hat seine vielfältigen Möglichkeiten zur vorbeugenden Verhinderung sowie zum Erkennen von Anzeichen des ungesetzlichen Verlassens der DDR umfassender zur Wirkung zu bringen.

Das Antrags-, Prüfungs- und Genehmigungsverfahren für Reisen in dringenden Familienangelegenheiten nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin ist noch qualifizierter zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR zu nutzen, indem

- alle Anträge ohne Verzögerung mit dem MfS abgestimmt werden;
- die Qualität der Aufklärung der Antragsteller und der Prüfung des Wahrheitsgehaltes der Unterlagen, welche die Dringlichkeit und Berechtigung der Reise begründen, erhöht wird;
- die vorbeugende und aufklärende Wirkung der Gespräche mit den Antragstellern verbessert wird;

- die Einflußnahme der DVP gegenüber den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen mit dem Ziel verstärkt wird, die Zustimmung der Arbeitsstelle zur Reise mit höchster Verantwortung zu erteilen sowie die Information an die DVP über Reiseabsichten, die bereits von der Arbeitsstelle nicht unterstützt wurden, sicherzustellen;
- die Maßnahmen der DVP nach Wiedereinreise in die DDR qualifiziert werden.

Gegenüber Personen, bei denen der Verdacht besteht, daß sie eine Reise über die Staatsgrenze der DDR zum ungesetzlichen Verlassen der DDR mißbrauchen wollen, sind die Möglichkeiten zur Anwendung der Ausreisesperre bzw. des zeitweiligen Ausschlusses vom paß- und visafreien Verkehr verantwortungsbewußt zu prüfen und zu nutzen.

Eine höhere Wirksamkeit ist im Antrags-, Prüfungs- und Genehmigungsverfahren für die Einreise in das Grenzgebiet und bei Anträgen auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, die beim Paß- und Meldewesen gestellt werden, zu erreichen.

Die Abschnittsbevollmächtigten der DVP haben sich in der Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Helfern der DVP, den Hausbuchbeauftragten, Wohnbezirksschüssen der Nationalen Front und anderen gesellschaftlichen Kräften stärker auf die Gewinnung von Ersthinweisen und über begünstigende Bedingungen und Umstände für das ungesetzliche Verlassen der DDR zu konzentrieren.

Durch eine höhere Wirksamkeit des Organs Strafvollzug sowie der Arbeitsgebiete I und II der Kriminalpolizei bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in den Strafvollzugseinrichtungen sowie Untersuchungshaftanstalten und bei der Erziehung der Strafgefangenen sind Ausbrüche, Entweichungen, Geiselnahmen, andere Gewalttaten und provokatorische Handlungen sowie im Anschluß daran vorgesehene Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR und Absichten zum ungesetzlichen Verlassen der DDR nach Haftentlassung rechtzeitig aufzudecken und mit allen Mitteln und Methoden zu verhindern.

Der Rückgewinnungs- und Wiedereingliederungsprozeß wiedergutmachungswilliger Strafgefangener und Untersuchungshäftlinge ist aktiv zu unterstützen.

Die sich aus der Erfüllung der Aufgaben der Abteilungen Innere Angelegenheiten bei

- der Bearbeitung von Anträgen auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und nach Westberlin, auf Eheschließung mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins sowie auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR, die bei ihnen gestellt werden und
- der wirksamen Wiedereingliederung Straftentlassener und der Betreuung kriminell Gefährdeter

ergebenden Möglichkeiten zum Erkennen von Ersthinweisen auf ungesetzliches Verlassen der DDR bzw. provokatorische Handlungen in der Öffentlichkeit sowie zur Beseitigung entschlußfördernder Konfliktsituationen beim genannten Personenkreis sind allseitig zu nutzen.

- 3.5. Die Gewinnung von Ersthinweisen im Zusammenwirken mit weiteren staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat~~en~~ und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften

Das abgestimmte Zusammenwirken mit staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat~~en~~ und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften bei der Organisierung einer wirksamen vorbeugenden Tätigkeit ist Grundlage für die zielstrebige und systematische Nutzung deren Kräfte, Mittel und Möglichkeiten für die Gewinnung von Ersthinweisen und die Ergänzung bereits vorliegender Informationen.

Unter Berücksichtigung der spezifischen Funktionen dieser Organe und Einrichtungen und der sich daraus ergebenden differenzierten Möglichkeiten für die Gewinnung von Ersthinweisen oder die Nutzung gespeicherter Informationen und zur umfassenden Wahrnehmung der Initiativpflicht des MfS für das Zusammenwirken sind folgende Voraussetzungen für eine qualifizierte Nutzung dieser Möglichkeiten erforderlich:

- Einsatz bzw. Schaffung einer ausreichenden inoffiziellen Basis in diesen Organen und Einrichtungen einschließlich von Offizieren im besonderen Einsatz;
- Organisierung eines straffen, kontinuierlichen, zielgerichteten offiziellen Zusammenwirkens nach erfolgter Klärung der Frage "Wer ist wer?".

Das Zusammenwirken zur Gewinnung von Ersthinweisen ist insbesondere auf Leiter und Funktionäre bzw. spezielle Funktionalorgane der Leiter, wie Kaderabteilungen, Reisestellen, Kontroll- und Beratungsgruppen und ähnliche Einrichtungen zu konzentrieren. Dabei geht es um die Gewinnung von Informationen über

- feindliche Beeinflussungs- oder Abwerbungsversuche,
- Konfliktsituationen,
- operativ bedeutsame Kontakte,
- ein mögliches beabsichtigtes ungesetzliches Verlassen der DDR,

die insbesondere gewonnen werden können bei der

- Auswahl und Bestätigung von Reisen in das nichtsozialistische Ausland und Staaten mit speziellen Reiseregulungen aus dienstlichen oder anderen Gründen,
- Aufklärung und Bestätigung von Reisekadern,
- Auswertung von Reisen in das nichtsozialistische Ausland,
- Befürwortung von Reisen in dringenden Familienangelegenheiten,
- Betreuung ausländischer Arbeiter und Verhandlungspartner,
- Bearbeitung und Auswertung von Eingaben zur Feststellung von Konfliktsituationen oder möglichen provokatorisch-demonstrativen Handlungen,

Derartige Informationen können auch gewonnen werden bei den Organen der örtlichen Volksvertretungen, insbesondere der

- Abteilungen Volksbildung über

- . Auswahl und Bestätigung von Bewerbern für einen späteren Auslandseinsatz, für ein Auslandsstudium und für die Seefahrt,
- . Jugendliche, die sich in Konfliktsituationen befinden,

- Abteilungen/Referate Jugendhilfe über

- . kriminell gefährdete Jugendliche, deren Eltern oder Elternteil in der BRD oder in Westberlin wohnhaft sind,
- . Reaktionen über abgelehnte Anträge auf Übersiedlung von Kindern, deren Eltern die DDR ungesetzlich verlassen haben,
- . Jugendliche, die sich in Jugendwerkhöfen befinden bzw. eingewiesen werden sollen,

- Abteilungen Gesundheitswesen über

- . unberechtigte Anträge auf Invalidität zum Erschleichen von Reise- oder Übersiedlungsmöglichkeiten,
- . Ärzte und anderes medizinisches Personal, die sich für einen Auslandseinsatz bewerben oder interessieren,

EstU

000097

- 96 -

- Abteilungen Wohnraumlenkung

zu Personen, die im Zusammenhang mit nicht sofort lösbaren Wohnraumproblemen

ein ungesetzliches Verlassen der DDR oder

feindlich-negative-demonstrative Handlungen
und Provokationen

androhen oder bei denen solche Handlungen nicht auszuschließen sind.

Im Zusammenwirken mit den Wehrkreiskommandos können Informationen gewonnen werden zu

Selbstbewerbern für die Grenztruppen der DDR oder

operativ bedeutsamen Kontakten, die bei den Musterungsgesprächen erarbeitet werden können.

Informationen, die im Zusammenhang stehen mit

Einreisen, dem Verkauf von Immobilien oder Fahrzeugen, der Auflösung von Versicherungen oder Sparkonten, dem Kauf von Immobilien, dem Kauf von Wasserfahrzeugen, Anforderung notarieller Beglaubigungen, der Behandlung von Ehescheidungsklagen und anderen familiären Konfliktsituationen

können gewonnen werden im Zusammenwirken mit solchen Organen, Institutionen und Einrichtungen, wie

- Reisebüro

- Bankinstitute

BStU

000098

- Staatsanwaltschaften und Gerichte
- Staatliche Notariate/Liegenschaftsdienste
- Versicherungsanstalten, Einrichtungen des Annoncenwesens
- bestimmte Handelseinrichtungen wie Spezialverkaufsstellen, Ausleihdienste.

3.6. Anforderungen an die politisch-operative Auswertungs- und Informationstätigkeit

Grundlagen der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung der politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit bilden der Befehl 299/65 sowie die Weisung vom 19. 2. 1975 zum Datenverarbeitungsprojekt "Datenbank ungesetzliche Grenzübertritte".

Im Zusammenhang mit der umfassenden Durchsetzung der Festlegungen im Befehl 1/75 und dieser Instruktion sind bei der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung der politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit auf dem Gebiet der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

- In den operativen DienstEinheiten ist zu gewährleisten, daß eine lückenlose Erfassung/Speicherung aller gewonnenen politisch-operativen Informationen in den vorhandenen Informationsspeichern (VSH, KK und DUG) erfolgt.

BStU

000099

- 98 -

- Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben zu gewährleisten, daß alle vorhandenen und neu gewonnenen politisch-operativen Informationen zu Personen und Sachverhalten aus dem Verantwortungsbereich in eine systematische Vergleichs- und Verdichtungsarbeit einbezogen werden. Diese Eigenverantwortung der Dienstseinheiten umfaßt die ständige Analysierung des Gesamtverantwortungsbereiches, bei Konzentration auf die politisch-operativen Schwerpunktbereiche/Schwerpunkte.
- Die in den Informationsspeichern vorhandenen politisch-operativen Informationen sind umfassend für die politisch-operative Arbeit zu nutzen. Damit sind vor allem Verdachtsmomente zu Personen zu verdichten, operativ bedeutsame Zusammenhänge bei feindlich-negativen Handlungen und Erscheinungen aufzudecken, Entwicklungstendenzen und Veränderungen in den Angriffsrichtungen des Gegners sowie die dabei angewandten Mittel und Methoden zu erkennen und bei der Bestimmung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche/Schwerpunkte der jeweiligen Leitungsebene Unterstützung zu geben.
- Die Informationsflüsse sind entsprechend den vorhandenen Festlegungen (Befehl 299/65, PDE-Ordnung) konsequent einzuhalten. Danach sind Sofort- und Ergänzungsmeldungen, Kerb- lochkarten, formlose Ergänzungen, VSH-Hinweiskarten F 402 und in der analytischen Arbeit gewonnene neue Erkenntnisse den jeweils zuständigen operativen Dienstseinheiten zu übermitteln.

EstU

000100

- Die von inoffiziellen und offiziellen Quellen (einschließlich der in anderen Organen vorhandenen Informationsspeicher, die zielstrebig zu nutzen sind) sowie operativ-technischen Diensteinheiten des MfS erarbeiteten Ersthinweise/Informationen sind nach ihrer politisch-operativen Bedeutsamkeit von den zuständigen operativen Diensteinheiten in den jeweiligen Informationsspeichern (DUG, VSH, KK) zu erfassen und zu speichern, Die sich im Ergebnis der planmäßigen Überprüfungs-, Vergleichs- und Verdichtungsarbeit ergebenden Veränderungen/Ergänzungen sind entsprechend den festgelegten Informationsflußregelungen den jeweiligen operativen Diensteinheiten zuzuleiten.

- Alle politisch-operativen Informationen zu Personen mit geringer operativer Bedeutsamkeit sind gemäß 3. DB zum Befehl 299/65 in der VSH-Kartei der jeweiligen KD/OD/operativen Abteilung zu erfassen.
- Informationen zu Personen, die nicht im Verantwortungsbereich wohnhaft sind bzw. arbeiten und zu denen keine eigene Bearbeitung erfolgt, sind der für den Hauptwohnsitz zuständigen operativen Diensteinheit zu übermitteln.

Die Informationsflüsse und -beziehungen im Zusammenhang mit Aktionen und Einsätzen von den Linien und Diensteinheiten des MfS zum ZOS werden in den jeweiligen Einsatzbefehlen geregelt.

3.7. Die Weiterbearbeitung von Ersthinweisen

Auf der Grundlage der Einschätzungen der Ersthinweise und weiterer Informationen sind die erforderlichen Entscheidungen zu treffen über

- Einleitung von Sofortmaßnahmen mit dem Ziel der unmittelbaren Festnahme;
- sofortige Bearbeitung in Operativen Vorgängen;
- Einleitung differenzierter Maßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR oder der Schleusung;
- eine Übergabe an die DVP, sofern keine Verantwortlichkeit des MfS vorliegt und die Gewährleistung der Geheimhaltung und Konspiration dies zuläßt, bei Gewährleistung des weiteren Informationsaustausches oder
- die Einleitung der politisch-operativen Personenkontrolle.

Die operative Kontrolle von Personen entsprechend der Richtlinie 1/71 hat vorrangig mit dem Ziel des rechtzeitigen Erkennens und Aufklärens, der Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels einschließlich der Auffindung, Schaffung und Nutzung von Ansatzpunkten und Voraussetzungen für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden zu erfolgen.

Es ist zu gewährleisten, daß beim Vorliegen operativ bedeutsamer Anhaltspunkte folgende Personen unter operative Personenkontrolle gestellt werden:

BStU
090102

- 101 -

VVS MfS 008-40/76

- Rückverbindungen von Personen, die ausgeschleust wurden oder auf anderen Wegen die DDR ungesetzlich verlassen haben bzw. ausgewiesen wurden;

- Rückkehrer und Zuziehende, vor allem jene, die als Wiederholungstäter angefallen sind;

- Personen, die Anträge auf legalen Verzug nach der BRD gestellt haben, vor allem wenn

sie schon wegen Vorbereitungshandlungen zum ungesetzlichen Verlassen der DDR angefallen sind,

sie Geheimnisträger, Zuziehende, Haftentlassene, Asoziale oder Personen mit aktiver Westverbindung sind

und deren Antrag abgelehnt wurde;

- Personen, die wegen Grenzdelikten oder wegen feindlich-negativen-demonstrativen Handlungen und Provokationen vorbestraft sind;

- Personen, die Liebesverhältnisse zu Personen aus der BRD, aus anderen nichtsozialistischen Staaten oder Westberlin unterhalten;

- Personen, bei denen damit zu rechnen ist, daß sie durch bereits ausgeschleuste Personen bei kriminellen Menschenhändlerbanden als schleusungswillig angegeben wurden;

- Personen, die versuchen, zu Angehörigen oder Zivilpersonen der an den GÜST eingesetzten Organe oder zu Angehörigen der Grenztruppen der DDR Kontakte

herzustellen, was auf die Vorbereitung des ungesetzlichen Verlassens der DDR hindeutet;

- Personen, die verwandtschaftliche oder bekanntschaftliche Verbindungen zu Angehörigen von kriminellen Menschenhändlerbanden unterhalten.

Für die Einleitung der OPK sind darüber hinaus die in den Abschnitten unter 3.2. und 3.3. genannten Anhaltspunkte und Personenkategorien zu beachten.

Bei der Organisierung der OPK zum rechtzeitigen Erkennen sowie zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels sind insbesondere folgende Hinweise zu beachten:

- Zwischen Tatentschluß, Vorbereitung und Versuch liegen, besonders bei Jugendlichen, oft nur relativ kurze Zeiträume, manchmal nur wenige Stunden.
- In zunehmendem Maße werden in der BRD, in anderen nichtsozialistischen Staaten sowie in Westberlin lebende Verwandte, Bekannte und Freunde in die aktive Vorbereitung und Durchführung der Abwerbung/Ausschleusung einbezogen.
- Die Instruierung der Bürger der DDR über ihre Ausschleusung erfolgt oft nicht im Wohn- und Arbeitsbereich, sondern in der Hauptstadt der DDR und in sozialistischen Ländern.
- Vorbereitungshandlungen des ungesetzlichen Verlassens der DDR werden in der Regel im Arbeits- und Freizeitbereich usw. wenig sichtbar.

- Die von den Personen zur Tatausführung in Erwägung gezogenen Möglichkeiten zum ungesetzlichen Verlassen der DDR können sehr verschiedenartig sein. Auf der Grundlage von charakteristischen Persönlichkeitsmerkmalen, vorhandenen Hinweisen und den politisch-operativen Erfahrungen ist deshalb sehr sorgfältig mit Versionen zu arbeiten. Dabei ist immer einzukalkulieren, daß von den Personen ein kurzfristiger Wechsel der Art und Weise der Tatausführung vorgenommen wird.

- Die Zusammenhänge zwischen ungesetzlichen Grenzübertritten und staatsfeindlichem Menschenhandel, den Landesverratsdelikten und anderen Staatsverbrechen sind ständig zu beachten. Die Leiter der Dienstseinheiten haben zu gewährleisten, daß rechtzeitige Entscheidungen über die Weiterbearbeitung der Materialien in Operativen Vorgängen getroffen werden, sofern die in der Richtlinie zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge festgelegten Anforderungen erfüllt sind.

4. Wirksame Maßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels

4.1. Grundsätze der Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels

Die Verhinderung ist wichtiger Inhalt aller politisch-operativen Prozesse und muß die Handlungen der operativen Kräfte aller Linien und Dienstseinheiten und deren Zusammenwirken mit anderen Schutz- und Sicherheitsorganen bestimmen.

Bei allen Maßnahmen zur Verhinderung ist die Herausarbeitung von Ansatzpunkten und Möglichkeiten zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden vorrangiges Prinzip.

Die Verhinderung erfordert umfassendes und zielbewußtes politisches Handeln.

Maßstab der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit, insbesondere der Führung operativer Prozesse und des Einsatzes der IM, ist die Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und die Vermeidung weiterer Schäden.

Qualifizierter Einsatz der IM, Suche und Auswahl perspektivreicher IM, Vervollkommnung ihrer Anleitung und Instruierung mit dem Ziel der politisch-operativen Bearbeitung von Bürgern der DDR, die aus einem verfestigten feindlichen Standpunkt heraus die Absicht haben, die DDR mit allen Mitteln ungesetzlich zu verlassen; qualifizierter Einsatz der IM zur Feststellung von Angehörigen der kriminellen Menschenhändlerbanden sind entscheidende Seiten der Maßnahmen, die der Verhinderung dienen.

Dazu gehören ferner:

- Verhinderung der Entstehung von Tatentschlüssen bei Bürgern der DDR,
- Vorbeugungsgespräche,
- Verhinderung von feindlich-negativen-demonstrativen Handlungen und Provokationen,
- Entlassung aus der Staatsbürgerschaft in begründeten Fällen,
- Einschränkung und Unterbindung der Aktionen der kriminellen Menschenhändlerbanden.

Dazu gehören auch das Erkennen, Entwickeln und Nutzen von Widersprüchen zwischen Bürgern der nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlins und den Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben. Durch vielgestaltige politisch-operative Maßnahmen ist die Eingliederung ehemaliger DDR-Bürger in die gesellschaftlichen Verhältnisse dieser Staaten bzw. Westberlins zu erschweren.

Mit gezielt in die DDR zurückgeführten DDR-Bürgern sowie mit IM, OibE und offiziellen Kräften sind gefährdete Personen in der DDR zu beeinflussen, um sie von ihrem Vorhaben abzubringen bzw. bei schwankenden Personen die Motivbildung zum ungesetzlichen Verlassen der DDR zu verhindern.

Durch IM sind bei Personen, die das ungesetzliche Verlassen der DDR beabsichtigen,

- Zweifel an der Realisierbarkeit zu wecken,
- Trennung von Liebesverhältnissen sowie die

- Beseitigung von Konfliktsituationen zu forcieren.

Soweit möglich, ist bei solchen Personen die Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Aufdeckung der Praktiken der kriminellen Menschenhändlerbanden zu wecken.

Die Verhinderung erfordert die ständige Vervollkommnung der Sicherung der Staatsgrenze einschließlich der Grenzübergangsstellen gegen alle Formen und Methoden ihrer Überwindung, vor allem zur Unterbindung terroristischer Handlungen.

Dazu gehört auch die Vorbereitung aller operativen Kräfte und ihr wirksamer Einsatz bei der Durchführung von Sofortmaßnahmen und Fahndungen. Diese oft letztmöglichen Maßnahmen der Verhinderung haben besondere Bedeutung, um negative politische Auswirkungen zu verhindern.

Festnahmen an der Grenze, Fahndungen mit großem Kräfteaufwand und ähnlich geartete Maßnahmen müssen immer mehr zur Ausnahme werden. Die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung sind zum frühest möglichen Zeitpunkt einzuleiten und durchzuführen.

4.2. Die Ausrichtung der operativen Kräfte des MfS, insbesondere der IM, auf die Verhinderung

Die operativen Kräfte des MfS sind so auf die Vorbeugung, das rechtzeitige Erkennen und Verhindern zu konzentrieren, daß

- die Beeinflussungsversuche des Gegeners weitgehend unwirksam bleiben,

- Bürger der DDR von ihrem Vorhaben, die DDR zu verlassen, zurücktreten bzw. rechtzeitig daran gehindert werden,
- Aktionen der kriminellen Menschenhändlerbanden nicht durchgeführt werden können.

Leiter und Mitarbeiter der operativen Dienstseinheiten haben bei der Gewinnung, Überprüfung und Weiterbearbeitung von Ersthinweisen, bei der Durchführung der operativen Personenkontrolle und der Bearbeitung Operativer Vorgänge, auch solcher, die wegen anderer Delikte bearbeitet werden, ständig den Gesichtspunkt der Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR zu beachten.

Leiter und Mitarbeiter der operativen Dienstseinheiten haben ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Einleitung operativer Sofortmaßnahmen ständig zu entwickeln und die IM und GMS so zu qualifizieren, daß sie entsprechend ihren Handlungsmöglichkeiten selbständig operative Sofortmaßnahmen einleiten und durchführen.

Für die Einleitung und energische Durchsetzung operativer Sofortmaßnahmen sind Handlungsvarianten zu entwickeln, zu erproben und zu vervollkommen.

Die Einleitung operativer Sofortmaßnahmen wird vor allem notwendig bei Informationen über unmittelbar bevorstehende Aktionen krimineller Menschenhändlerbanden, Grenzdurchbrüche von Personengruppen oder Einzelpersonen, Terrorhandlungen, provokativ-demonstrative Handlungen, Gefahr der terroristischen Inbesitznahme von Luft-, Land- und Wasserfahrzeugen zum Zwecke des Grenzdurchbruchs oder andere Gefährdungen der Sicherheit der Staatsgrenze der DDR.

Sofortmaßnahmen sind so durchzuführen, daß

- Schäden für die DDR, ihre Bürger und die anderer befreundeter sozialistischer Staaten verhindert,

- die Täter gefaßt,
- Beweise zur Tat und zum Täter gesichert,
- Ansatzpunkte und Möglichkeiten für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden erschlossen

werden.

In Abhängigkeit vom konkreten Sachverhalt sind bei Vorliegen des dringenden Tatverdachts unter Berücksichtigung von Ort, Zeit und Bedingungen solche Sofortmaßnahmen einzuleiten wie

- Verstärkte Sicherung gefährdeter Territorien, Streckenabschnitte der Transitwege und Grenzabschnitte durch operative Mitarbeiter, IM und GMS sowie im Zusammenwirken mit zuständigen Schutz- und Sicherheitsorganen,
- Spezielle Überwachungsmaßnahmen zur exakten Bestimmung des Zeitpunktes der Schleusungsaktion bzw. des ungesetzlichen Verlassens der DDR, zur Feststellung der wahrscheinlichen Wegstrecke, weiterer beteiligter Personen usw.,
- operative Beobachtung der Tatverdächtigen sowie der Objekte, in denen Tatmittel gelagert werden, um deren Sicherstellung vorzubereiten und durchzuführen,
- Überprüfungen zur Feststellung des Aufenthaltes von Verdächtigen,
- Auslösung von Fahndungen, wenn sich der/die Täter bereits auf dem Weg zur Staatsgrenze befinden,
- Überwachung von Zusteigorten an Transitwegen, von Versteckmöglichkeiten im Grenzgebiet u. a. m.

Dazu gehören auch, sofern das Sachverhalt und Zeit zulassen,

- Ablehnung von antrags- und genehmigungspflichtigen Reisen in sozialistische Länder und Reisen in dringenden Familienangelegenheiten in nichtsozialistische Staaten und nach West-Berlin,
- Beantragung von Fahndungsersuchen bei der Hauptabteilung/Abteilung VI an der Staatsgrenze zur Volksrepublik Polen und zur CSSR sowie am Flughafen Berlin-Schönefeld in Verbindung mit der Beantragung von Kontrollmaßnahmen durch die Organe der Zollverwaltung der DDR mit dem Ziel der Verhinderung der Ausreise in sozialistische Länder,
- Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen in Verbindung mit den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Staaten beim Aufenthalt der verdächtigen Personen in diesen sozialistischen Ländern über den Bereich Koordinierung der Hauptabteilung VI und die Abteilung X.

4.3. Die Einleitung von Fahndungsmaßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR

Durch die Leiter der operativen Dienstseinheiten sind die Möglichkeiten der Volkspolizei in Verbindung mit der Fahndungsführungsgruppe des MfS zur operativen Fahndung nach Personen und Sachen in bezug auf Delikte nach §§ 213/105 StGB umfassend zu erschließen und zu nutzen.

Diese Möglichkeiten bestehen

1. bei Verbrechen, welche die Sicherheit des Staates gefährden, in der Einleitung einer Großfahndung,

2. bei Vorliegen von strafbaren Handlungen, die eine hohe Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit darstellen, wie z. B. Grenzdurchbrüche in das Gebiet der DDR oder Vorbereitungshandlungen, die darauf abzielen, die Staatsgrenze der DDR gewaltsam zu durchbrechen, in der Einleitung von Eilfahndungen Stufe I,
3. bei Vorliegen von Informationen zu Personen, bei denen der Verdacht des Verstoßes gegen § 213 StGB gegeben ist, in Einleitung von Eilfahndungen Stufe II.

Die Berechtigung zum Auslösen von Groß- und Eilfahndungen sowie die Gestaltung des Zusammenwirkens zwischen der DVP, dem MfS und anderen Schutz- und Sicherheitsorganen ist in der

Fahndungsordnung des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 15. 7. 1965 in der Fassung vom 18. Mai 1973

geregelt.

Die Einleitung von Fahndungsmaßnahmen des MfS hat auf der Grundlage der Dienstanweisung Nr. 6/75 zu erfolgen.

Für den Einsatz geeigneter IM und GMS bei Fahndungen der DVP wie auch bei Fahndungen des MfS sind Varianten zu erarbeiten. In ihnen sind die Einsatzrichtung, die Einsatzmethode und der Informationsweg bei Fahndungsfeststellungen zu erfassen und in Fahndungsakten, die beim persönlichen Beauftragten des Kreisdienststellenleiters geführt werden, zu dokumentieren.

Auf der Grundlage dieser Fahndungsakten ist, soweit erforderlich, der schnelle und zielgerichtete Einsatz der IM und GMS und eine entsprechende Abstimmung mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen zu gewährleisten. Deshalb sollten diese Einsatzvarianten mit den im Plan des Zusammenwirkens enthaltenen Varianten für Fahndungen

EStU

000112

im wesentlichen übereinstimmen.

Wichtige Fahndungen sind mit der ZKG abzustimmen.

Zur Erzielung einer höchstmöglichen Wirksamkeit der Fahndungsmaßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels bei gleichzeitiger Herausarbeitung und Nutzung von Ansatzpunkten zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden ist vor der Beantragung von Fahndungen von der Möglichkeit der Fahndungsberatung der Linie VI Gebrauch zu machen.

4.4. Die Durchführung von Vorbeugungsgesprächen mit Personen, zu denen Hinweise auf geplantes ungesetzliches Verlassen der DDR vorliegen

Mit Personen, die keinen verfestigten feindlich-negativen Standpunkt besitzen, sich in bestimmten Konfliktsituationen befinden oder aus anderen Gründen ein ungesetzliches Verlassen der DDR beabsichtigen und noch keine strafrechtlich relevanten Handlungen zur Realisierung dieser Absicht begangen haben, sind Vorbeugungsgespräche zu führen.

Das Ziel von Vorbeugungsgesprächen muß darin bestehen:

1. Den Rücktritt von diesem Vorhaben zu erreichen und zu dokumentieren.
2. Operativ-relevante Kontakte aufzuklären, zu bearbeiten bzw. zu zerschlagen.
3. Die Ursachen und begünstigenden Bedingungen für das beabsichtigte ungesetzliche Verlassen der DDR aufzuklären und besonders die Ursachen für Konflikte auszuräumen, vor allem im Zusammenwirken mit anderen Organen und Einrichtungen bzw. durch diese.

4. Geeignete Personen aus diesen Kreisen als IM-Kandidaten auszuwählen.
5. Zu prüfen, ob und welche strafrechtlich relevanten Handlungen bereits begangen wurden (Überprüfungsmaßnahmen bzw. Prüfungshandlungen entsprechend § 95 StPO) und im Zusammenhang damit auch zu prüfen, ob die Absicht einer Straftat in Richtung § 213 StGB nur vorgetäuscht wird, um staatliche Organe und gesellschaftliche Einrichtungen zu erpressen (z. B. um eine Wohnung zu erhalten u. a.).
6. Hinweise auf andere, noch nicht bekannte Personen zu erarbeiten und andere Sachverhalte zu klären.
7. Feindlich-negative politisch-ideologische Einflüsse im konkreten Arbeits- oder Freizeitbereich aufzuklären und zurückzudrängen.

Vorbeugungsgespräche sind in Abstimmung mit den Dienst-einheiten der Linie IX durchzuführen, wenn

1. der Prozeß der Entschlußfassung für die Durchführung eines ungesetzlichen Grenzübertritts noch nicht abgeschlossen ist;
2. eine Entschlußfassung für einen ungesetzlichen Grenzübertritt zwar vorliegt, von der betreffenden Person jedoch noch keine Handlungen begangen wurden, die den Straftatbestand des § 213 StGB verletzen;
3. in Einzelfällen auch bei Vorliegen strafrechtlich relevanter Handlungen unter Berücksichtigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit entsprechend § 25 StGB die Durchführung von Aussprachen oder Befragungen und die Einleitung von gesellschaftlichen Erziehungs- und Kontrollmaßnahmen möglich ist;

4. andere Hinweise zu beabsichtigtem, geplantem oder vorbereitetem ungesetzlichen Verlassen der DDR vorliegen und - wie auch bei dem bisher Genannten, keine verfestigte feindliche oder negative Einstellung vorliegt, besonders bei Kindern und Jugendlichen (bei Letzteren in der Regel im Zusammenhang mit deren Erziehungsträgern).

Im Zusammenhang mit Vorbeugungsgesprächen sind weitere Maßnahmen durchzuführen, wie:

- die Trennung von Liebesverhältnissen und anderen Kontakten in nichtsozialistische Staaten und Westberlin durch den Einsatz von IM oder durch andere geeignete operative Maßnahmen;
- die Feststellung der Reaktion der betreffenden Person auf das Vorbeugungsgespräch;
(Einsatz von IM bzw. die Nutzung der Möglichkeiten der Abteilungen M und 26).

Eine wichtige Aufgabe bei der Durchführung von Vorbeugungsgesprächen ist die Beseitigung bzw. Einschränkung von Konfliktsituationen. Bei Unzufriedenheit über Wohnverhältnisse, Schwierigkeiten im Beruf bzw. in der Schule oder Schwierigkeiten in der Familie sind andere staatliche Organe und Einrichtungen sowie gesellschaftliche Organisationen einzubeziehen.

Im Zusammenhang mit der Durchführung von Vorbeugungsgesprächen ist zu entscheiden, ob weitere Kontrollmaßnahmen durch das MfS oder die Deutsche Volkspolizei einzuleiten sind.

Der zuständige Leiter hat zu entscheiden, ob z. B. eine operative Personenkontrolle zur Klärung weiterer Anhaltspunkte auf Tatbeteiligte oder zur Prüfung, ob der Täter wirklich von seinen Plänen Abstand genommen hat oder neue Straftaten vorbereitet und durchführt, einzuleiten ist.

Personen, mit denen Aussprachen geführt wurden, sind in die VSH-Kartei der zuständigen Diensteinheit aufzunehmen und das vorhandene Material in der zentralen Ablage abzulegen.

4.5. Maßnahmen zur Verhinderung feindlich-negativer demonstrativer Handlungen und Provokationen

Im Rahmen der Pläne und Maßnahmen des Gegners zur Organisation subversiver Aktivitäten spielt die Inspirierung und konkrete Anleitung feindlich-negativer Kräfte zu demonstrativen Handlungen und Provokationen eine bedeutsame Rolle.

Auf Grund der vom Gegner beabsichtigten hohen gesellschaftsgefährlichen Wirksamkeit sind feindlich-negative demonstrative Handlungen und Provokationen durch den zielgerichteten Einsatz aller operativen Kräfte, Mittel und Methoden im Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen vorbeugend zu verhindern.

Das erfordert insbesondere

- die lückenlose Erfassung in der PKK-DDR und verstärkte Kontrolle der Personen,

deren Übersiedlungsanträge abgelehnt wurden und die die Gründe der Ablehnung nicht anerkennen;

deren Reiseanträge in die BRD, in andere nichtsozialistische Staaten bzw. nach Westberlin abgelehnt wurden, weil der Verdacht besteht, daß sie die Ausreise zu einem Verbleib in der BRD bzw. in den anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin nutzen wollen;

- die verstärkte politisch-operative Kontrolle verdächtiger Personen bei ihrer Bewegung an solchen Orten, die auf Grund ihrer zentralen Lage u. a. Gegebenheiten besonders öffentlichkeitswirksam sind, wie z. B. in der unmittelbaren Umgebung von Vertretungen kapitalistischer Staaten, an Grenzübergangsstellen, an Transitstrecken, an den Aufenthaltsorten ausländischer Delegationen;
- die verstärkte politisch-operative Kontrolle von verdächtigen Personen während politischer Höhepunkte, wie z. B. bei ihrer Teilnahme an zentralen Veranstaltungen, Delegationsbesuchen in staatlichen Einrichtungen und Betrieben, internationalen Beratungen, Meetings sowie anderen politischen Höhepunkten, bei denen eine Vielzahl von Bürgern und Besuchern aus dem kapitalistischen Ausland zugegen ist.

Beim Auftreten von Demonstrativtättern ist sofort jedwede Entfaltung und Fortführung der Tat zu unterbinden. Die Verantwortlichen stützen sich hierbei je nach der Art des Ereignisses auf die Mitwirkung

- aller Organe, die im Zusammenwirken für die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung an den Grenzübergangsstellen (Paßkontrolleneinheiten, Zoll, Grenztruppen der DDR, Deutsche Volkspolizei)

sowie

- Angehöriger solcher Organe, die

für die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf Straßen und Plätzen (wie z. B. Verkehrs- und Schutzpolizei);

EstU

000117

- 116 -

für den Schutz des Lebens und die Gesundheit der Bürger (wie z. B. Deutsches Rotes Kreuz, Feuerwehr);

die Sicherung diplomatischer Vertretungen (wie z. B. WKM);

für Ordnung und Sicherheit in staatlichen, gesellschaftlichen und betrieblichen Objekten (wie z. B. Hauswache, Pförtner)

verantwortlich sind.

Bei Demonstrationshandlungen im gegenüberliegenden Grenzgebiet ist durch den Einsatz speziell dazu befähigter inoffizieller Mitarbeiter zu sichern, daß

- der Gesamtablauf der Handlung beweiskräftig dokumentiert wird,
- Vertreter westlicher Massenmedien erkannt und deren Personalien festgestellt werden,
- Einzelpersonen dazu veranlaßt werden, ihre Handlung einzustellen,
- über Positionen im Bundesgrenzschutz, der Polizeieinheiten von Westberlin sowie des Zollgrenzdienstes der BRD und Westberlins für Ruhe und Ordnung an der Staatsgrenze zur DDR und ihrer Hauptstadt gesorgt wird.

Die Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD und zu Westberlin stellen für die Diensteinheiten der Linie VI einen besonderen Schwerpunktbereich für das Auftreten von Personen mit feindlich-negativen demonstrativen Handlungen und Provokationen dar.

Die Leiter der Paßkontrolleinheiten sind verantwortlich, daß im Zusammenwirken mit allen an den Grenzübergangsstellen eingesetzten Kontroll- und Sicherungskräften einschließlich der Deutschen Volkspolizei sowie zivilen und gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen durch

ständige Beobachtung des Hinterlandes, der Flanken und des gegnerischen Vorfeldes

Anzeichen auf derartige Handlungen und Provokationen rechtzeitig erkannt werden.

Durch sachliches und politisch kluges, aber energisches Auftreten gegenüber Demonstrationstätern sind diese

- von anderen Personen zu isolieren und, ohne Aufsehen in der Öffentlichkeit zu erregen, festzunehmen oder
- je nach Ausmaß und Vergehen die Täter zu überzeugen, von ihrer Tat freiwillig Abstand zu nehmen.

Die Zuführung der Täter hat unauffällig, sicher und unter Vermeidung jeder Art von Kontakten unter den Tätern, Mittätern, Beteiligten und Zeugen zu erfolgen. Unbedingt sind Selbsttötungsversuche zu unterbinden.

4.6. Maßnahmen zur Verhinderung der Einbeziehung von Diplomaten sowie Armeeingehörigen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in das ungesetzliche Verlassen der DDR und den staatsfeindlichen Menschenhandel

Diplomaten sowie Armeeingehörige der USA, Großbritanniens und Frankreichs unterliegen auf Grund internationaler Abkommen und innerstaatlicher Festlegungen der DDR bei ihren Reisen von und nach Westberlin sowie bei Ein- und Durchreisen in bzw. durch das Staatsgebiet der DDR keiner Zollkontrolle.

Auf Grund der diesen Personen gewährten Sonderrechte und Kontrollbefreiungen im grenzüberschreitenden Verkehr stehen sie ständig im Blickpunkt der kriminellen Menschenhändlerbanden, um sie für ihre verbrecherische Tätigkeit, die gewerbsmäßig betriebene Abwerbung und Ausschleusung von Bürgern der DDR, einzusetzen und auszunutzen.

Die Aufdeckung und Verhinderung dieser Angriffe erfordert die Erschließung und Nutzung aller Möglichkeiten zur Kontrolle und Überwachung dieser Personen bei besonderer Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung.

Insbesondere ist es erforderlich,

1. mit Hilfe inoffizieller Mitarbeiter innerhalb der kriminellen Menschenhändlerbanden oder in deren Stützpunkten Hinweise zu erarbeiten, die weitere gezielte Kontrollmaßnahmen ermöglichen.
2. Analog dieser Forderung sind vor allem die inoffiziellen Kräfte der Diensteinheiten der Linie II gezielt zur Erarbeitung derartiger Hinweise einzusetzen.
3. Die Paßkontrollen der Linie VI gewährleisten eine lückenlose Erfassung der Ein- und Ausreisen von

Diplomaten und anderen Mitarbeitern ausländischer Vertretungen mit Ausweisen des MfAA der DDR sowie von

Armeeangehörigen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die die Hauptstadt der DDR von Westberlin aus aufsuchen.

4. Die beim Grenzübertritt erkannten oder getroffenen Feststellungen sind ständig zu analysieren und nach Anhaltspunkten für das Vorliegen von Straftaten nach §§ 213/105 StGB zu untersuchen und in Abstimmung mit der Hauptabteilung II weitere gezielte Maßnahmen einzuleiten.

BStU
000120

- 119 -

VVS MfS 008-40/76

5. Durch die Abwehrarbeit sind Hinweise zu Bürgern der DDR zu erarbeiten, die zum Zwecke des ungesetzlichen Verlassens der DDR ohne Beteiligung von kriminellen Menschenhändlerbanden zu Diplomaten und nichtdiplomatischen Mitarbeitern der Vertretungen nichtsozialistischer Staaten in der DDR oder zu Armeeingehörigen der USA, Großbritanniens und Frankreichs Kontakte herstellen.

4.7. Die Verhinderung des Mißbrauches der Reisen in sozialistische Länder zum staatsfeindlichen Menschenhandel und zum ungesetzlichen Verlassen der DDR.

Der Mißbrauch der Möglichkeiten der Ausreise von Bürgern der DDR in sozialistische Länder zur Vorbereitung und Durchführung von Straftaten des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels erfordert die zielstrebige Zusammenarbeit zwischen den Diensteinheiten des MfS im Innern der DDR, mit den Operativ-Gruppen der Hauptabteilung VI in der CSSR, Ungarischen Volksrepublik und Volksrepublik Bulgarien und mit den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Länder.

Mit dem Ziel der Verhinderung sind im Rahmen dieser Zusammenarbeit durchzusetzen:

- der Einsatz von IM und spezifischen Mitteln zur Kontrolle und Überwachung von verdächtigen Personen beim Aufenthalt in sozialistischen Staaten;
- Beobachtungen und andere Kontrollmaßnahmen während des Aufenthaltes in sozialistischen Staaten und Übergabe an die Sicherheitsorgane der befreundeten sozialistischen Staaten;

ESTU

000121

- 120 -

- Fahndungen an Grenzübergangsstellen sozialistischer Staaten zu nichtsozialistischen Staaten zum Zwecke der Durchführung gezielter Paß- und Zollkontrollen oder der Festnahme.

Die Ausgestaltung dieser Zusammenarbeit hat durch die ZKG, den Bereich Koordinierung der Hauptabteilung VI in Verbindung mit der Abteilung X zu erfolgen.

Dadurch ist es möglich, Bürger der DDR und Bürger nichtsozialistischer Staaten, gegen die begründete Verdachtsmomente vorliegen, unter operativer Kontrolle zu halten. Diese Kontrolle ist in mehreren Staaten möglich (CSSR, Ungarische Volksrepublik, Volksrepublik Bulgarien, Volksrepublik Polen u. a. außer Rumänien), wenn die dazu erforderlichen Voraussetzungen vorliegen.

Im Interesse der weiteren Erhöhung der Qualität und der Effektivität haben die ersuchenden Dienstseinheiten folgende Voraussetzungen einzuhalten:

1. Die vorliegenden Informationen zu Personen oder Sachverhalten müssen überprüft sein.
2. Die operativen Möglichkeiten im Innern der DDR müssen ausgeschöpft sein, die Ausreise des Bürgers der DDR ist ohne politische oder politisch-operativ negative Auswirkungen nicht zu verhindern.
3. Die Kontrollersuchen müssen auf realisierbare Teilziele der operativen Bearbeitung gerichtet sein.

EstU
000122

Die Kontrollersuchen müssen beinhalten:

- auftraggebende Diensteinheit, operativer Mitarbeiter, Telefonnummer (Tag und Nacht);
- Sachverhalt:
hier ist in kurzer Form der dem Kontrollersuchen zugrunde liegende Sachverhalt darzulegen, wobei streng zu trennen ist zwischen erwiesenen Tatsachen und Versionen;
- Zielstellung der einzuleitenden Maßnahmen:
sie muß konkret und realisierbar sein. Jedes schablonenhafte Herangehen bei der Zielfestlegung birgt in sich die Gefahr, daß die erforderlichen Ergebnisse nicht erarbeitet werden können;
- große Personalien, 6 Lichtbilder neuesten Datums und nach Möglichkeit Ganzfotos aus der Bewegung;
- kurze Personenbeschreibung (besondere Merkmale);
- operativ zu beachtende Persönlichkeitseigenschaften (Leidenschaften, Eigenarten, besondere Verhaltensweisen, Hobbys u. a.);
- bei der Realisierung des Kontrollersuchens zu beachtende Verbindungen (Verbindungen, die nicht unmittelbar in Beziehung zu den Fakten des operativen Sachverhaltes stehen, jedoch bei der Durchführung operativer Maßnahmen zu beachten sind);
- Angaben zur Gestaltung und zum Ablauf der Reise wie:

Reiseart (Gruppentourismus, Individualreisender u. a.)

ESTU

000123

- 122 -

Reisetermin

Reiseziel (Land - Aufenthaltsort - Unterkunft)

Reiseroute (beginnend vom Abfahrtsort in der DDR bis zum Aufenthaltsort im sozialistischen Ausland und zurück, mit besonderer Hervorhebung der Transitländer und zu passierenden Grenzübergangsstellen)

benutzte Verkehrsmittel (bei eigenen Kfz.: Typ, Farbe, polizeiliches Kennzeichen; bei Sportbooten: Typ, Farbe, Antriebsart);

- mitreisende Personen (kleine Personalien und Angaben, ob und inwieweit sie die Erfüllung des Kontroller suchens beeinflussen können);
- bereits durch die auftragsersuchende Dienst Einheit eingeleitete Maßnahmen im sozialistischen Ausland;
- Deckbezeichnung.

Während der Realisierung des Auftrages ist ein ständiger Informationsaustausch zwischen der Hauptabteilung VI und der auftraggebenden Dienst Einheit zu gewährleisten.

- 4.8. Politisch-operative Aufgaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit Übersiedlungen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, Eheschließungen mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins sowie Entlassungen aus der Staatsbürgerschaft der DDR

Die erforderlichen politisch-operativen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Anträgen auf

- Übersiedlungen von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin,
- Eheschließungen mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins,
- Entlassungen aus der Staatsbürgerschaft der DDR

sind in den Gesamtkomplex der Maßnahmen zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR sowie Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels einzuordnen und ständig weiter zu qualifizieren.

Zur qualifizierten Durchsetzung der politisch-operativen Aufgabenstellung im Zusammenhang mit Übersiedlungen, Eheschließungen sowie zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR sind die einzuleitenden Maßnahmen zur operativen Aufklärung der Antragsteller weiter zu qualifizieren.

Sie sind besonders darauf zu richten,

- gesicherte Erkenntnisse über das Persönlichkeitsbild der beteiligten Personen, ihr Verhalten im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich sowie zu den Verbindungen in bzw. außerhalb der DDR zu erarbeiten;
- die Ursachen, Motive bzw. Beweggründe für die Antragstellung sowie die damit im Zusammenhang stehenden Pläne und Absichten umfassender in Erfahrung zu bringen, um die in diesem Zusammenhang auftretenden sicherheitspolitischen Probleme, wie den Einfluß der gegnerischen Kontaktpolitik/-tätigkeit, die zu erwartenden Reaktionen bei Ablehnung der Anträge, zu erwartende operativ bedeutsame Rückverbindungen im Genehmigungsfalle und andere vorausschauend einzuschätzen, damit gesicherte differenzierte Entscheidungen getroffen werden können.

ESStU

000125

- 124 -

Dabei sind besonders mögliche negative Folgen durch Einreisen von übersiedelten Personen in die DDR und die sich daraus ergebenden Erfordernisse zur Prüfung, ob zur Abwendung von Gefahren für die DDR gleichzeitig oder später die Einleitung einer Reisesperre notwendig ist, zu beachten.

Weiterhin ist zu sichern, daß in den Fällen der Übersiedlung und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR, in denen sich der Antragsteller in Haft befindet, die Prüfung und Vorbereitung der Entscheidung bereits während der Haft erfolgt, um zu gewährleisten, daß die Übersiedlung unmittelbar nach der Haftentlassung realisiert wird, damit erneute Straftaten ausgeschlossen werden.

In solchen Fällen, in denen neben der Antragstellung auf Übersiedlung und Eheschließung sowie Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR im Ergebnis der Prüfung bereits Vorbereitungshandlungen zum ungesetzlichen Verlassen der DDR festgestellt werden, ist entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von den Leitern der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen im operativen Zusammenwirken mit den Chefs der BdVP zu entscheiden, ob die Einleitung strafprozessualer Maßnahmen zweckmäßig ist oder aus politisch-operativen Erwägungen eine Übersiedlung vorgeschlagen werden sollte bzw. welche anderen Maßnahmen einzuleiten sind, damit die Antragsteller endgültig von ihrem Vorhaben Abstand nehmen.

Über Personen, zu deren Anträgen auf Übersiedlung, auf Eheschließung sowie auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR Ablehnungsgründe vorliegen, sind rechtzeitig wirksame Maßnahmen einzuleiten, damit ein ungesetzliches Verlassen der DDR bzw. andere feindlich-negative Handlungen, insbesondere demonstrative Handlungen und Provokationen in der Öffentlichkeit, verhindert werden.

Weiterhin sind im Zusammenhang mit der Prüfung der Anträge und Antragsteller die Übersiedlungen und Entlassungen aus der Staatsbürgerschaft der DDR besonders nach der BRD und Westberlin zur Desinformation und Täuschung des Gegners, z. B. durch

- desorientierendes Ansprechen und andere irreführende Maßnahmen mit Übersiedlungskandidaten im Rahmen des Antrags-, Prüfungs- und Genehmigungsverfahrens,
- fingierte Treffvorbereitungen mit bereits übersiedelten Personen im Operationsgebiet u. a.

stärker zu nutzen.

Dafür geeignete Fälle sind systematisch vorzubereiten, allseitig zu prüfen und zur Durchführung der erforderlichen Aufgaben- und Maßnahmekomplexe von den Leitern der Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen und den Kreisdienststellen an die Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen zur Entscheidung heranzutragen.

4.9. Spezifische Maßnahmen zur Verhinderung terroristischer Handlungen, insbesondere an der Staatsgrenze

Alle operativen Diensteinheiten haben alle operativen Kräfte, Mittel und Möglichkeiten zielstrebig zu nutzen, um eine hohe Sicherheit und Ordnung

an der Staatsgrenze der DDR, insbesondere an den GÜST,

an den Transitwegen sowie

in den anderen politisch-operativen Schwerpunktbereichen

zu gewährleisten.

EstU

000127

- 126 -

Im Zusammenwirken der operativen Diensteinheiten des MfS mit den Sicherheits- und Schutzorganen, insbesondere mit

den Grenztruppen der DDR und der Grenzbrigade Küste,

der Deutschen Volkspolizei und

den Organen der Zollverwaltung der DDR

ist vor allem an der Staatsgrenze und an den Grenzübergangsstellen zu gewährleisten, ständig vorbereitet und in der Lage zu sein, unmittelbare Angriffe wirkungsvoll, einheitlich handelnd, dabei nach außenhin möglichst unauffällig, abzuwehren und im Keime zu vereiteln.

Das erfordert hohe Wachsamkeit, Geheimhaltung und straffe Disziplin, ein wirksames Netz von Sicherungs-, Sperr- und Alarmanlagen sowie ein hohes Niveau der Kontrolltätigkeit und ein einheitliches Auftreten und Handeln der Angehörigen der Sicherheits- und Schutzorgane.

Die Leiter und Mitarbeiter der operativen Diensteinheiten haben bei der Planung von Maßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels grundsätzlich davon auszugehen, daß

- alle Angriffe auf die Staatsgrenze und Grenzübergangsstellen die Gefahr schwerer Grenzprovokationen in sich tragen;
- die Täter nicht vor der Anwendung von Waffen zurückschrecken und derart verbrecherische Mittel und Methoden wie Geiselnahme, Sprengungen, Einsatz schwerer Fahrzeuge zum gewaltsamen Durchbruch, bis zur gewaltsamen Entführung von Luftfahrzeugen in ihre Vorbereitungsplanungen und -handlungen aufnehmen;

- derartige Gewalt- und Terrorakte an der Staatsgrenze und den Grenzübergangsstellen stets mit politischen Provokationen verbunden sind und deshalb alles getan werden muß, um diese Vorhaben bereits im Vorbereitungs- und in der ersten Phase des Versuchsstadiums zu vereiteln.

Die Abteilung XXII hat in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Terrorabwehr der Hauptabteilung VI und den Leitern der zuständigen Diensteinheiten der Linie VI, besonders den Leitern der Paßkontrolleinheiten sowie der Hauptabteilung I, die zur Abwehr derartiger Verbrechen erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen und zu koordinieren.

Die Arbeitsgruppe Terrorabwehr der Hauptabteilung VI hat die Aufgabe, in Verbindung mit den Leitern der Abteilungen VI und der Paßkontrolleinheiten zu gewährleisten, daß an den Grenzübergangsstellen

alle Mitarbeiter der Paßkontrolle und darüber hinaus differenziert die Mitarbeiter der anderen Organe über die Mittel und Methoden des Gegners informiert sind, die eigenen Abwehrmöglichkeiten kennen und beherrschen und in der Lage sind, alle Feindhandlungen rechtzeitig zu erkennen und wirksam zu verhindern.

Zur Verhinderung gewaltsamer Angriffe gegen Grenzübergangsstellen ist erforderlich die

konsequente Durchsetzung der Betretungsordnung an allen Grenzübergangsstellen;

Anbringung zweckmäßiger und stabiler Sicherheitselemente in den Abfertigungs-, Kontroll- und Sicherungsbereichen, wie Signal- und Alarmanlagen, Rollsperrren, Sicherheitsschlagbäumen und Passagensperrren an Straßen-Grenzübergangsstellen;

ESU

000129

- 128 -

Installierung zweckmäßiger Blocksysteme zur Verhinderung unberechtigter Ausfahrten;

Übernahme von Kontrollaufgaben der Zollverwaltung durch Mitarbeiter der Paßkontrolleinheiten im Rahmen der fahrenden Kontrolle in Transitzügen;

gemeinsame Sicherung von Gefahrenpunkten durch Kräfte der Paßkontrolleinheiten, der Grenztruppen der DDR und der Transportpolizei an Eisenbahn-Grenzübergangsstellen;

qualifizierte Überwachung der Wasserstraßen an den Häfen, Liege- und Feierabendplätzen an Binnenwasser-Grenzübergangsstellen sowie Entwicklung und Installation von zweckentsprechenden Sicherungsanlagen;

wirksame Außensicherung des gesamten Territoriums durch Einzäunung, pioniertechnische und elektronische Sicherung an den Schwerpunkt- und Gefahrenbereichen;

Durchführung einheitlich abgestimmter Sicherheitskontrollen einschließlich gedeckter Kontrollen des Großgepäcks, von Personen, des Handgepäcks und durchgängige Überwachung des Vorfeldes, der Kontrollbereiche und Warteräume;

insgesamt gezielte Kontrolltätigkeit in Verbindung mit der Zollverwaltung und unter Einsatz spezieller konspirativer Mittel und Methoden zur Feststellung von Waffen, Sprengmitteln, radioaktiven Stoffen, Giften, Rauschmitteln, Funksendegeräten usw. an den Flughafen-Grenzübergangsstellen.

Es ist die Pflicht aller Dienstseinheiten, bei Bekanntwerden von Hinweisen, die auf terroristische Anschläge im Zusammenhang mit dem ungesetzlichen Verlassen der DDR hindeuten, unverzüglich die ZKG zu informieren, damit diese sofort die Abteilung XXII und andere spezielle

ESTU

000130

Kräfte und Mittel zum Einsatz bringen kann.

Durch die Hauptabteilung VII bzw. Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen ist zu gewährleisten, daß im Strafvollzug und in den Untersuchungshaftanstalten die Straf- und Untersuchungsgefangenen sicher verwahrt, bewaffnete Ausbrüche, Geiselnahmen und andere terroristische Angriffe mit dem Ziel des gewaltsamen Grenzdurchbruchs rechtzeitig aufgedeckt und konsequent verhindert werden.

Die von der Abteilung XXII bzw. von der Arbeitsgruppe Terrorabwehr der Hauptabteilung VI festgelegten Maßnahmen zur Verhinderung geplanter Gewalt- und Terrorakte sind konsequent durchzusetzen.

Generell sind alle Personen, die wegen versuchten ungesetzlichen Verlassens der DDR oder staatsfeindlichen Menschenhandels inhaftiert wurden, Auswertungsvernehmungen zu unterziehen und zwar in erster Linie mit dem Ziel, durch die Täter erkannte vermeintliche Lücken und schwache Stellen an den Grenzübergangsstellen, durch deren Existenz sie sich zur Tatausführung entschlossen, und darüber hinaus Mittel, Methoden und Kräfte des Gegners in Erfahrung zu bringen.

Dazu ist durch die Arbeitsgruppe Terrorabwehr der Hauptabteilung VI in Abstimmung mit der Abteilung XXII und der Hauptabteilung IX ein entsprechender Vernehmungsplan zu erarbeiten.

Die Ergebnisse dieser Vernehmungen sind der Abteilung XXII zur Auswertung und unverzüglichen Einleitung erforderlicher Vorbeugungsmaßnahmen zu übersenden.

5. Grundsätze der Führung und Bearbeitung des Zentralen Feindobjektvorganges Kriminelle Menschenhändlerbanden, der Zentralen Operativen Vorgänge, Teilvorgänge und Operativen Vorgänge.

- 5.1. Die spezifische Zielstellung der Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden

In Übereinstimmung mit der generellen Zielstellung der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie hiervon abgeleitet ergeben sich für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden und ihrer Hintermänner und Inspiratoren nachfolgende Ziele der Vorgangsbearbeitung:

Die kriminellen Menschenhändlerbanden sind aufzuklären und ihre Rolle und Funktion im System der Feindtätigkeit gegen die DDR und andere sozialistische Staaten nachzuweisen.

Ihre Inspiratoren und Hintermänner, die verursachenden und auslösenden Aktivitäten der imperialistischen Geheimdienste, Massenmedien und anderer Organe und Einrichtungen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems sind sichtbar zu machen und deren Pläne und Absichten zu erkennen.

Durch die Ergebnisse der politisch-operativen Arbeit ist die Verletzung völkerrechtlicher Prinzipien, Verträge und Vereinbarungen und das Bemühen entspannungsfeindlicher Kräfte nachzuweisen, durch Gründung krimineller Menschenhändlerbanden sowie deren Beauftragung, Unterstützung und Duldung den Entspannungsprozeß aufzuhalten. Nachzuweisen ist auch die Verletzung in nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin geltender Rechtsnormen.

In Verbindung damit sind Möglichkeiten für offensive politische Maßnahmen von Partei und Regierung und politisch-operative Aktivitäten des MfS zu schaffen,

EstU

000132

Die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden ist darauf auszurichten, ihre Wirkungsmöglichkeiten systematisch einzuengen, sie zu verunsichern, zu desinformieren und zu zersetzen, sie in Widersprüche untereinander, zu ihren Auftraggebern und ihrer Umwelt zu bringen, ihnen damit die Fortsetzung ihrer verbrecherischen Tätigkeit zunehmend zu erschweren und letztendlich zu zerschlagen.

Die kriminellen Menschenhändlerbanden, ihre Struktur, ihre Beziehungen zueinander, ihre Pläne, Absichten und Maßnahmen, Angriffsrichtungen und Schwerpunktbereiche sind aufzuklären.

Ziel der Vorgangsbearbeitung ist der Nachweis der Verwirklichung der gesetzlichen Tatbestände nach § 105 StGB bzw. § 213 in Tateinheit mit § 100 StGB, einschließlich anderer Staatsverbrechen wie Straftaten nach §§ 97, 101, 104 StGB, sofern sich das im Prozeß der Bearbeitung ergibt, sowie der Verletzung von Rechtsnormen anderer sozialistischer Länder.

Die operative Arbeit ist zu richten auf

- die Verhinderung der Abwerbung von DDR-Bürgern, deren Einbeziehung in die Tätigkeit der kriminellen Menschenhändlerbanden und ihrer Ausschleusung sowie anderer Aktivitäten der kriminellen Menschenhändlerbanden;
- die Verhinderung und Einschränkung von Auswirkungen des staatsfeindlichen Menschenhandels, vor allem von Angriffen auf die Staatsgrenze der DDR und feindlich-negativen demonstrativen Handlungen und Provokationen sowie von schädigenden politi-

schen, ideologischen, ökonomischen und anderen Auswirkungen;

- das Aufdecken, Einschränken und Beseitigen von begünstigenden Bedingungen und Umständen, von Lücken in der Grenzsicherung u. a. sowie das Erkennen und Schließen von Schleusungswegen;
- die Unterstützung der ideologischen Erziehungsarbeit unter der Bevölkerung und die Erhöhung des Rechtsbewußtseins.

Diese Ziele stehen in einem untrennbaren Zusammenhang und sind stets in ihrer Einheit zu betrachten und zu realisieren. Die gesamte politisch-operative Arbeit aller Dienstseinheiten zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung bei der Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden ist auf die Durchsetzung dieser Ziele auszurichten.

Der vorbeugende Aspekt muß Inhalt und wesentliches Resultat der Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden sein und alle operativen Aktivitäten durchdringen!

5.2. Grundsätze der Vorgangsführung

- 5.2.1. Zur Gewährleistung der zentralen operativen Koordination des Kampfes gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden wird durch die ZKG ein

Zentraler Feindobjektvorgang (ZFOV)

geführt.

Der ZFOV ist eine wichtige Grundlage für die Tätigkeit der ZKG zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändler-

EstU
000134

VVS MfS 008-40/76

- 133 -

banden und die Koordinierung der dazu erforderlichen politisch-operativen Arbeit aller operativen Dienst-einheiten.

Auf der Grundlage des ZFOV ist die volle Übereinstimmung und einheitliche Ausrichtung der operativen Bearbeitung krimineller Menschenhändlerbanden, ihrer Hintermänner und Inspiratoren, Mitglieder und Stützpunkte sowie anderer in ihre Tätigkeit einbezogener bzw. mit ihnen in operativ relevanter Verbindung stehender Personen in Zentralen Operativvorgängen, Teilvorgängen und Operativen Vorgängen auf das zentrale Ziel der Bekämpfung und Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden zu gewährleisten.

Das erfordert den einheitlich geplanten, koordinierten, die Einhaltung der Konspiration und Geheimhaltung gewährleistenden, effektiven Einsatz der politisch-operativen Kräfte, Mittel und Methoden unter Nutzung aller sich bietenden Ansatzpunkte und Möglichkeiten und unter Gewährleistung optimaler, den Differenzierungsgrundsätzen entsprechender Entscheidungen im Einzelfall.

Grundlagen hierfür bilden die im ZFOV ständig und systematisch herauszuarbeitenden Erkenntnisse über

- Hintergründe und Zusammenhänge der Tätigkeit der kriminellen Menschenhändlerbanden, Pläne und Absichten des Gegners, Angriffsrichtungen, Zielgruppen, Mittel und Methoden der kriminellen Menschenhändlerbanden,
- Ansatzpunkte zur Qualifizierung der Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden sowie Kräfte und Möglichkeiten, die auf der Grundlage der Widersprüche und Differenzierungsprozesse im Kampf gegen die Verbrechen des staatsfeindlichen Menschenhandels genutzt werden können.

BStU

000135

- 134 -

Auf der Grundlage des ZFOV ist die zentrale Orientierung für die vorgangsführenden Dienstseinheiten zur Sicherung besonders gefährdeter Zielgruppen und Objekte und zur Nutzung gesamtgesellschaftlicher Potenzen der Vorbeugung im Kampf gegen den kriminellen Menschenhandel zu gewährleisten.

Im ZFOV hat die Zusammenführung und Verdichtung aller für den Kampf gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden bedeutsamen Informationen als Grundlage für

- die Information der Partei- und Staatsführung,
- die Aufbereitung von Dokumentationen und anderen Unterlagen für offensive Schritte und
- als Grundlage für Orientierungen
 - . über vorhandene und entstehende Schwerpunktbereiche sowie Angriffsrichtungen (Zielgruppen) der Tätigkeit der kriminellen Menschenhändlerbanden,
 - . über Ansatzpunkte zur Gewinnung von Ersthinweisen über Erscheinungen der Tätigkeit der kriminellen Menschenhändlerbanden,
 - . zur Verallgemeinerung guter Erfahrungen der politisch-operativen Arbeit

zu erfolgen.

Gegenstand der Arbeit mit dem ZFOV sind weiter

die Einordnung der Einzelfeststellungen in ihren politisch-operativen Zusammenhang und die dementsprechend richtige Entscheidung im Einzelfall, insbesondere bei kurzfristig bekannt werdenden Aktionen der kriminellen Menschenhändlerbanden sowie

die Berücksichtigung aller vorliegenden und die Umsetzung der neuesten Erkenntnisse in der Bearbeitung Operativer Vorgänge durch deren Vermittlung auf dem Weg der Anleitung und Unterstützung.

Der ZFOV ist ein wichtiges Mittel zur Gewährleistung der ständigen Übersicht über Stand und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur Aufklärung und Bekämpfung der Banden, über die Realisierung der Operationspläne sowie über neue Erfordernisse, Ansatzpunkte und Möglichkeiten und deren Umsetzung in konkrete politisch-operative Maßnahmen.

Im ZFOV erfolgt die Planung und Organisierung offensiver Maßnahmen zur Isolierung und Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden, zur Entlarvung der Hintergründe des staatsfeindlichen Menschenhandels und zur Forcierung von Widersprüchen und Differenzierungsprozessen, die über die Verantwortung der Dienstseinheiten hinausgehen, welche Zentrale Operative Vorgänge (ZOV) führen.

Die unmittelbare Planung und Realisierung von Maßnahmen zur Aufklärung und offensiven Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden, die sich auf mehrere ZOV bzw. Operative Vorgänge (OV) erstrecken, erfolgt ebenfalls im ZFOV.

Der ZFOV besteht aus fünf Teilen

- | | |
|----------|--|
| Teil I | Analytische Werte und Erkenntnisse |
| Teil II | Konzeptionen und Pläne zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden, ihrer Inspiratoren und Hintermänner |
| Teil III | Erfassung, Vergleichsarbeit, Auskunftsmittel |
| Teil IV | Orientierungen und Informationen |
| Teil V | Dokumentationen und offiziell verwertbare Unterlagen |

Teil I: Analytische Werte und Erkenntnisse

I/1: Pläne und Absichten des Gegners, insbesondere entspannungsfeindlicher Kräfte, zur gegenwärtigen und zukünftigen Anwendung des staatsfeindlichen Menschenhandels im Kampf gegen die DDR und andere sozialistische Länder, zur Nutzung und Einbeziehung der kriminellen Menschenhändlerbanden, die unter Verwertung und Verallgemeinerung inoffizieller und offizieller Informationen erkannt werden;

Erkenntnisse zur Stellung anderer nichtsozialistischer Länder und internationaler Organisationen gegenüber der Tätigkeit krimineller Menschenhändlerbanden und damit im Zusammenhang stehende völkerrechtliche und politische Probleme;

Erkenntnisse aus den Differenzierungsprozessen in und zwischen den imperialistischen Staaten, die für den Kampf gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden nutzbar sind;

Rolle, Funktion und Aktivitäten staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen in der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin im Rahmen des staatsfeindlichen Menschenhandels, besonders Erkenntnisse über die Rolle von Geheimdiensten, Polizei- und Zollbehörden, sonstigen Behörden, politischen Parteien, Organisationen und Institutionen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen, Verbänden und Gruppen, kirchlichen Institutionen, Zentren der politisch-ideologischen Diversion und anderen feindlichen Zentren bei der Organisierung, Unterstützung und Duldung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR;

Einschätzungen über Angriffsrichtungen, Hintergründe und Tendenzen der Tätigkeit gegnerischer Massenmedien in bezug auf den staatsfeindlichen Menschenhandel und das ungesetzliche Verlassen der DDR;

BStU

000138

Hinweise und Einschätzungen über zu erwartende Angriffsrichtungen des staatsfeindlichen Menschenhandels, die sich aus ökonomischen und sozialen Vorgängen in der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, vor allem aus der Arbeitskräftesituation, ergeben.

Hinweise und Einschätzungen zu Kriminalitätserscheinungen und wissenschaftlich-technischen Entwicklungen, die für die Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels bedeutsam sind oder werden können;

Verfahrensweisen und Verhalten staatlicher und gesellschaftlicher Organe und Einrichtungen in der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin gegenüber ausgeschleusten Personen.

I/2: Erkenntnisse zu kriminellen Menschenhändlerbanden, ihren Hintermännern und Inspiratoren

Einschätzungen zur Gesamtentwicklung der kriminellen Menschenhändlerbanden und des staatsfeindlichen Menschenhandels

- Übersicht über Herausbildung, Abgrenzung, Verflechtungen, Zusammenwirken, unterschiedliche Intensität, Tendenzen der Entwicklung von Struktur, Arbeitsweise und Arbeitsteilung der kriminellen Menschenhändlerbanden
- Charakteristik des Wirkens der kriminellen Menschenhändlerbanden im Operationsgebiet unter Herausarbeitung neuer Entwicklungstendenzen und Pläne sowie spezifischer Besonderheiten der einzelnen kriminellen Menschenhändlerbanden

- Methoden und Schwerpunkte der Werbung; Merkmale des einbezogenen Personenkreises (sozial, territorial)
 - Methoden und Hauptrichtungen der Suche nach Personen, die an Schleusungen interessiert sind, und Zusammenwirken mit diesen "Auftraggebern"; Rolle von Rückverbindungen
 - Maßnahmen der Absicherung
 - Methoden und Hauptwege der Herstellung, Beschaffung und Unterbringung von Hilfsmitteln
 - Anwendung besonders gefährlicher Praktiken; sonstige Feststellungen über Verstöße der kriminellen Menschenhändlerbanden gegen die Rechtsnormen der nichtsozialistischen Staaten, auf deren Territorium sie wirken.
- Charakteristik der Methodik der kriminellen Menschenhändlerbanden bei Operationen auf dem Territorium der DDR und anderer sozialistischer Staaten unter Herausarbeitung der Schwerpunktbereiche und Tendenzen sowie der Pläne und spezifischen Besonderheiten einzelner krimineller Menschenhändlerbanden
- Verbindungssystem, Mittel und Methoden der Tarnung,
 - Möglichkeiten und Merkmale zur Erkennung derselben
 - Mittel und Methoden beim Zusammenwirken eingesetzter Schleusungskräfte
 - Erkenntnisse zu besonderen Maßnahmen der Absicherung, Täuschung und Provokation
 - Analyse der Schleusungsrouten, Aufnahmeorte, Zeitpunkte, benutzten GÜST

EstU

000140

. Übersicht zu Verletzungen des Völkerrechts.

I/3: Analyse der einzelnen kriminellen Menschenhändlerbanden

Bandenmitglieder, Struktur der kriminellen Menschenhändlerbanden, Stützpunkte, einbezogene Personen, Beziehungen der kriminellen Menschenhändlerbanden zu anderen Organen, zu Kfz.-Werkstätten, Autoverleih, Charakteristik der Arbeitsweise

I/4: Einschätzung zur Bestimmung der Zielgruppen des staatsfeindlichen Menschenhandels

Vorhandene und sich herausbildende Schwerpunktbereiche

I/5: Unbekannte Schleusungswege und Grenzübertrittorte, Analyse des erfolgten UV einschließlich Schleusungen. Territoriale, personelle und zeitliche Konzentrationen und Zusammenhänge

I/6: Schleuser ohne Verbindungen zu kriminellen Menschenhändlerbanden, Analyse bisheriger Schleusungen (einmalig - mehrmalig), Feststellung von Analogien zu kriminellen Menschenhändlerbanden, Verbindungen dieser Schleuser untereinander, zu anderen Personen, Tendenzen der Entwicklung zu kriminellen Menschenhändlerbanden

I/7: Möglichkeiten für politisch-aktive und operative Maßnahmen im Kampf gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden einschließlich Einschätzungen zu politischen, rechtlichen und sonstigen Möglichkeiten, Kräften und Vorgängen in der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, die im Kampf gegen den staats-

feindlichen Menschenhandel differenziert genutzt werden könnten oder dabei zu beachten sind.

Teil II: Konzeptionen und Pläne zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden, ihrer Inspiratoren und Hintermänner

- II/1: Darlegungen der Gesamtkonzeption zur Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden mit der Gesamtübersicht der zu bearbeitenden Objekte und deren Zuordnung zu Zentralen Operativen Vorgängen, Teilvorgängen und Operativen Vorgängen
- II/2: Übersicht zu
- Zentralen Operativen Vorgängen (ZOV) zur Bearbeitung der jeweiligen kriminellen Menschenhändlerbande
 - Teilvorgänge (TV) zur Bearbeitung von Teilgruppen, Splittergruppen, Stützpunkten der kriminellen Menschenhändlerbanden
 - Operativen Vorgängen (OV)
- II/3: Bestandsaufnahme der operativen Kräfte
- II/4: Möglichkeiten und Ansatzpunkte für die Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden sowie deren Zuordnung zu den entsprechenden Operativen Vorgängen
- II/5: Bisherige Aktivitäten gegen kriminelle Menschenhändlerbanden, Wirksamkeit der politischen und operativen Handlungen, Ursachen für Erfolge und Mißer-

folge, Erkenntnisse zu eingesetzten bzw. angewandten politisch-operativen Kräften, Mitteln und Methoden, besonders zum IM-Einsatz, Übersicht über festgenommene Mitglieder von kriminellen Menschenhändlerbanden, Übersicht über nicht mehr einsetzbare IM, die in kriminellen Menschenhändlerbanden tätig waren

II/6: Operationspläne zur zentralen Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels, die von der ZKG und durch Koordinierung der Bearbeitung mehrerer Zentralen Operativen Vorgänge und durch Maßnahmen verschiedener Dienststeinheiten zu realisieren sind;

Operationspläne zur Bearbeitung von Zentralen Operativen Vorgängen und Teilvorgängen sowie zur Bearbeitung der unter Anleitung und Kontrolle der ZKG stehenden Operativen Vorgänge;

Übersicht zum Stand der Realisierung der Operationspläne, Einschätzung der erreichten Ergebnisse.

Teil III: Erfassung, Vergleichsarbeit, Auskunftsmittel

In diesem Teil des ZFOV hat eine einheitliche Erfassung aller operativ erforderlichen Daten zu erfolgen. Damit ist eine ständige Auskunftsbereitschaft der ZKG, eine schnelle Einordnung von Einzelfeststellungen in die operativ bekannten Zusammenhänge und Bearbeitungskonzeptionen als Grundlage richtiger Entscheidungen und eine zielstrebige Verdichtung und ständige Abberufbarkeit der vorhandenen Erkenntnisse zu kriminellen Menschenhändlerbanden, Personen, Objekten und Aktivitäten zu gewährleisten;

BStU

000143

- 142 -

Zu erfassen sind

Erkannte Hintermänner und Inspiratoren

Kriminelle Menschenhändlerbanden und deren Angehörige,
Werber, Kuriere, Auftraggeber u. a.

Andere Verbindungen der kriminellen Menschenhändlerbanden, Stützpunkte, Anlaufstellen, Deckadressen und Decktelefone, Wohnobjekte und Tarnfirmen, Autowerkstätten, Autovermietungen und Tankstellen;

Fälscher und deren Werkstätten;

geschleuste Personen, Rückverbindungen geschleuster Personen

Schleuser ohne Verbindungen zu kriminellen Menschenhändlerbanden

Bekannte und unbekannte Schleusungswege bzw. unbekannte Grenzübertrittsorte

Tatmittel wie Kfz., Pässe u. dgl.

Schleusungsaktionen, Kuriereinsätze und andere Aktivitäten der kriminellen Menschenhändlerbanden

Personen, die abgeworben sowie Personen, die geschleust werden sollen oder wollen

Vorhandene IM, Perspektiv-IM, IM-Kandidaten und deren Einsatzmöglichkeiten, wozu beim Leiter der ZKG eine gesonderte Übersicht geführt wird.

Als Bestandteil dieses Teils des ZFOV ist eine Fotokartei zu Organisatoren und Angehörigen krimineller Menschenhändlerbanden, wichtigen Objekten und Tatmitteln zu führen und für die operative Arbeit nutzbar zu machen.

ESStU
000144

Teil IV: Orientierungen und Informationen

- IV/1: Verdichtete Informationen zur Vorbereitung von Orientierungen, Planvorgaben und anderen zentralen Entscheidungen
- IV/2: Informationen an Partei und Regierung zu offensiven politischen Maßnahmen, wie z. B. aufbereitetes Material für die Transitkommission
- IV/3: Informationen zur Orientierung und Anleitung der operativen Dienstseinheiten
- IV/4: Informationen an Sicherheitsorgane der befreundeten sozialistischen Länder
- IV/5: Zentrale Informationen an die Organe des Zusammenwirkens und andere staatliche Organe und Einrichtungen

Teil V: Dokumentationen und offiziell verwertbare Unterlagen

Dokumentationen zu Schleusungsaktionen, Mißbrauchshandlungen auf den Transitwegen, besonders kriminellen und menschenfeindlichen Praktiken der Menschenhändlerbanden und besonders gefährlichen Tatmitteln

Dokumentationen, die zur Öffentlichkeitsarbeit gefertigt wurden

Beweismittel und andere strafprozessuale Dokumente, die wesentliche Aussagen über die Verbrechen der kriminellen Menschenhändlerbanden sowie deren Hintergründe und Zusammenhänge beinhalten

5.2.2. Die einzelnen kriminellen Menschenhändlerbanden sind in
Zentralen Operativen Vorgängen (ZOV)

konzentriert und wirksam auf der Grundlage von Operativplänen unter Anleitung und Koordinierung sowie mit Unterstützung durch die ZKG jeweils durch die Haupt-/selbst. Abteilungen bzw. Bezirksverwaltungen/Verwaltungen mit dem Ziel ihrer offensiven Bekämpfung und Zerschlagung zu bearbeiten, die dafür über die besten Voraussetzungen verfügt und damit beauftragt wurde.

Die Funktion der Zentralen Operativen Vorgänge entspricht in bezug auf die einzelnen kriminellen Menschenhändlerbanden der Funktion des ZFOV für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden insgesamt. Mit der Bearbeitung der Zentralen Operativen Vorgänge sind vor allem

- die Aufklärung der Zusammensetzung, der Pläne, der Verbindungen und der Arbeitsweise der jeweiligen kriminellen Menschenhändlerbande und die Beweisführung zur Rechtswidrigkeit ihrer Existenz und verbrecherischen Tätigkeit und
- die schwerpunktmäßige Gewinnung und Verdichtung von Informationen und Beweisen zu den Organisatoren und Angehörigen der kriminellen Menschenhändlerbande

durch einheitliche Ausrichtung der Bearbeitung aller Teilvorgänge auf die Erfordernisse der Bekämpfung, Zersetzung und Zerschlagung dieser kriminellen Menschenhändlerbande zu sichern, die Maßnahmen gegen diese in die Gesamtkonzeption des ZFOV einzuordnen und alle sich dazu bietenden Möglichkeiten und Ansatzpunkte in Abstimmung mit der ZKG zu nutzen.

Die operativen Diensteinheiten, die Zentralen Operativen Vorgänge bearbeiten, sind zur Koordinierung der Bearbeitung aller Teilvorgänge verpflichtet.

EstU

090146

- 145 -

VVS MfS 008-40/76

Entscheidungen zum Anlegen von Zentralen Operativen Vorgängen und Teilvorgängen werden durch den 1. Stellvertreter des Ministers getroffen. Die entsprechenden Unterlagen sind über die ZKG einzureichen.

Zentrale Operative Vorgänge sind anzulegen wenn:

- der Verdacht auf fortgesetztes bandenmäßiges Vorgehen zur Ausschleusung von Bürgern der DDR und anderer sozialistischer Länder vorliegt, und die beteiligten Personen keiner anderen in Zentralen Operativen Vorgängen bearbeiteten kriminellen Menschenhändler zuzuordnen sind;
- die beantragende Diensteinheit über Möglichkeiten und Voraussetzungen zur operativen Bearbeitung verfügt;
- die Bearbeitung des beteiligten Personenkreises in mehr als einem Operativen bzw. Teilvorgang erfolgt und eine Koordinierung der Bearbeitung dieser Operativen Vorgänge erforderlich ist.

Wird von Mitgliedern einer kriminellen Menschenhändlerbande, die in einem Zentralen Operativen Vorgang operativ bearbeitet wird, eine selbständige kriminelle Menschenhändlerbande gebildet, ist in Abstimmung mit der bisher bearbeitenden Diensteinheit über das Anlegen eines gesonderten Zentralen Operativen Vorganges zu entscheiden.

Bei kriminellen Menschenhändlerbanden mit relativ selbständigen Splittergruppen können Teilvorgänge zur Bearbeitung dieser Gruppen geführt werden. Für das Anlegen von weiteren Teilvorgängen zu bereits bestehenden Zentralen Operativen Vorgängen ist die Zustimmung der ZKG erforderlich.

Die Weiterbearbeitung solcher Personen, die aus einer kriminellen Menschenhändlerbande ausscheiden und in einer anderen aktiv mitwirken, erfolgt - sofern die Verantwortung hierbei durch eine andere Dienstseinheit wahrgenommen werden muß - auf der Grundlage von Festlegungen der ZKG. Die Bearbeitung der jeweiligen kriminellen Menschenhändlerbande erfolgt auf der Grundlage von der ZKG bestätigter und mit der Gesamtkonzeption der Bekämpfung der Menschenhändlerbanden abgestimmter Operativpläne.

5.2.3. Personen, die verdächtig sind

- kriminellen Menschenhändlerbanden anzugehören (leitende Mitarbeiter, Schleuser, Tipper, Zuführer, Sicherungsfahrer, Kuriere, Auftraggeber, Stützpunkte und sonstige Helfer)
- Verbindungen zu kriminellen Menschenhändlerbanden zu unterhalten
- Schleusungen durchzuführen, ohne einer kriminellen Menschenhändlerbande anzugehören, Methoden der kriminellen Menschenhändlerbanden anzuwenden oder aus feindlicher Zielstellung zu handeln
- zu feindlichen Dienststellen, staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen und Massenkommunikationsmitteln in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin oder zu ausländischen Vertretungen, deren Mitarbeitern oder anderen bevorrechteten Personen mit dem Ziel, eine Ausschleusung zu erwirken, Verbindung aufgenommen zu haben sowie
- unbekannte Täter, die Schleusungen vorbereiten oder durchführen (z. B. Hinweise auf Tunnelbauten oder andere Schleusungswege)

ESTU
000148

sind - soweit ein Zusammenhang mit einer bereits in einem Zentralen Operativen Vorgang bearbeiteten kriminellen Menschenhändlerbande gegeben ist -

in einem Teilvorgang

und wenn ein derartiger Zusammenhang nicht oder noch nicht erkennbar ist -

in einem Operativen Vorgang

zu bearbeiten.

Die Leiter der operativen Dienstseinheiten, die Teilvorgänge bearbeiten, sind verpflichtet, alle Operativpläne und alle operativ bedeutsamen Maßnahmen zur Bearbeitung der Teilvorgänge von den Leitern der für die Zentralen Operativen Vorgänge verantwortlichen operativen Dienstseinheiten bestätigen zu lassen.

Die Operativpläne der Operativen Vorgänge sind zur Bestätigung an die ZKG bzw. in den Bezirksverwaltungen/Verwaltungen an die BKG zu übergeben.

Ergibt sich in der Bearbeitung Operativer Vorgänge ein enger Zusammenhang zu einer in einem Zentralen Operativen Vorgang bearbeiteten kriminellen Menschenhändlerbande, ist der Operative Vorgang in einem Teilvorgang zum betreffenden Zentralen Operativen Vorgang umzuregistrieren.

Operativvorgänge sind auch anzulegen und zu bearbeiten bei Verdacht auf ungesetzliches Verlassen der DDR ohne Verbindungen zu kriminellen Menschenhändlerbanden, insbesondere wenn

- Hinweise auf Geiselnahme, erpresserische Gewaltandrohung, Luftpiraterie und andere Gewaltakte oder öffentlichkeitswirksame Provokationen vorliegen,
- eine verfestigte feindliche Einstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR tragendes Motiv ist,

BStU

000149

- 148 -

- in der Vergangenheit bereits Versuche des ungesetzlichen Verlassens der DDR unternommen wurden oder Vorstrafen gemäß §§ 100, 101, 105, 107, 213 und 132 StGB vorliegen,
- die Straftat von Personen vorbereitet wird, die Geheimnisträger sind oder deren politisch-operativ bedeutsame Stellung, Kenntnisse oder Verbindungen zu Angriffen gegen die DDR ausgenutzt werden können,
- Hinweise auf die Mitwirkung von Ausländern bei der Verwirklichung der Straftat vorliegen.

Die Entwicklung, die Bearbeitung und der Abschluß von Operativen Vorgängen zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden und zum Erkennen und Verhindern des ungesetzlichen Verlassens der DDR hat gemäß der Richtlinie über die Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge zu erfolgen.

Der zielstrebigem Entwicklung Operativer Vorgänge ist eine frühzeitige Zusammenführung, Analysierung und politisch-operative sowie strafrechtliche Wertung operativer Informationen aus den erkannten Schwerpunktbereichen und zu den gegnerischen Zielgruppen zugrundezulegen.

Vor Anlegen eines Operativen Vorganges ist grundsätzlich zu prüfen,

welche Sofortmaßnahmen zur Verhinderung des erkannten Angriffs erforderlich sind,

welche Möglichkeiten zur vorbeugenden Verhinderung durch Vorbeugungsgespräche oder andere Maßnahmen bestehen,

welche Ansatzpunkte für eine Nutzung zur offensiven Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden bestehen.

StU

000150

Die Informationsgewinnung und Beweisführung ist tatbestandsbezogen zu gestalten. Alle Möglichkeiten zur Sicherung von Beweisen entsprechend den strafprozessualen Anforderungen sind voll auszuschöpfen.

Das erfordert die Nutzung der Möglichkeiten aller operativen und operativ-technischen Diensteinheiten.

Der Tatbestand des staatsfeindlichen Menschenhandels (§ 105 StGB) erfordert den Nachweis

der Zugehörigkeit oder des Mitwirkens in einer kriminellen Menschenhändlerbande, insbesondere durch Organisation von Schleusungen, Tätigkeit als Tipper, Abwerber, Kurier, Fahrer eines Schleusungsfahrzeuges, Fahrer eines Sicherungsfahrzeuges, Zubringer, Treffquartier oder Stützpunkt, Bereitstellung und Umbauen von Kraftfahrzeugen, Erkundung von Schleusungsmöglichkeiten, Beschaffung, Verfälschung und Fälschung von Grenzübertrittsdokumenten einschließlich Zollverschlußanerkennnis, Plomben usw.

oder

des Zusammenschlusses von Personen zur Durchführung von Schleusungen zum Zwecke des kriminellen Gelderwerbs

oder

der Abwerbung, auch durch Einzelpersonen, mit dem Ziel, die DDR zu schädigen

oder

der Abwerbung oder Verschleppung oder Ausschleusung im Auftrag von Organisationen, Einrichtungen oder Personen, die nachweislich einen Kampf gegen die DDR im Sinne der zutreffenden gesetzlichen Tatbestände führen

BStU

000151

- 150 -

oder

der Abwerbung und Verschleppung oder Schleusung durch Einzelpersonen zum Zwecke des kriminellen Gelderwerbs.

Der Tatbestand der staatsfeindlichen Verbindungen (§ 100 StGB) erfordert im Zusammenhang mit dem staatsfeindlichen Menschenhandel den Nachweis der Aufnahme einer Verbindung zu einer kriminellen Menschenhändlerbande oder einer anderen vom Tatbestand erfaßten Organisation, Einrichtung, Gruppe oder Person wegen deren Tätigkeit, unabhängig davon, ob die eigene Ausschleusung oder die dritter Personen angestrebt wird. Die Verbindungsaufnahme kann persönlich, telefonisch, schriftlich oder über dritte Personen erfolgen. Dabei ist der Nachweis zu führen, daß es sich bei dem Verbindungspartner um eine kriminelle Menschenhändlerbande oder einen Angehörigen derselben oder um andere feindliche Kräfte im Sinne des Tatbestandes handelt.

Bei Personen, die zum Zwecke ihrer eigenen Ausschleusung mit kriminellen Menschenhändlerbanden oder anderen feindlichen Kräften in Verbindung treten, ist der Nachweis der tateinheitlichen Verwirklichung des § 213 StGB zu führen. Die Beweisführung zum ungesetzlichen Verlassen der DDR (§ 213 StGB) und zur Schaffung von Voraussetzungen oder Bedingungen zur Begehung der Straftat ist auf strafrechtlich relevante Handlungen zu konzentrieren. Entsprechend der konkreten Situation im Operativen Vorgang ist grundsätzlich die Verletzung anderer Strafnormen zu prüfen und gegebenenfalls zu beweisen. Das betrifft insbesondere Landesverratsdelikte im Hinblick auf die Sammlung von Informationen zum Zwecke der Auslieferung nach erfolgter Ausschleusung, die Begehung anderer Staatsverbrechen zwecks Anerkennung als sogenannter politischer Flüchtling und Terror beim Vorliegen von Hinweisen auf Gewaltakte.

Ebenso sind Hinweise auf die Verletzung von Strafnormen außerhalb des 2. Kapitels des StGB sorgfältig zu verfolgen, z. B. Urkundenfälschung, Zoll- und Devisenverstöße.

Die tatbestandsbezogene Informationsgewinnung schließt den Nachweis der Schuld unter Berücksichtigung ihrer differenzierten inhaltlichen Ausgestaltung ein.

Die unterschiedliche Intensität und Gesellschaftsgefährlichkeit des Tatbeitrages beteiligter Personen ist herauszuarbeiten.

Die Beweisführung muß auf die gesamte Breite möglicher strafprozessualer Beweise orientiert sein, vom Zeugenbeweis, dem Sachbeweis, der Sicherung der verschiedensten Spuren, der Dokumentierung der Ein- und Durchreisetätigkeit, der Fotodokumentation der Trefftätigkeit, der legalisierten Dokumentation von Telefongesprächen und Beschlagnahme von Postsendungen bis zur Ausschöpfung generischer Veröffentlichungen über die Tätigkeit der kriminellen Menschenhändlerbanden und die Zielgruppen der Abwerbung.

- 5.2.4. Die Sicherung und das Herauslösen von IM ist eine erst-rangige politisch-operative Aufgabe während der gesamten Bearbeitung Operativer Vorgänge sowie der Einleitung von Maßnahmen zur Abwehr und Verhinderung kurzfristig bekanntgewordener Aktionen krimineller Menschenhändlerbanden.

Die Spezifik der Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden verlangt, dieser Aufgabe außerordentliche Bedeutung beizumessen wegen

- des kriminellen Charakters der Menschenhändlerbanden, der Flexibilität des Personalbestandes und der Möglichkeiten ihrer Manipulation durch entspannungsfeindliche Kräfte, insbesondere zur ständigen Verletzung völkerrechtlicher Bestimmungen,

- der Verbindungen der kriminellen Menschenhändlerbanden zu imperialistischen Geheimdiensten und Abwehrorganen sowie ihrer verstärkten Konspiration und inneren Absicherung,
- der ständigen Gefahr der Ausweitung von Aktionen der kriminellen Menschenhändlerbanden zu politischen Provokationen und den damit im Zusammenhang stehenden schädlichen Folgen einer Dekonspiration,
- der den Aktivitäten der kriminellen Menschenhändlerbanden in zunehmendem Maße innewohnenden Tendenz der Gewaltanwendung auch gegenüber eigenen Mitgliedern und anderen einbezogenen Personen,
- der zeitlich dichten Folge einzelner Handlungsabläufe, verbunden mit der ständigen Konfrontation der IM mit neuen Fakten und überraschenden Informationen über Schleusungsaktionen und der daraus folgenden Notwendigkeit selbständiger Entscheidungen und Reaktionen der IM.

Die IM sind zu orientieren auf

- die ständige Suche nach Hinweisen und Ansatzpunkten zur Kompromittierung anderer Mitglieder der kriminellen Menschenhändlerbande, zur Desinformierung und Ablenkung jedes Verdachtes der Zusammenarbeit mit dem MfS von der Person des IM,
- das Erkennen und Ausnutzen von Mängeln und organisatorischen Unzulänglichkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen,
- die sichere und glaubhafte Legendierung jedes Verhaltens, jeder Handlung und Unterlassung,

- das Zurückhalten von Informationen über die eigene Person gegenüber am staatsfeindlichen Menschenhandel beteiligten und auszuschleusenden Personen zur Verhinderung seiner Identifizierung,
- die Beeinflussung der Planung und Vorbereitung von Schleusungen unter Wahrung ihrer Konspiration.

Der IM ist so zu führen, daß er seinen Einfluß in der kriminellen Menschenhändlerbande nutzt, um seinen eigenen Tatbeitrag möglichst gering zu halten und eine Verwicklung in konspirationsgefährdende Situationen zu vermeiden sowie solche Ansatzpunkte für Festnahmekombinationen zu erarbeiten, die den Verdacht auf andere Mitglieder der kriminellen Menschenhändlerbande lenken, und damit das Vertrauen des Gegners zum IM zu festigen.

Die Sicherung und das qualifizierte Herauslösen von IM erfordert die frühzeitige Abstimmung mit den an der Bearbeitung des Operativen Vorganges beteiligten Dienststeinheiten. Bereits bei der Einführung von IM in die Bearbeitung des Operativen Vorgangs ist perspektivisch deren Herauslösen einzuplanen und insbesondere zu sichern, daß von ihnen keine wesentlichen Initiativen bei der Organisation von Aktivitäten der kriminellen Menschenhändlerbande ausgelöst werden. Das taktische Vorgehen bei der Festnahme von Mitgliedern krimineller Menschenhändlerbanden im Ergebnis der Bearbeitung Operativer Vorgänge durch IM und bei kurzfristig bekanntgewordenen Schleusungsaktionen ist grundsätzlich so zu organisieren, daß

- durch die Festnahmesituation und das Entstehen einer eindeutigen Beweislage Rückschlüsse auf den IM verhindert werden und für die kriminellen Menschenhändlerbande andere Personen oder Umstände als Ursache für das Scheitern der Aktion in Frage kommen müssen
- der IM nicht in das Festnahmegeschehen einbezogen wird

- das Aussageverhalten der Täter günstig beeinflusst wird und optimale Voraussetzungen für das vernehmungstaktische Vorgehen entstehen.

Sowohl im Verlaufe eines Strafverfahrens als auch nach dessen Abschluß ist die Sicherung und Abdeckung des IM gegenüber allen am Strafverfahren beteiligten Personen, gegenüber der Öffentlichkeit und insbesondere gegenüber dem Gegner zu gewährleisten.

Das erfordert insbesondere,

- die Einbeziehung von IM in Strafverfahren, auch als Selbststeller, Anzeigerstatter und Zeugen, zu verhindern und die Vernehmungsführung so zu gestalten, daß die Konspiration von IM gewährleistet ist,
- durch Hervorhebung anderer Faktoren vom IM abzulenken,
- beim weiteren Einsatz von IM sorgfältig Veränderungen der politisch-operativen Lage im Operativen Vorgang zu berücksichtigen, die im Zusammenhang mit dem Strafverfahren entstanden sein können.

5.3. Die Gewährleistung der einheitlichen und zentralisierten Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels durch die ZKG und die Verantwortung vorgangsführender und anderer Dienstseinheiten des MFS

- 5.3.1. Die ZKG hat durch ihre orientierende, koordinierende und anleitende Tätigkeit die aufeinander abgestimmte operative Bearbeitung der einzelnen Zentralen Operativen Vorgänge, der Teilvorgänge und der Operativen Vorgänge mit dem ZFOV zu gewährleisten.

Die ZKG ist für die Bestimmung der politisch-operativen Schwerpunkte für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden verantwortlich.

Sie hat zu gewährleisten, daß der Hauptstoß gegen die Organisatoren, Inspiratoren und Hintermänner der Tätigkeit der kriminellen Menschenhändlerbanden gerichtet wird.

Sie bestimmt die kriminellen Menschenhändlerbanden, die vorrangig und mit besonderer Intensität zu bekämpfen sind.

Kriterien hierfür sind

- die Bedeutung der in der Bekämpfung der jeweiligen kriminellen Menschenhändlerbande zu erreichenden Ergebnisse für die Realisierung politischer Zielstellungen
- Umfang und Intensität ihrer Verbrechen
- Gefährlichkeit der von ihnen angewandten Methoden
- der durch ihr Wirken verursachte oder beabsichtigte politische, ökonomische und ideologische Schaden unter besonderer Berücksichtigung zielgerichteter Angriffe gegen politisch-operative Schwerpunktbereiche
- Charakter und Umfang ihrer Verbindungen zu entspannungsfeindlichen Kräften und ihre Stellung im Netz der kriminellen Menschenhändlerbanden.

Die ZKG hat die Gesamtkonzeption zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden ständig zu ergänzen und zu präzisieren.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der ZKG zur Durchsetzung dieser Konzeption stehen vor allem:

- die abgestimmte und einheitliche Ausrichtung des Einsatzes der IM,
- der rationellste, effektivste und offensive Einsatz der IM,

- die zielgerichtete Suche und Aufbereitung von Ansatzpunkten für die Werbung, die Einführung und den Einsatz der IM, zielgerichtete Blickfeldarbeit mit IM, die Zersetzung, die Durchführung operativer Spiele und anderer spezifischen Methoden der Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden,
- die Gewährleistung der Sicherheit der IM und ihr Herauslösen aus den kriminellen Menschenhändlerbanden beziehungsweise der Bearbeitung Operativer Vorgänge,
- die abgestimmte Anwendung operativer Legenden und operativer Kombinationen,
- die effektive Informationsgewinnung im Interesse der gesamten Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden und zur Durchsetzung politischer Zielstellungen,
- die effektive Nutzung operativer Mittel und Möglichkeiten, auch im sozialistischen Ausland und unter Einbeziehung der Sicherheitsorgane der befreundeten sozialistischen Staaten,
- die Verhinderung von Schleusungen, insbesondere von terroristischen Anschlägen und Provokationen,
- das rechtzeitige Erkennen neuer Zielgruppen des Gegners neuer Mittel und Methoden der kriminellen Menschenhändlerbanden,
- die Entwicklung neuer Operativer Vorgänge zur Sicherung politisch-operativer Schwerpunktbereiche, vor Angriffen krimineller Menschenhändlerbanden,
- die Beseitigung begünstigender Bedingungen und Umstände, und die Durchführung anderer vorbeugender Aktivitäten,

- die Gewährleistung effektiver, gesellschaftlich wirksamer Abschlüsse Operativer Vorgänge.

Die ZKG realisiert diese Aufgaben durch

- Koordinierung des Vorgehens der operativen Dienst-einheiten
- Abstimmen der Operations- bzw. Operativpläne untereinander und mit der Konzeption zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden
- Koordinierung des Einsatzes der operativen Kräfte Mittel und Methoden
- eigene politisch-operative Maßnahmen im Rahmen der selbständigen Bearbeitung von Zentralen Operativen Vorgängen, Teilvorgängen und Operativen Vorgängen sowie zur Unterstützung anderer operativer Dienst-einheiten. Das beinhaltet vor allem die Führung einzelner wichtiger IM, besonders solcher, die zur Bearbeitung mehrerer krimineller Menschenhändlerbanden einsetzbar sind, Teilnahme an Treffs sowie andere Aktivitäten, besonders zur Durchführung operativer Kombinationen
- unmittelbare Anleitung durch Beratung mit den Leitern und Mitarbeitern der operativen Dienst-einheiten, die Zentralen Operativen Vorgänge, Teilvorgänge und Operativen Vorgänge entwickeln und bearbeiten
- die rechtzeitige Koordinierung mit den Dienst-einheiten der Linien VI, VIII, IX und anderen Dienst-einheiten, insbesondere bei der Vorbereitung von Festnahmen, zur Beweissicherung, zur Gewährleistung des Herauslösens der IM, zur demonstrativen Störung von Schleusungsvorhaben.

Die ZKG ist verantwortlich für die ständige Verallgemeinerung der im analytischen Teil des ZFOV zu erfassenden neuen Erkenntnisse zu den kriminellen Menschenhändlerbanden, ihren Hintermännern und Inspiratoren, den Angriffsrichtungen (Zielgruppen), Schleusungswegen, Mitteln und Methoden und ihr Herantragen an die anderen Dienstseinheiten als Grundlage für deren politisch-operativen Arbeit. Das erfordert vor allem die zentralen Erkenntnisse aus der Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden und die Erkenntnisse der operativen Dienstseinheiten, die Zentrale Operative Vorgänge bearbeiten, zu verallgemeinern und auf dieser Grundlage Orientierungen an alle operativen Dienstseinheiten sowie spezifizierte Informationen an die Dienstseinheiten zu geben, die Zentrale Operative Vorgänge, Teilvorgänge und Operative Vorgänge bearbeiten.

Die ZKG unterstützt die BKG bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Umsetzung zentraler Orientierungen für die Bestimmung und Sicherung von politisch-operativen Schwerpunktbereichen und Zielgruppen, die Erkennung, Einschätzung und Bearbeitung von Ersthinweisen sowie die Vorbeugung im Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen.

Die ZKG ist weiterhin dafür verantwortlich,

- daß die Operativpläne in den Zentralen Operativen Vorgängen, Teilvorgängen und Operativen Vorgängen den vermittelten neuen Erkenntnissen bei der Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden entsprechen und wirksame Maßnahmen enthalten, die zielstrebig realisiert werden,
- daß bei Feststellung unmittelbar bevorstehender Aktionen der kriminellen Menschenhändlerbanden die entsprechenden operativen Maßnahmen der Hauptabteilungen VI, VII, VIII, IX und der Abteilungen X, der Fahndungsführungsgruppe, der Abteilung XXII und anderer beteiligter Dienstseinheiten koordiniert und durchgeführt werden.

5.3.2. Die Leiter der Dienstseinheiten, die Zentrale Operative Vorgänge führen, sind für deren Bearbeitung voll verantwortlich.

Sie gewährleisten die Koordinierung der operativen Bearbeitung aller zu dem betreffenden Zentralen Operativen Vorgängen gehörenden Teilvorgängen auf der Grundlage der von der ZKG bestätigten Operativpläne zur Bekämpfung und Zerschlagung der betreffenden kriminellen Menschenhändlerbande.

Sie sind verantwortlich, die Operativpläne der Zentralen Operativen Vorgänge ständig zu aktualisieren und hierüber die ZKG zu informieren. Für den Einsatz der IM zur Bekämpfung der konkreten kriminellen Menschenhändlerbanden ist generell die Zustimmung der ZKG einzuholen.

Die Leiter der operativen Dienstseinheiten, die Zentrale Operative Vorgänge bearbeiten, sind weiterhin verantwortlich, verdichtete und operativ bedeutsame Einzelinformationen aus der Bearbeitung der Zentralen Operativen Vorgänge, Teilvorgänge der ZKG zu übergeben.

5.3.3. Die Leiter der operativen Dienstseinheiten, die einzelne Teilvorgänge führen, sind für deren operative Bearbeitung voll verantwortlich und haben die Bearbeitung dem Gesamtanliegen zu unterordnen und mit der für den Zentralen Operativen Vorgang verantwortlichen Dienstseinheit zusammenzuarbeiten.

Die Leiter der operativen Dienstseinheiten, die Operative Vorgänge zur Bekämpfung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels führen, sind für deren Bearbeitung voll verantwortlich, haben die Informationsflüsse an die ZKG bzw. BKG zu gewährleisten und mit dieser zusammenzuarbeiten.

5.3.4. Alle operativen Dienstseinheiten, auch jene, die keine Zentralen Operativen Vorgänge, Teilvorgänge oder Operativen

EstU

090161

- 160 -

Vorgänge zur Bekämpfung von kriminellen Menschenhändlerbanden führen, gewährleisten den Informationsfluß an die ZKG entsprechend den Festlegungen im Befehl Nr. 1/75.

Im Mittelpunkt dabei stehen

- Operative Meldungen gemäß Befehl Nr. 1/75
- Informationen zu Teil I und II des ZFOV, insbesondere Erkenntnisse aus der operativen Arbeit und offizielle Erkenntnisse zu den kriminellen Menschenhändlerbanden und deren Inspiratoren und Hintermänner sowie zu den genutzten oder möglichen begünstigenden Bedingungen und Umständen,
- Informationen zu Möglichkeiten und Ansatzpunkten für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden.

Ergibt sich in der operativen Bearbeitung von Personen und Sachverhalten, daß Zusammenhänge mit der Tätigkeit krimineller Menschenhändlerbanden bestehen können, ist die ZKG zu informieren und die weitere Bearbeitung mit ihr abzustimmen.

5.3.5. Alle Diensteinheiten haben operative Meldungen an die ZKG zu geben, wenn operative Hinweise

- auf bereits eingeleitete oder unmittelbar bevorstehende Aktionen von kriminellen Menschenhändlerbanden,
- auf die Teilnahme kontrollbefreiter oder anderweitig bevorrrechtigter Personen am staatsfeindlichen Menschenhandel,

- auf die Beteiligung von Armeemitgliedern der USA, Großbritanniens und Frankreichs am staatsfeindlichen Menschenhandel,
- auf die Beteiligung von Bürgern anderer sozialistischer Länder am staatsfeindlichen Menschenhandel,
- auf Geiselnahme, Flugzeugentführung, Gefährdung des Lebens von Angehörigen der Grenzsicherungskräfte und andere derartige Gewaltakte,
- auf feindlich-negative demonstrative Handlungen und andere Provokationen in Verbindung mit imperialistischen Massenmedien und anderen gegnerischen Einrichtungen,
- auf beabsichtigtes ungesetzliches Verlassen der DDR, deren Realisierung das internationale Ansehen der DDR erheblich schädigen oder andere schwerwiegende Folgen hervorrufen könnte,
- auf Dekonspiration der zur direkten Bekämpfung von kriminellen Menschenhändlerbanden eingesetzten IM oder einzelner Maßnahmen bzw. spezieller operativen Methoden des MfS

festgestellt werden.

5.4. Die Durchsetzung von Differenzierungsgrundsätzen bei der operativen Bearbeitung von Personen im Rahmen der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels

Zur Erreichung eines höchstmöglichen Effektes in der Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden ist ein differenziertes Vorgehen gegenüber den bearbeiteten Personen erforderlich.

Dieser Grundsatz ist bei der Erarbeitung von Ersthinweisen, bei OPK sowie in der Bearbeitung Operativer Vorgänge und in der Untersuchungsarbeit durchzusetzen.

Alle Entscheidungen und Maßnahmen sind so zu treffen, daß sich der Hauptstoß gegen die Organisatoren und Inspiratoren der Tätigkeit krimineller Menschenhändlerbanden und andere feindliche Kräfte richtet.

Das schließt die konsequente Anwendung des sozialistischen Rechts gegen die Inspiratoren und Organisatoren der Tätigkeit krimineller Menschenhändlerbanden und andere feindliche Personen ein und erfordert zugleich eine breite Ausnutzung aller sich aus dem sozialistischen Recht ergebenden Möglichkeiten differenzierter Entscheidungsfindung gegen solche Personen, die Opfer krimineller Machenschaften wurden und nicht wegen feindlicher Grundhaltung in die Verbrechen einbezogen wurden.

5.4.1. Grundlegende Voraussetzungen für die konsequente Durchsetzung differenzierter Maßnahmen in der Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden sind

- die umfassende und detaillierte Aufklärung der kriminellen Menschenhändlerbanden, ihrer Leiter und Mitglieder, Hintermänner und Verbindungspersonen, Stützpunkte und anderer feindlicher und negativer Kräfte sowie Mittel und Methoden ihrer Tätigkeit,
- die differenzierte Einschätzung von in den staatsfeindlichen Menschenhandel einbezogenen und abgeworbenen Personen und ihrer Handlungen,
- die ständige Suche, Schaffung und Aufbereitung von Ansatzpunkten und Möglichkeiten für die Einleitung wirksamer, differenzierter offensiver Maßnahmen.

Der Einsatz der IM und die Anwendung der politisch-operativen Mittel und Möglichkeiten sind zielstrebig auf die Schaffung

solcher Voraussetzungen zu orientieren. Dabei sind zu berücksichtigen:

- Persönlichkeitsbild der bearbeiteten Person,
- die Motive für ihre Mitwirkung, für die Eingliederung in die Tätigkeit der kriminellen Menschenhändlerbande, für ein ungesetzliches Verlassen der DDR,
- Stellung, Ansehen und Aufgaben innerhalb der kriminellen Menschenhändlerbande,
- Intensität und Gesellschaftsgefährlichkeit begangener Verbrechen und individuelle Schuld,
- die Beweislage,
- operativ relevante Verbindungen.

5.4.2. Die Leiter aller operativen Diensteinheiten haben mit hoher Qualität die ständige Suche, Auswahl und gründliche Aufklärung solcher Personen, die als IM geworben und zielstrebig in die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbande einbezogen werden können, vor allem unter folgenden Personenkreisen zu gewährleisten:

- Mitglieder von kriminellen Menschenhändlerbanden, die Opfer krimineller Machenschaften der Bandenchefs wurden und
 - . nicht wegen einer feindlichen Grundhaltung einbezogen wurden,
 - . auf Grund von Erwerbslosigkeit einbezogen wurden,
 - . aus persönlichen Gründen Kontakt zu einer kriminellen Menschenhändlerbande erhielten (z. B. Ausschleusung einer Bekannten),
 - . im Widerspruch zu den Praktiken des Bandenchefs oder leitender Mitglieder der kriminellen Menschenhändler-

ESTU

000165

- 164 -

- erbande stehen,
- . versprochene Zuwendungen und Leistungen nicht erhielten;
- Mitglieder von kriminellen Menschenhändlerbanden, die politisch-operativ bedeutsame Verbindungen haben zu
- . Verwandten in der DDR,
 - . Personen in anderen sozialistischen Staaten,
 - . Personen aus dem Operationsgebiet, die Beziehungen oder Bindungen in die DDR haben;
- Mitglieder von kriminellen Menschenhändlerbanden, deren Aufgaben Teilgebiete der Organisation von Aktionen umfassen, wie
- . Kuriere mit häufigen Einreisen in die DDR,
 - . Inhaber von Kfz-Umbau- Werkstätten und Auto-Verleih-Firmen oder deren Beschäftigte;
- Mitglieder von kriminellen Menschenhändlerbanden, deren Tatbeitrag und Schuld relativ gering sind;
- Personen, die Verbindungen zu kriminellen Menschenhändlerbanden oder zu einzelnen Mitgliedern auf der Grundlage geschäftlicher, beruflicher und sonstiger gemeinsamer Interessen haben, wie
- . Mitarbeiter von Leihwagenfirmen,
 - . Inhaber und Personal von Gaststätten, Pensionen, Massagesalons;
- Personen aus der DDR, die im Zusammenhang mit kriminellen Menschenhändlerbanden von politisch-operativem Interesse sind, wie

- . Personen aus Zielgruppen und Schwerpunktbereichen,
- . Personen, die von kriminellen Menschenhändlerbanden kontaktiert wurden, abgeworben werden sollen oder deren Ausschleusung geplant oder vorbereitet wird,
- . Personen, die wegen ihrer Vorstrafen für kriminelle Menschenhändlerbanden von Interesse sind,
- . Personen, die Verbindungen zu ausgeschleusten Personen haben oder anderweitig für die Blickfeldarbeit geeignet sind.

5.4.3. Bei Vorliegen der Voraussetzungen für den Abschluß Operativer Vorgänge ist ebenso wie bei Feststellung bisher unbekannter Personen auf frischer Tat stets zu prüfen, ob durch eine weiterführende operative Bearbeitung weiterreichende Ziele der Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden realisiert werden können, wie

- das Erkennen weiterer neuer Pläne und Absichten,
- weitere Mitglieder und Verbindungen der kriminellen Menschenhändlerbande und die Vervollständigung und Verdichtung dazu vorliegender Erkenntnisse,
- die Desinformation der kriminellen Menschenhändlerbande und Irreführung gegnerischer Abwehrorgane,
- die Anwendung operativer Kombinationen zur Schaffung wesentlicher Beweise gegen die kriminellen Menschenhändlerbande oder zur Einführung von IM.

Das erfordert geeignete Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle der operativ bearbeiteten Personen und zur Verhinderung von Schäden.

5.4.4. Die Leiter aller operativen Dienstseinheiten haben bei der Anwendung strafprozessualer Maßnahmen die strikte Einhaltung

ESTU

000167

- 166 -

der sozialistischen Gesetzlichkeit zu sichern und die volle Ausschöpfung aller sich aus der allseitigen Rechtsanwendung ergebenden Möglichkeiten zu gewährleisten.

Die vorläufige Festnahme von Mitgliedern krimineller Menschenhändlerbanden und anderen in deren Tätigkeit einbezogenen Personen setzt immer voraus, daß

- die strafprozessualen Anforderungen erfüllt sind,
- die Festnahme in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Bestimmungen, insbesondere dem Transitabkommen, der Vereinbarung über den Reise- und Besucherverkehr mit dem Senat von Westberlin und der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen erfolgt.

Festnahmen haben so zu erfolgen, daß eine maximale Wirkung bei den kriminellen Menschenhändlerbanden und deren Hintermännern erzielt wird und keine schädlichen politischen und politisch-operativen Auswirkungen eintreten können. Die Leiter aller beteiligten Dienstseinheiten haben deshalb eine sorgfältige und gewissenhafte Einschätzung der politisch-operativen Lage und des Standes der operativen Bearbeitung und der Beweisführung sowie die gewissenhafte Prüfung aller rechtlichen Voraussetzungen zu sichern.

Unter Berücksichtigung aller Umstände und Zusammenhänge sind vorläufige Festnahmen planmäßig und gezielt zu nutzen,

um

- Voraussetzungen für eine Werbung als IM oder eine anderweitige operative Nutzung zu schaffen,
- ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, Haftbefehl zu erwirken und die Untersuchung mit dem Ziel der Verurteilung abzuschließen,
- durch ihre Ausgestaltung als demonstrative/vorübergehende Maßnahme Voraussetzungen für eine Desorientierung der

kriminellen Menschenhändlerbande und deren Hintermänner zu schaffen und von eingesetzten IM abzulenken,

- Voraussetzungen für die Einleitung politisch-operativer, politischer und diplomatischer Offensivmaßnahmen zu schaffen.

Bei Entscheidungen über vorläufige Festnahmen von DDR-Bürgern, die mit kriminellen Menschenhändlerbanden in Zusammenhang stehen, ist vor allem bei Personen ohne feindliche oder verfestigte negative Grundeinstellung stets zu prüfen, ob

- im Interesse einer stärkeren gesellschaftlichen Wirksamkeit von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen abgesehen werden kann,
- eine operative Nutzung der betreffenden Personen als IM mit dem Ziel des Einsatzes zur Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden oder zur Lösung anderer politisch-operativer Aufgaben erfolgen kann,
- eine anderweitige Nutzung im Rahmen vorbeugender Maßnahmen gegen die Aktivitäten der kriminellen Menschenhändlerbanden bzw. das ungesetzliche Verlassen der DDR z. B. durch Einbeziehung in die Öffentlichkeitsarbeit, zweckmäßig ist,
- die Einleitung eines Ermittlungsverfahren ohne Haft zur Erreichung eines hohen Vorbeugungseffektes oder im Zusammenhang mit einer sofortigen oder perspektivischen operativen Nutzung geboten ist.

Ergibt die gründliche Prüfung und gewissenhafte Einschätzung aller Tatsachen, Umstände und Zusammenhänge, bei Personen, die im Zusammenhang mit kriminellen Menschenhändlerbanden stehen, daß

eine operative oder anderweitige Nutzung der Person nicht möglich ist und

eine demonstrative Wirkung auf die Person und deren Umgebung erzielt werden soll,

sind bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Festnahme auf der Grundlage eines Haftbefehls durchführen zu können. Die Durchführung von Befragungen Verdächtigter nach § 95 StPO im Zusammenhang mit der Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden hat grundsätzlich nur dann zu erfolgen, wenn

- die strafprozessualen Voraussetzungen vorliegen,
- alle anderen politisch-operativen Maßnahmen nicht zum vollständigen Nachweis des dringenden Tatverdachts führten und
- die Abwendung unmittelbarer Gefahren sowie die Verhinderung von Aktionen die Klärung des Sachverhalts zwingend erfordert und das nur durch eine Befragung möglich ist.

Befragungen Verdächtigter sind bei Vorliegen der strafprozessualen Voraussetzungen auch möglich, wenn

- im Zusammenhang mit der Verhinderung von Aktionen krimineller Menschenhändlerbanden Personen zugeführt oder an der Ausreise aus der DDR gehindert werden müssen,
- die Sicherheit von IM im Zusammenhang mit gezielter Desinformation der kriminellen Menschenhändlerbande und anderer feindlicher Kräfte zu gewährleisten ist,
- die Kompromittierung des Befragten zur Zersetzung der kriminellen Menschenhändlerbande und zur Ablenkung von IM beabsichtigt ist.

Bei der Entscheidung über eine Befragung Verdächtigter als Prüfungshandlung sind stets die sich aus einer möglichen Nichtbestätigung des Verdachts ergebenden Konsequenzen vorausschauend einzuschätzen und solche Vorkehrungen zu treffen, die politisch negative und schädliche Folgen ausschließen.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen

den Personen, deren operative Kontrolle und weitere operative Bearbeitung in der DDR oder in anderen sozialistischen Staaten nach einer Befragung realisierbar ist,

und

solchen Personen, die sich zeitweilig in der DDR aufhalten und deren Reaktionen nach erfolgter Ausreise nicht beeinflussbar und zu kontrollieren sind.

Während der Durchführung eines Ermittlungsverfahrens mit Haft sind die Voraussetzungen zu schaffen, die vom sozialistischen Recht vorgesehenen Sanktionen konsequent gegen Mitglieder krimineller Menschenhändlerbanden und andere Personen, die sich aus feindlicher Einstellung am staatsfeindlichen Menschenhandel beteiligen oder ausschleusen lassen wollen, anzuwenden. Ständig sind alle Möglichkeiten eines differenzierten Abschlusses des Ermittlungsverfahrens unter Anwendung der sich aus dem sozialistischen Recht ergebenden Möglichkeiten zu prüfen.

Bei Mitgliedern von kriminellen Menschenhändlerbanden und in deren Tätigkeit einbezogenen Personen ist zu prüfen, ob unverzüglich oder auf Perspektive eine operative Nutzung möglich ist. Die Einschätzung hat sich vor allem zu erstrecken auf

- ihr Gesamtverhalten, insbesondere ihr Aussageverhalten,

- 170 -

- die Motivation für ihre Teilnahme an Verbrechen,
- den Umfang ihrer Schuld, ihre Einstellung zur Straftat,
- die Möglichkeiten der Schaffung von Faustpfändern zur Bindung an das MfS,
- die operative Perspektive,
- die Möglichkeiten zur Wahrung der Konspiration und Sicherung der Legendierung.

Ausgehend davon ist die Einsetzbarkeit für

- die unmittelbare Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden im Operationsgebiet durch weiteres Eindringen,
- die Durchführung anderer operativer Aufgaben im Operationsgebiet im Zusammenhang mit der Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden,
- die Erstattung von Strafanzeigen, das Erheben von Zivilklagen oder die Einleitung anderer offizieller Maßnahmen gegen kriminelle Menschenhändlerbanden und einzelne Mitglieder,
- Maßnahmen der Desorientierung und Zersetzung der kriminellen Menschenhändlerbanden

zu prüfen.

Zur Realisierung solcher Einsatzmöglichkeiten kann

- die Einstellung des Ermittlungsverfahrens und die Haftentlassung,
- die Verurteilung zu einer unbedingten Freiheitsstrafe und die vorzeitige Haftentlassung

erfolgen.

Die Legendierung dieser Maßnahmen muß unter Berücksichtigung aller mit dem Strafverfahren verbundenen Umstände erfolgen.

Die Ergebnisse der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren sind zielstrebig in die Bearbeitung des ZFOV und der Zentralen Operative Vorgänge zur Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden einzuordnen.

Mit der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren ist insbesondere zu sichern:

- die ständige Vervollständigung der Erkenntnisse über die kriminellen Menschenhändlerbanden, deren Hintermänner, Pläne, Absichten, Mittel und Methoden;
- die systematische Suche von Ansatzpunkten und Möglichkeiten für die Einleitung differenzierter politisch-operativer Maßnahmen gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden;
- die Nutzung aller Möglichkeiten der Suche und Sicherung von Beweisen gegen die in Ermittlungsverfahren bearbeiteten Personen, gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden und deren Hintermänner sowie gegen andere feindlich tätige Personen;
- die zielstrebig Schaffung von Voraussetzungen, Untersuchungsergebnisse und Ergebnisse der operativen Arbeit durch juristische, publizistische, diplomatische und politisch-operative Maßnahmen zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden wirksam auszuwerten.

Im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren ist ständig zu prüfen, wie persönliche Interessen der am Ermittlungsverfahren beteiligten Personen und Bindungen Inhaftierter ausgenutzt und Verbindungen in das Operationsgebiet in die Maßnahmen zur Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden einbezogen werden können.

Das betrifft insbesondere die Ausnutzung von

- Personen, die als Zeugen vernommen werden,
- Angehörigen und Bekannten inhaftierter Personen, die sich im Operationsgebiet aufhalten oder politisch-operativ nutzbare Verbindungen in das Operationsgebiet unterhalten,
- Personen und Einrichtungen im Operationsgebiet, die durch Inhaftierte oder durch kriminelle Menschenhändlerbanden geschädigt wurden.

Die Möglichkeiten, die sich aus den Rechten Inhaftierter bezüglich der Verbindung zu

Rechtsanwälten und Notaren,
Mitarbeitern ausländischer Vertretungen und
Angehörigen und Bekannten

ergeben, sind ebenfalls voll zu nutzen.

Die politisch-operative Kontrolle und Bearbeitung im Strafvollzug befindlicher Personen ist zu orientieren auf

- die Unterstützung des Wiedereingliederungsprozesses wiedergutmachungsbereiter Strafgefangener und Untersuchungshäftlinge;
- die Suche, Auswahl und Vorbereitung von Personen zur perspektivischen Nutzung und die systematische Weiterführung der Vorbereitung bereits kontaktierter oder geworbener Personen für den Einsatz zur Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden;
- die Erarbeitung weiterer Erkenntnisse über kriminelle Menschenhändlerbanden sowie neuer Fakten, Zusammenhänge und Ansatzpunkte für deren Bekämpfung;

- die Fortsetzung der bereits während des Ermittlungsverfahrens eingeleiteten operativen Aktivitäten;
- die ständige Einschätzung des Gesamtverhaltens der Inhaftierten und die Aufklärung ihrer Verbindungen im Strafvollzug.

Die Entwicklung und Bearbeitung von Operativen Vorgängen gegen im Strafvollzug befindliche Personen hat zu erfolgen, wenn

- der Verdacht der Planung und Vorbereitung neuer Verbrechen in Richtung des staatsfeindlichen Menschenhandels erarbeitet wurde, oder
- in der Bearbeitung des Ermittlungsverfahrens nicht bewiesene strafbare Handlungen und wesentliche Tatumstände aufgeklärt werden müssen.

5.5. Die wirksame Erhöhung des Beitrages aller Dienststellen für die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet

Zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und zur Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden ist die volle Erschließung der operativen Basis des MfS in der DDR und im Operationsgebiet unerlässlich.

Im Mittelpunkt haben dabei zu stehen:

- die umfassende Nutzung der vorhandenen IM und GMS und deren Verbindungen für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden und deren Hintermänner, besonders zum Aufdecken von kriminellen Menschenhändlerbanden, ihrer Verbindungen und Angehörigen im Rahmen aller operativen Prozesse

BSIU

000175

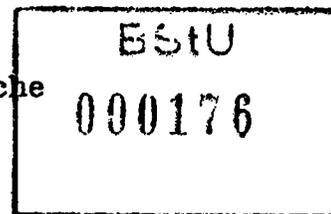
- 174 -

- das Erkennen von Ansatzpunkten für das Eindringen in kriminelle Menschenhändlerbanden und deren Verbindungen
- die systematische Suche und Auswahl von geeigneten IM-Kandidaten und Ansatzpunkten für die Werbung
- das Erkennen von Ansatzpunkten für die Durchführung politischer und operativer Aktivitäten gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden und Hintermänner
- die qualifizierte Bearbeitung und die Gewährleistung des für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden effektivsten Abschlusses Operativer Vorgänge.

Hieraus ergeben sich für alle Dienstseinheiten folgende Aufgaben:

- die ständige Analysierung des Bestandes an IM und GMS und deren Verbindungen zur Feststellung von Kontakten oder Kontaktanbahnungsmöglichkeiten zu kriminellen Menschenhändlerbanden und deren Hintermännern sowie von Rückverbindungen der Mitglieder krimineller Menschenhändlerbanden und ausgeschleuster Personen
- die Prüfung von Einsatzmöglichkeiten der IM und GMS, insbesondere zur Aufdeckung unbekannter Schleusungswege und zur Aufklärung erfolgter Schleusungen
- die Nutzung der IM und GMS in den Schwerpunktbereichen, besonders unter der medizinischen Intelligenz, zur Erarbeitung von Ansatzpunkten für die Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden und zum Erkennen und Bearbeiten von Abwerbern, Hintermännern, Schleusungs- und Abwerbungsmethoden
- die Suche und Auswahl geeigneter IM-Kandidaten für die Blickfeldarbeit, das Eindringen in die kriminellen Men-

schenhändlerbanden und andere operative Aktivitäten,
vor allem bei



- . der Sicherung der Schwerpunktbereiche
 - . der Kontrolle von Rückverbindungen
ausgeschleuster Personen
 - . der Durchführung von Vorbeugungsgesprächen
 - . der Bearbeitung und dem Abschluß von Operativen
Vorgängen
 - . der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren
- der Einsatz der vorhandenen Kräfte, Mittel und Möglich-
keiten zur Erarbeitung von Hinweisen
- . zur Existenz, zum Wirken und zur Neugründung
von kriminellen Menschenhändlerbanden
 - . zu Inspiratoren und Hintermännern
 - . zur Arbeitskräftelage und zur Tätigkeit von Ar-
beitsmarktforschungs- und anderen Einrichtungen
nichtsozialistischer Staaten und Westberlins,
aus denen sich Schlußfolgerungen zur Bestimmung
der Angriffsrichtungen des staatsfeindlichen Men-
schenhandels ergeben können
 - . zu Mitgliedern der kriminellen Menschenhändler-
banden und deren Verbindungen
 - . zu Verbindungen der kriminellen Menschenhändler-
banden zu staatlichen und gesellschaftlichen Or-
ganen und Einrichtungen im Operationsgebiet
 - . zu existenzbedeutenden Verbindungen der krimi-
nellen Menschenhändlerbanden und Verbindungen
krimineller, kommerzieller und anderer Art

- . zu Stützpunkten der kriminellen Menschenhändlerbanden in der DDR und anderen sozialistischen Ländern
- . zu Objekten und Konzentrierungspunkten der kriminellen Menschenhändlerbanden
- . zu Deckadressen und Decktelefonen der kriminellen Menschenhändlerbanden in Westberlin, der BRD und anderen nichtsozialistischen Staaten sowie in der DDR und anderen sozialistischen Ländern
- . zu anderen Personen, die Schleusungen planen oder durchführten
- . zu Lücken im Grenzsicherungssystem und in der Kontrolle und Abfertigung des grenzüberschreitenden Verkehrs, die zu Schleusungen und anderen ungesetzlichen Grenzübertritten genutzt werden bzw. werden können
- . zu weiteren Ansatzpunkten für die Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden entsprechend den Orientierungen und Anforderungen der ZKG bzw. der BKG.

Bei Informationen zu konspirativ gehaltenen Verbindungen zwischen Bürgern der DDR und Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin ist neben der Prüfung des evtl. nachrichtendienstlichen Charakters stets eine mögliche Verbindung zu kriminellen Menschenhändlerbanden zu prüfen.

Über die erarbeiteten Ansatzpunkte für die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und die Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden sind die Dienstseinheiten, die den entsprechenden Zentralen Operativen Vorgang bearbeiten bzw., wenn eine konkrete kriminelle Menschenhändlerbande noch nicht erkennbar ist, die ZKG zu informieren.

Über den bisherigen Einsatz von IM und die Auswahl geeigneter IM für die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschen-

handels ist die ZKG entsprechend dem Befehl Nr. 1/75 zu informieren.

An die Erarbeitung von Ansatzpunkten für die Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden durch die operativen Dienststeinheiten sind folgende Anforderungen zu stellen:

- Bei allen Aktivitäten zur Erarbeitung von Ansatzpunkten für die Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden ist die Wahrung der Konspiration das wichtigste Erfordernis.

Deshalb sind die Informationswege kurz und rationell zu gestalten und nur jene Dienststeinheiten zu informieren, die diese Informationen für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden benötigen.

Über die IM und GMS und operativen Mitarbeiter, die Kenntnis über die erarbeiteten Materialien besitzen, ist die Übersicht zu gewährleisten.

Alle Anzeichen auf Versuche des Eindringens des Gegners in das inoffizielle Netz und andere Aktivitäten zur Desorientierung des MfS sind unverzüglich aufzuklären.

- Die erarbeiteten Ansatzpunkte für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden müssen aktuell sein und eine reale Perspektive besitzen.
- Konkretheit und Vollständigkeit der Informationen müssen gegeben sein, um unnötige Rückfragen, Nachermittlungen oder andere die Konspiration gefährdende Aktivitäten zu vermeiden. In der Einschätzung erarbeiteter Informationen ist real und sachlich vorzugehen. Subjektivistisches Herangehen ist auszuschließen.
- Die Zuverlässigkeit der Informationen zu Ansatzpunkten für die Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden und der Quellen muß geprüft und bewertet werden.

ESTU

000179

- 178 -

Die Leiter der operativen Diensteinheiten haben die volle Ausschöpfung der Möglichkeiten ihrer Diensteinheiten zur Erarbeitung von Ansatzpunkten zur Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden zu sichern.

Die Leiter aller operativen Diensteinheiten haben die Leistungen der operativen Mitarbeiter bei der Erarbeitung von Ansatzpunkten zur Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden zu würdigen, um damit die Nutzung aller Möglichkeiten zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden zu stimulieren.

Zur Durchführung offensiver politischer Aktivitäten sind vor allem folgende Fakten und Sachverhalte zu dokumentieren:

- Eindeutige Verletzungen völkerrechtlicher Prinzipien, internationaler Verträge und Konventionen, insbesondere der zwischen der DDR und der BRD sowie der zwischen der DDR und dem Westberliner Senat abgeschlossenen Abkommen, Verträge und Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem staatsfeindlichen Menschenhandel, vor allem Mißbrauchshandlungen im Transitverkehr gem. Artikel 16 des Transitabkommens.
- Bewußte Duldung oder aktive Unterstützung des staatsfeindlichen Menschenhandels durch staatliche Organe der BRD oder durch Dienststellen des Westberliner Senats.
- Verletzungen strafrechtlicher, privatrechtlicher, arbeitsrechtlicher, verwaltungs- und steuerrechtlicher sowie anderer Regelungen des Rechts der BRD oder anderer nichtsozialistischer Staaten durch die kriminellen Menschenhändlerbanden.
- Verhaltensweisen der kriminellen Menschenhändlerbanden sowie von Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben, die auch nach den in der BRD herrschenden Auffassungen als unmoralisch und skrupellos abgelehnt werden.

Derartige im Zuge der operativen Arbeit bekanntgewordene Fakten und Sachverhalte sind durch die Dienstseinheiten exakt und beweiskräftig zu dokumentieren und der ZKG zu übersenden.

Die ZKG hat in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienstseinheiten und im Zusammenwirken mit anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen unter Nutzung dieser dokumentierten Materialien offensive Maßnahmen und Aktivitäten einzuleiten:

- zur Veranlassung diplomatischer Aktivitäten gegen die fortgesetzten Verletzungen internationaler Abkommen durch Förderung und Duldung des staatsfeindlichen Menschenhandels seitens der Regierung der BRD und seitens des Westberliner Senats, insbesondere in der Transitkommission gem. Artikel 19 des Transitabkommens sowie für die Gespräche der Beauftragten gem. Artikel 8 der Vereinbarung über den Reise- und Besucherverkehr;
- zur Diskreditierung der kriminellen Menschenhändlerbande und ihrer Praktiken in Presseorganen, Publikationen und mit Hilfe weiterer Massenkommunikationsmittel in der DDR und in anderen sozialistischen Staaten (Öffentlichkeitsarbeit);
- zur Lancierung entsprechender Veröffentlichungen in Publikationsorganen der BRD, anderer nichtsozialistischer Staaten und Westberlins;
- zur Diskreditierung von Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben mit dem Ziel, sie in der BRD zu isolieren oder zu kompromittieren;

BStU
000181

- 180 -

- um diese Informationen staatlichen Instanzen, einflußreichen politischen oder Wirtschaftskreisen in der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zuzuspielen mit dem Ziel, diese zum Vorgehen gegen den staatsfeindlichen Menschenhandel zu veranlassen.

h. w. h.

Generalleutnant